

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 12. Dezember 2011**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

16. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.02 Uhr

Ende der Sitzung: 18.32 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 15. Sitzung des Gemeinderates vom 14.11.2011 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Herbert Pernkopf

Augustine Zittmayr-Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Vom Magistrat:

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Johann Höpfl
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Prof. Mag. Walter Teubl (GRÜNE)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 05.12.2011 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Markus Wiesinger an Bgm. Dr. Koits betreffend Verwendung des magistratsinternen EDV-Netzes durch die Gewerkschaft:

Bgm. Dr. Koits: Die Anfrage von GR. Markus Wiesinger an mich lautet wie folgt:

„Das magistratsinterne EDV-Netz wird oft für E-Mail-Aussendungen von der Gewerkschaft an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates verwendet.

Dazu ergeben sich folgende Fragen:

1. Ist es zulässig, dass die Gewerkschaft E-Mails via magistratsinternen EDV-Netz an alle Magistratsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter versendet?
2. Unterliegen die E-Mailadressen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter datenschutzrechtlichen Bestimmungen?
3. Ist die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) eine magistratsinterne Stelle?
4. Besteht für die Magistratsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, solche nicht dienstlich relevante E-Mail „abzubestellen“ – Stichwort: E-Mail-Filter?
5. Werden für die Benützung des magistratsinternen EDV-Netzes Kosten an die Gewerkschaft weiterverrechnet?
6. Können andere NICHT-Magistratsdienststellen solche Massenaussendungen ebenfalls über das magistratsinterne EDV-Netz versenden?
7. Werden bei Aussendungen an NICHT-Gewerkschaftsmitglieder die Bestimmungen des Telekommunikationsgesetzes (Zustimmung zur Aussendung) eingehalten?“

All diese Fragen habe ich bereits schriftlich beantwortet, das heißt, Herr Gemeinderat Wiesinger müsste spätestens morgen die Beantwortung erhalten.

Mitteilungen des Bürgermeisters, Aktuelle Stunde:

Bgm. Dr. Koits: Aufgrund der umfangreichen Tagesordnung gibt es heute keine Mitteilungen.

Zur „Aktuellen Stunde“ wurde kein Thema beantragt.

Dringlichkeitsanträge:

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Aufstockung der Ordnungswache:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird ohne Debatte die Dringlichkeit mit

33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag aller Gemeinderatsfraktionen, betreffend „WELIOS Betriebs-GmbH – Anteilsübernahme sowie Förderung bzw. Gesellschafterzuschuss“:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird ohne Debatte die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt fest, dass beide Sachanträge im Rahmen der Dringlichkeitsanträge am Schluss der Sitzung behandelt werden.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Ich schließe mich natürlich diesem Appell vollinhaltlich an. Es hat jede Fraktion für sich die Möglichkeit, Frauen in die entsprechenden Gremien zu entsenden.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird
(1. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)
FD-StV-10-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.11.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 3 beigefügte 1. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Es ist ja immer so in Hinblick auf die Abfallgebühren, dass der Finanzreferent als der für die Höhe der Gebühren Zuständige auftritt und andererseits bin ich für den Betrieb der Abfallwirtschaft zuständig.

Natürlich ist es bedauerlich, Gebühren erhöhen zu müssen, aber wir haben es nun einmal in der gültigen Abfallgebühren-Verordnung so festgeschrieben, dass wir unter bestimmten Voraussetzungen Indexanpassungen vornehmen wollen. Diese 3,5 % stellen natürlich auch wieder eine Mehrbelastung für die einzelnen Haushalte dar, im Großen und Ganzen denke ich aber, dass vom Betrieb der Müllentsorgung in Wels eine sehr gute Arbeit geleistet wird, wobei im Laufe eines Jahres die dortigen Bediensteten immer wieder sehr harten Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. Über's Jahr gesehen gibt es eigentlich in Bezug auf die Müllbeseitigung nie irgendwelche Beschwerden. Das stellt somit eine ganz gute Sache dar.

Wenn sie im Budget jenen Teil ansehen, der die Abfallabfuhr betrifft, dann sehen sie, dass wir gerundet etwa 6 Mio. Euro an Einnahmen haben und die Ausgaben beziffern sich ca. auf 5,8 Mio. Euro. Das heißt also, dass wir aus diesem Titel heraus ungefähr einen Überschuss im Ausmaß von 230.000 Euro haben.

Sieht man sich die ganze Situation etwas genauer an, so stellt man fest, dass einige Seiten weiter im Budget angeführt ist, dass die Stadt Wels über eine Deponie verfügt,

die ebenfalls Einnahmen bringt, und zwar in beachtlicher Höhe. Das sind über 2 Mio. Euro an Einnahmen, die wir durch die Deponie erzielen können. Somit stellt sich finanziell der ganze Müllentsorgungsbetrieb doch etwas anders oder besser dar, als das bei dem zuvor angestellten Vergleich aussieht.

Dann gibt es auch noch die Abfallwirtschaft, welche Altpapiere, diverse Altstoffe usw. betrifft. Es ist ja auch hier in Wels so, dass verschiedene Altstoffe sehr sorgfältig getrennt und entsorgt werden. Dazu haben wir einen Zuschussbedarf von 32.000 Euro, wobei sich dieser Zuschuss immer wieder aus den wechselnden finanziellen Bewertungen der Altstoffe ergibt.

Was mir an dieser finanztechnischen Darstellung nicht so gut gefällt, ist, dass die Ausgaben ein bisschen nach oben kaschiert sind. Hier scheinen nämlich 500.000 Euro an „allgemeinen Vergütungsmitteln“ auf. Sie wissen, dass bei jedem Betrieb ein bestimmter Teil an Verwaltungskosten angesetzt wird, aber dass die Müllabfuhr 500.000 Euro an allgemeinen Verwaltungskosten verschlingt, das ist meines Erachtens doch ein bisschen zu hoch gegriffen und wahrscheinlich soll dieser Betrag in der Darstellung den aus dieser Abteilung kommenden Überschuss etwas dämpfen, damit dann entsprechende Gebührenfestsetzungen gerechtfertigt erscheinen. Herr Finanzreferent, vielleicht kann man dieser Sache einmal auf den Grund gehen, denn, wie schon gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Verwaltungskostenanteil in dieser Höhe gerechtfertigt ist.

Vzbgm. Wimmer: Herr Dr. Wieser hat natürlich Recht, dass wir in diesem Bereich einen Überschuss erzielen und ich kann nur sagen, dass ich froh darüber bin, dass wir im Bereich der Stadtverwaltung auch Bereiche haben, wo wir Überschüsse erzielen. Bei ihrer Gegenrechnung haben sie allerdings darauf vergessen, dass wir zwischendurch immer wieder sehr große Investitionen tätigen müssen, die sozusagen neben den normalen jährlichen Investitionskosten anfallen. Sie werden beispielsweise alle dem Voranschlag entnommen haben, dass wir dort eine Absichtserklärung für das Jahr 2012 in Richtung Bau eines neuen Abfallzentrums Wels-Nord hineingenommen haben. Diese Kosten werden irgendwo im Bereich von 2 Mio. Euro liegen, das heißt, wir brauchen ohnehin diese Überschüsse, um später diverse Investitionen finanzieren zu können.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Nur noch eine ganz kurze Anmerkung zum ASZ Wels-Nord. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir als Stadt Wels in diesem Fall schnell sein müssen, denn die Förderung des Landes für solche Projekte wird demnächst auslaufen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke für diesen Hinweis.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer: Gestatten sie mir bitte auch noch eine kurze Anmerkung zum ASZ. Sie haben vollkommen Recht, dass wir diesbezüglich vordringlich handeln müssen. Ich dränge den zuständigen Referenten, Herrn Dr. Wieser, ohnedies schon, dass hier ein Projekt mit Kostenschätzung vorgelegt wird. So viel ich weiß, liegt es derzeit noch am Grundstück, das sich noch nicht in unserem Eigentum befindet und das wir zuvor erwerben müssen. Ansonsten ist der bisherige Projektentwurf ein sehr interessanter. Dieser

besteht aus drei Teilen, nämlich aus dem klassischen ASZ, einer Feuerwache Wels-Nord und einem Revitalisierungsshop. Das Projekt ist wirklich sehr interessant und sollte ganz schnell in Angriff genommen werden.

3.)

Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2011;
Feststellung
FD-Fin-100-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.11.2011 und im Stadt-senat am 21.11.2011:

Der 1. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2011 (Anlage 4) wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgaben-rahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 186,808.000,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 186,808.000,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 41,300.700,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 41,300.700,--

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer: Aufgrund des sachlichen Zusammenhanges möchte ich vorschlagen, dass wir die folgenden Punkte 4., 5. und 6. gemeinsam behandeln bzw. diskutieren.

Bgm. Dr. Koits: Dagegen gibt es meines Erachtens keinen Einwand, wobei dann natürlich eine getrennte Abstimmung durchgeführt würde. Nachdem niemand einen Einwand dagegen hat, wird in dieser Form vorgegangen.

4.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2012;
Feststellung
FD-Fin-100-2011

Vzbgm. Wimmer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schulden, Schuldenbremse, Maastricht-Kennzahl, Stabilitätspaket, das sind so die Schlagworte, mit denen wir in letzter Zeit ständig konfrontiert werden. Es droht die nächste Finanz- und Wirtschaftskrise. Aufgrund der europäischen Schuldenkrise kommt eine Konjunkturabschwächung auf bzw. droht eine von manchen schon befürchtete Rezession am Horizont aufzu-ziehen. Die Volkswirtschaften befinden sich schon mitten im Abschwung, obwohl wir nach wie vor an den Folgen der ersten Krise aus dem Jahr 2008 zu leiden haben. Das sind also die Rahmenbedingungen, die nicht von uns gestaltet wurden, sondern viel-

mehr von oben vorgegeben werden und unter denen die Gemeinden und Städte sozusagen als letztes Glied in der Kette ihre Haushalte zu erstellen haben.

Die von der Bundesregierung beschlossene Schuldenbremse könnte eine zusätzliche Verschärfung bringen, wenn keine flankierenden Maßnahmen für die Gemeinden und Städte getroffen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Aussage von Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer zurückgreifen, der im Rahmen der Budgeterstellung des Landes Oberösterreich sagte: „Was die Länder und Gemeinden betrifft, muss man die Kirche im Dorf lassen. Der Bund hat 88 Prozent der öffentlichen Schulden. Die Länder und Gemeinden sind nicht die Auslöser der Schuldenproblematik“.

Und was die Stadt Wels betrifft, so stehen wir bei der Verschuldung im Vergleich zu den anderen Städten und Gemeinden in Oberösterreich sehr gut da. Das kommt durch die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung von € 655,- laut Rechnungsabschluss 2010 inklusive aller Förderdarlehen für Wasser- und Kanalbauten, die für die EWW AG aufgenommen wurden und die quasi nur eine Durchlaufpost in unserem Budget darstellen, im Vergleich zur Pro-Kopf-Verschuldung aller oberösterreichischen Städte und Gemeinden, die sich auf € 1.938,- beläuft, zum Ausdruck. Damit nimmt die Stadt Wels im Schuldenranking aller oberösterreichischen Städte und Gemeinden den Platz 410 von insgesamt 444 Plätzen ein. Zur näheren Erklärung sei nur festgestellt, dass den Platz 1 die Gemeinde mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung einnimmt.

In diesem Zusammenhang darf ich festhalten, dass es sich hier nicht um Ziffern handelt, die ich „erfunden“ habe, sondern um Ziffern aus der offiziellen Statistik des Landes, nachzulesen auf der Homepage der Oö. Landesregierung unter dem Stichwort „Gemeindefinanzen“. Dort sind im Übrigen sehr viele interessante Zahlen zu finden, die ich ihnen nicht vorenthalten möchte, weil ich weiß, dass das Thema „Schulden“ nicht nur mich bewegt, sondern auch sie, die Bevölkerung, eigentlich uns alle. Und da meine ich, dass Ziffern, die da und dort in den Raum gestellt wurden, einmal richtiggestellt oder richtig zugeordnet werden sollten.

Diese Ziffern auf der Homepage des Landes basieren alle auf den Rechnungsabschlüssen der Städte und Gemeinden für das Jahr 2010 bzw. gibt es derzeit keine aktuelleren Zahlen, da logischerweise die Zahlen für das Jahr 2011 noch nicht vorliegen können.

Es gibt dort eine interessante Darstellung der 18 Verwaltungsbezirke unseres Bundeslandes. Nach dieser Statistik liegt der Bezirk Wels-Stadt auf Platz 18 dieser Verwaltungsbezirke, was allerdings nicht negativ, sondern positiv zu sehen ist, denn Wels-Stadt weist die geringste Verschuldung im ganzen Bundesland auf, nämlich 655 Euro pro Kopf der Bevölkerung.

Ich möchte ihnen aber die Situation der anderen Verwaltungsbezirke nicht verheimlichen und sie darüber informieren, wie sonst sich die Situation darstellt, immer pro Kopf der Bevölkerung. Die Stadt Steyr liegt mit 1.708 Euro auf Platz 12. Die Spitzenposition im Schuldenranking nimmt die Stadt Linz ein, nämlich mit 2.931 Euro. Der Bezirk Urfahr weist 1.814 Euro auf, Vöcklabruck 1.503 Euro, Wels-Land 1.670 Euro, Rohrbach liegt mit 2.808 Euro am zweiten Platz und der Bezirk Schärding liegt mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.534 Euro am dritten Platz. Der Bezirk Steyr-Land bringt es auf 1674 Euro, der Bezirk Linz-Land liegt mit 918 Euro auf Platz 17, also am Platz vor uns

und der Bezirk Perg weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.284 Euro auf und liegt somit auf Platz 6. Der Bezirk Ried liegt mit 1.976 Euro auf Platz 9, der Bezirk Gmunden mit 2.064 auf Platz 7, der Bezirk Grieskirchen mit 1.980 Euro auf Platz 8, der Bezirk Kirchdorf mit 2.387 Euro auf Platz 4, der Bezirk Braunau mit 1.739 Euro auf Platz 11, der Bezirk Eferding mit 1.346 Euro auf Platz 16 und der Bezirk Freistadt mit 2.301 Euro nimmt den fünften Platz ein. Und ich darf jetzt nochmals Wels-Stadt mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 655 Euro anführen, womit Wels auf Platz 18 aller 18 Bezirke liegt.

Ich habe schon erwähnt, dass es auch einen Vergleich aller 444 Gemeinden Oberösterreichs gibt und sie wissen es – sie werden das den Medien entnommen haben – dass mittlerweile über 300 Gemeinden Oberösterreichs nicht mehr in der Lage sind, ihren Haushalt auszugleichen, das heißt, es handelt sich hier um sogenannte Abgangsgemeinden. Und wie ich schon sagte, liegen wir mit 655 Euro unter allen oberösterreichischen Gemeinden bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf Platz 410.

Man könnte natürlich sagen, dass bei einem Vergleich der einzelnen Bezirke die Zahlen etwas verzerrt werden und so habe ich mir die Mühe gemacht, die größeren Städte Oberösterreichs herauszurechnen. Ich darf ihnen jetzt diese Zahlen zumindest auf die Bezirkshauptstädte hin nicht vorenthalten. Die Stadt Rohrbach weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.811 Euro auf und damit in Oberösterreich den Rang 115. Die Stadt Freistadt hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.022 Euro, die Stadt Grieskirchen von 1.980 Euro, die Stadt Gmunden von 1.916 Euro, die Stadt Perg von 1.808 Euro, die Stadt Schärding von 1.586 Euro, die Stadt Vöcklabruck von 1.509 Euro, die Stadt Kirchdorf von 1.226 Euro, die Stadt Ried/Innkreis von 1.130 Euro und die Stadt Eferding von 767 Euro. Ich nenne ihnen dazu nochmals die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Wels in Höhe von 655 Euro.

Addiere ich die gesamten Schulden der oberösterreichischen Gemeinden und dividiere ich diese Zahl durch die Zahl der Gesamtbevölkerung unseres Bundeslandes, komme ich in Bezug auf die Gemeinden auf eine Pro-Kopf-Verschuldung im Ausmaß von 1.938 Euro. Wieder zum Vergleich: In Wels sind es 655 Euro.

Mir war es wichtig, ihnen das heute zu sagen, weil gerade in den letzten Wochen mit Ziffern öffentlich operiert wurde, die für mich einfach nicht nachvollziehbar waren. Darum habe ich mir das angesehen. Ich habe also nicht auf eigene Unterlagen zurückgegriffen, sondern bediente mich jener Unterlagen, die offiziell das Amt der Oö. Landesregierung publizierte.

Man könnte natürlich zu all diesen Statistiken sehr viel einwenden. Ich persönlich bin auch nicht der Meinung, dass damit die absolute Aussagekraft über die Gemeinden verbunden ist, denn man muss die unterschiedlichsten Parameter beobachten. Man könnte beispielsweise darauf hinweisen, dass hier die Schulden der diversen Immo-KG's der Gemeinden nicht enthalten sind. Es stimmt also, dass bei diesem Vergleich die Schulden der Immo-KG der Stadt Wels nicht enthalten sind, aber das ist in Bezug auf alle anderen Gemeinden genauso der Fall, sodass es doch wieder annähernd vergleichbar wird oder ist. Das heißt also, das Amt der Oö. Landesregierung hat hier Zahlen oder Parameter herausgenommen, die für alle Gemeinden Oberösterreichs zutreffen. Und demgemäß ergibt sich – die Förderungsdarlehen für Wasser und Kanal, die wir aufnehmen mussten, deren Tilgung aber durch die EWW AG erfolgt, herausgerechnet – einen Schuldenstand für die Stadt Wels per 31.12.2010 von nur 24,8 Mio. Euro.

Natürlich kann man auch auf die Hochrechnungen hinweisen. Wie aber der Name schon sagt, sind es nur Hochrechnungen, die in der Regel von den tatsächlichen Ziffern abweichen. Mein Ziel ist es natürlich, ein Abweichen nach unten und nicht nach oben zu erreichen und die letzten Jahre haben bewiesen, dass dieses Ziel immer wieder erreicht werden konnte. Gehen wir also von der „Mittelfristigen Finanzplanung“ aus, so werden unsere voraussichtlichen Gesamtschulden auf € 62,5 Mio. ansteigen, ich gehe aber andererseits davon aus, dass sich die Dinge bei den anderen österreichischen Gemeinden ähnlich wie in Wels auswirken werden und es somit im Ranking zu keinen größeren Verschiebungen kommt, es sei denn, in Oberösterreich gibt es eine Stadt oder eine Gemeinde – mir ist allerdings nichts bekannt – die von heute auf morgen ihre gesamte Investitionstätigkeit einstellen würde. Die Schulden sind ja überall durch die Investitionstätigkeit und die daraus resultierenden Finanzierungskosten entstanden.

Wenn ich bei unserem Gesamtschuldenstand auch noch berücksichtige, dass wir den gesamten Finanzierungsanteil von 10 Mio. Euro für das Science-Center nicht in der Immo-KG, sondern im städtischen Budget haben und dass wir vor kurzem einvernehmlich die Grundstücke in Wimpassing im Wert von rund 11 Mio. Euro von der Welser Betriebsansiedlungsgesellschaft auf die Stadt rückübertragen haben, dann sieht man, dass wir uns, was die Schuldenpolitik betrifft, sehr vorsichtig bewegen. Der Kollege Lehner ist hier mitbeteiligt und weiß, dass es schon von mehreren Unternehmen her ein Interesse gibt, in Wimpassing Grundstücke zu kaufen und so wird eben diesen Schulden für die Grundstücke in Wimpassing ein entsprechender Verkaufserlös gegenüberstehen.

Ich weiß schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass man nicht immer nur die Frage aufwerfen kann, „was wäre wenn“, aber es muss doch festgehalten werden, dass wir seit dem Jahr 2009 inklusive Voranschlag für das Jahr 2012 durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 weniger Steuereinnahmen in einer Größenordnung von rund 31 Mio. Euro im Vergleich zu dem haben, was wir vor Eintritt dieser Finanz- und Wirtschaftskrise an Prognosen hatten. Das heißt also, dass der Schuldenanstieg – das gilt natürlich für das Land Oberösterreich genauso – sehr wesentlich von dieser ganzen Entwicklung zu verantworten ist.

So hat der Herr Landeshauptmann in seiner Budgetrede vorige Woche bemerkt – er hat ausgerechnet, wie viel das Land Oberösterreich durch niedrigere Bundesertragsanteile, wobei wir direkt von diesen Bundesertragsanteilen abhängen, hochgerechnet vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2015, wobei ich nur eine Hochrechnung bis zum Jahr 2012 anstellte, an Mindereinnahmen hinnehmen muss – dass in diesem Zeitraum das Land Oberösterreich vom Bund her um ca. 1,6 Milliarden Euro weniger bekommen wird, eine gewaltige Summe, die dem Land fehlt, aber natürlich genauso den Städten und Gemeinden, die ja über das Land ihre Anteile ausbezahlt bekommen. Diese Einnahmehausfälle gehören meines Erachtens sehr wohl dazugesagt.

Ich habe zuerst von der Pro-Kopf-Verschuldung gesprochen und darf mir den Hinweis erlauben, dass es auch eine österreichweite Statistik von den Bundesstellen gibt, die allerdings auf den Rechnungsabschlüssen für das Jahr 2009 basiert. Der Bund hat also die Zahlen aus dem Jahr 2010 noch nicht eingearbeitet, ich möchte ihnen aber trotzdem diese Zahlen aus dem Jahr 2009 nicht verhehlen. In dieser vom Bund erstellten Statistik werden die 15 größten Städte Österreichs behandelt und unter diesen 15 größten Städten nimmt Wels mit einer Pro-Kopf-Verschuldung für das Jahr 2009 von 407 Euro die zweitniedrigste Verschuldungsrate hinter Innsbruck ein.

Obwohl ich mit großer Skepsis solchen Zahlen gegenüberstehe, darf ich trotzdem einen Vergleich mit der Stadt Innsbruck anstellen. Ich habe mich in den letzten Tagen der Mühe unterzogen, sehr intensiv zu recherchieren und war wirklich erstaunt darüber, dass eine Stadt wie Innsbruck, von der ich weiß, dass sie sehr viel investiert, bei der Pro-Kopf-Verschuldung, aber auch insgesamt dramatisch besser wie die Stadt Wels liegt. Noch viel dramatisch besser liegt sie im Verhältnis zu den anderen 13 noch angeführten größten Städten Österreichs.

Innsbruck ist eine Stadt, die um mehr als 20.000 Einwohner mehr wie Wels hat. Sie liegt aber bei den Personalkosten wesentlich günstiger wie die Stadt Wels und natürlich auch wesentlich günstiger als die anderen nachgereihten Städte. Auch bei den Personalkosten pro Kopf der Bevölkerung liegt Innsbruck hervorragend, wozu man der Stadt Innsbruck direkt gratulieren muss. Man kann ungefähr sagen, dass die Stadt Wels gegenüber Innsbruck doppelt so hohe Personalkosten pro Kopf der Bevölkerung hat. Mich hat dies alles natürlich stutzig gemacht und sie wissen ja, dass ich in der Vergangenheit in Bezug auf ein Benchmark zwischen den Städten immer darauf hingewiesen habe, dass man bei einem Vergleich etwa der Schulden oder der Personalkosten zuerst einmal die Städte vergleichbar machen muss. Und so habe ich das durchgeführt, soweit mir diesbezügliche Unterlagen zur Verfügung standen. Dabei erhielt ich einen sehr interessanten Einblick in die Finanzpolitik der Stadt Innsbruck. Ich darf jetzt einige Dinge mitteilen und wiederum festhalten, dass das alles nicht von mir erfunden wurde, sondern über die Homepage der Stadt Innsbruck von jedermann nachvollziehbar ist, sofern man auch einige Links betätigt.

Es ist so, dass die Stadt Innsbruck eine Fülle von Beteiligungen betreibt, von denen ich ihnen beispielsweise einige nennen darf. Da gibt es die Innsbrucker Soziale Dienste gemeinnützige GmbH, die Innsbrucker Sportanlagen Errichtungs- und Verwertungs-GmbH, die Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG, die Innsbrucker Immobilienservice-GmbH & Co KG und die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG. Und auf der Unternehmensseite der Stadt Innsbruck gibt es auch eine sehr informative Darstellung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Innsbruck, damit sie erkennen, wohin sie sich wenden können, wenn sie im jeweiligen Stichwortbereich ein Anliegen haben.

Und wenn man das so durchspielt, ist zu entnehmen, welche Bereiche nicht im Budget der Stadt Innsbruck enthalten sind, nicht im Personalbudget, aber auch nicht im Investitionsbudget und damit nicht im Schuldenstand der Stadt Innsbruck. Ich darf ihnen dazu einige Beispiele nennen. Die gesamte Abfallbeseitigung, die gesamte Altenbetreuung, das gesamte Sozialwesen mit Ausnahme der gesetzlichen Jugendwohlfahrt, alle Hallen- und Freibäder sowie Saunen – es wird auch ein Solarium in ausgegliederter Form betrieben – der gesamte Baum- und Strauchschnitt, was bei uns ein wesentliches Betätigungsfeld im Bereich der Stadtgärtnerei darstellt, das Beschäftigungsprojekt Obdachlose, die Giftmüllsammlung, die Hauskrankenpflege, interessanterweise auch Imbissstände, alle Krabbelstuben, das Krematorium, der „offene Mittagstisch“, interessanterweise die öffentlichen WC-Anlagen, selbstverständlich genauso die Schreber- und Kleingartenanlagen, die Sozialzentren, der Stadtsaal, der Stadtturm, die Straßenbeleuchtung, die Veranstaltungszentren, die Vereinszentren und die Wohnheime der Stadt Innsbruck, all das ist ausgegliedert. Ich habe bei dieser Recherche kaum etwas gefunden, das in Innsbruck nicht ausgegliedert wäre. Mein Eindruck war jener – ich muss diese Recherche noch etwas verfeinern – dass dort außer jenen Dingen, die zur Hoheitsverwaltung gehören oder die vom Gesetz her als Aufgaben definiert sind, alles andere ausgegliedert in Gesellschaften betrieben wird. Ich kritisiere

das nicht und beglückwünsche die Stadt Innsbruck, wobei man sich natürlich näher ansehen müsste, wie das alles funktioniert. Tatsache ist aber nun einmal, dass es aufgrund dieser ausgegliederten Gesellschaften hervorragende Budgetkennziffern im Personalbereich gibt, im Verschuldungsbereich bzw. bei der Pro-Kopf-Verschuldung.

Man müsste natürlich derartige Vergleiche fortführen und ich werde das wahrscheinlich tun. Ich bin auch dankbar dafür, dass im Lenkungsausschuss für die Erstellung des Reformprogramms dieser Vorschlag gekommen ist. Jedenfalls wird man diesbezüglich noch viele andere Vergleiche durchführen müssen, beispielsweise jenen, wie es in anderen Städten und Gemeinden mit den Öffnungszeiten der Kindergärten aussieht. Das ist ein sehr interessanter, wichtiger und kostenintensiver Punkt. Wie schaut es überhaupt mit dem Versorgungsgrad für die Betreuung von Kleinstkindern aus? Wie viel Krabbelstuben unter wie hohem Personaleinsatz werden in den jeweiligen Gemeinden betrieben? Und vieles andere mehr muss man sich da noch im Detail ansehen. Ich mache das deshalb sehr gerne, weil ich sehr zuversichtlich bin, dass sich Wels im Vergleich mit den anderen Städten nicht nur aufgrund der allgemeinen Statistik, die verlautbart wird und die ich ihnen schon näherbrachte, sondern auch im Detailvergleich außerordentlich gut schlagen wird.

Dass natürlich verschiedene Städte einen Vorteil als Landeshauptstadt haben – es ist schließlich überall so, dass der Hauptstadtstatus einen gewissen Vorteil beinhaltet – das ist wohl klar. Um hier bei Innsbruck zu bleiben, ist es so, dass die Stadt gemeinsam mit dem Land Tirol ein Theater betreibt, nämlich in einer eigenen Gesellschaft – das ist die Tiroler Landestheater- und Orchester-GmbH – wo man als Stadt mit 45 Prozent beteiligt ist und damit auch nur 45 Prozent der Kosten zu tragen hat.

Die in eine Gesellschaft ausgegliederten Sportanlagen habe ich bereits erwähnt und bezüglich Messe ist es so, dass diese bei uns sicher hervorragend läuft, aber in Innsbruck gibt es halt den Vorteil, dass die Messegesellschaft Partner in Form des Landes Tirol und der Wirtschaftskammer hat. In Oberösterreich ist solch eine Konstruktion leider nicht möglich, weil wir bei uns zu viele Messeveranstalter oder Messegesellschaften haben und das Land nicht irgendeinen Standort bevorzugen möchte. In der Kostenrechnung spielt es aber sehr wohl eine Rolle, in welchem Ausmaß eine Dienstleistung erbracht wird, also zu 100 Prozent oder doch nur zu 45 oder 30 Prozent.

Das so viel einmal von meiner Seite aus zum Bereich des Benchmarks bzw. zu den Personalkosten.

Das Thema der Gemeindefinanzen wird in der Öffentlichkeit wirklich heiß diskutiert. Und so liegen heute auch einige Erinnerungen auf, nämlich von Bürgern bzw. Einrichtungen und Institutionen, die in unserer Stadt tätig sind. Jeder von uns hat diese Erinnerungen (Anlagen 6 bis 9) in Kopie auf seinem Platz vorgefunden. Daraus sieht man, dass sich die Menschen Sorge über die Finanzlage der Stadt, in der sie wohnen, in der sie leben und arbeiten, machen. Ich hoffe aber, dass es mit meinen Ausführungen oder meinen Darstellungen gelingt, sie davon zu überzeugen, dass diese Sorge unberechtigt ist. Das heißt aber nicht, dass wir nicht weiterhin an möglichen Einsparpotentialen arbeiten müssten, ganz im Gegenteil. Das ist meiner Ansicht nach ein Punkt, den ich zu den Hausaufgaben eines Mitgliedes des Stadtsenates zählen würde, nämlich nicht einfach darauf zu warten, bis irgendwann wieder ein Reformprozess angestoßen wird, sondern vielmehr ständig daran zu arbeiten, wie mit den wirtschaftlich günstigsten Methoden

oder Mitteln die Standards in unserer Stadt aufrecht erhalten werden können, also ohne in die Gefahr einer finanziellen Schieflage zu kommen.

Natürlich gibt es immer wieder Vorschläge für Einsparungen in den Gemeinden bzw. Städten, die einer sachlichen oder wissenschaftlichen Bewertung zumeist nicht standhalten, aber das wird halt in der öffentlichen Diskussion eher weniger erwähnt.

Ich komme nun noch zu ein paar konkreten Zahlen unseres Budgets. Sie haben den Unterlagen bereits entnommen, dass das Budgetvolumen im ordentlichen Haushalt sich mittlerweile auf 192 Millionen Euro stellt. Das bedeutet bei einem Vergleich zum Jahr 2011, dass bei den Ausgaben eine Steigerung von 4,5 % zu vermerken ist, bei den Einnahmen eine Steigerung von 6,6 %. Das wiederum bedeutet, dass die Schere nicht in jenem Ausmaß auseinandergeht, wie das manche vermeinen, sondern wir uns, wie ich meine, auf dem richtigen Weg befinden.

Bevor ich nun den Herrn Finanzdirektor ersuche, ein paar Details zu präsentieren, darf ich noch auf einige Punkte zu sprechen kommen, die es ermöglichen, ihnen einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren.

Da ist auf der einen Seite das hochgerechnete Ergebnis für das Jahr 2011 zu sehen. Wenn sie sich daran erinnern, so hat der Gemeinderat in Bezug auf den Haushalt 2011 beschlossen, für die Abdeckung einer möglichen Lücke im ordentlichen Haushalt bis maximal 6,49 Mio. Euro Kredit- oder Darlehensmittel aufzunehmen und ich darf sie davon informieren, dass aufgrund der Einsparungen im laufenden Budget diese Kredit- oder Darlehensaufnahmen nicht notwendig wurden. Ganz im Gegenteil werden wir neben dieser Einsparung in Höhe von 6,49 Mio. Euro mit einem cashmäßigen Überschuss von einer knappen Million Euro aus dem Jahr 2011 zu rechnen haben. Dieses gute Ergebnis setzt sich aus zwei wichtigen Parametern zusammen. So wurden etwa zur Hälfte Einsparungen erzielt bzw. wurde um die Hälfte dieses Gesamtbetrages weniger ausgegeben und etwa in Höhe der zweiten Hälfte gab es zusätzliche Einnahmen aus Steuern und Bundesertragsanteilen. Sei es wie es sei, diese mehr als 7 Millionen Euro helfen fast dramatisch weiter.

Wir haben auf die gute Entwicklung im Jahr 2011 gebaut und die Abteilungen, den Magistratsdirektor und die einzelnen Referenten ersucht, ihre Anmeldungen zum Voranschlag für das Jahr 2012 schriftlich vorzunehmen. Und diese Anmeldungen aus den acht Stadtsenatsreferaten lagen auf der Ausgabenseite um rund 14 Mio. Euro über dem möglicherweise abdeckbaren Volumen von 192 Mio. Euro. Es gab dann entsprechend dem Statut für die Stadt Wels Gespräche mit den einzelnen Mitgliedern des Stadtsenates, Verhandlungen mit den Abteilungen und letztlich ist es gelungen, diese 14 Millionen einzusparen und auf die bedeckbare Größe von 192 Mio. Euro zu kommen.

Natürlich kann man auch sagen, dass in den Bedeckungsmitteln 3 Millionen aus Rücklagen aufscheinen. Das ist schon richtig, aber auch diese Rücklagenmittel muss ich zuerst einmal haben, um sie in weiterer Folge einsetzen zu können. Man kann auch sagen, dass es Einmaleffekte geben wird. Das ist ebenfalls vollkommen richtig. Wir haben beispielsweise über Beschluss des Gemeinderates die einmal erworbenen 30 Pflegeplätze im Bezirksaltenheim Thalheim zurückverkauft. Wir haben diese Betten vor vielen Jahren erworben, was als Einmaleffekt bei den Ausgaben seinen Niederschlag gefunden hat und aufgrund der Rückgabe der Betten haben wir jetzt einen Einmaleffekt bei den Einnahmen. Solche Einmaleffekte gibt es im Budget zuhauf, es gibt sie jedes

Jahr und sie stellen somit regelmäßig eine gewisse Größenordnung dar. Für mich entscheidend ist jedenfalls, dass der Budgetausgleich im ordentlichen Haushalt ohne vorsorgliche Kredit- oder Darlehensaufnahmen, wie wir diese für 2011 einplanen mussten, möglich ist.

Aufbauend auf die gute Entwicklung im Jahr 2011 konnten wir die Kommunalsteuer, die für 2011 noch mit 29,6 Mio. Euro angenommen wurde, auf 32 Mio. Euro hinaufsetzen. Das ist eine Indiz dafür, dass sich in der Realwirtschaft die Situation in Wels als eine ganz ausgezeichnete darstellt und ich danke an dieser Stelle schon jetzt allen Unternehmerinnen und Unternehmern dafür, dass sie diese 32 Millionen an Kommunalsteuer an die Stadt Wels entrichten werden.

Man muss sich vorstellen, dass die Einnahmen aus der Kommunalsteuer und aus den Bundesertragsanteilen 61 % unserer ordentlichen Einnahmen darstellen. Wenn hier nur ganz klein an den Schrauben gedreht wird, wirkt sich das gleich ziemlich dramatisch aus.

Wir haben in unserer Stadt aber nicht nur eine gute Wirtschaftsstruktur, sondern auch eine gute Wirtschaftsförderungspolitik, wie ich meine. Diese achtet ganz gezielt darauf, dass vom Branchenmix bis hin zur Betriebsgröße alles in Ordnung ist und damit verbunden diese wirklich sehr hohen Kommunalsteuereinnahmen zu erzielen sind.

Wesentlich bei den Ausgaben – ich erwähnte diese schon – sind die Kosten für das Personal. Die Grundlage für die Personalkosten bildet der Dienstpostenplan, der Teil dieses Budgetbeschlusses ist. Sie werden festgestellt haben, dass der Dienstpostenplan im Vergleich zu 2011 von 1.476 auf 1.472 Dienstposten zurückgeführt wurde, wobei auch schon eine Rückführung von 2010 auf 2011 erfolgte. Im Jahr 2010 hatten wir noch 1.496 Dienstposten. Hiermit waren oder sind keine willkürlichen Freisetzungen von Mitarbeitern verbunden. Vielmehr darf ich an dieser Stelle festhalten, dass ich mit der Leistung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außerordentlich zufrieden bin und ihnen dafür danke, dass sie diese hohe Qualität an Dienstleistung für die Welscher Bevölkerung erbringen. Und wenn wir Dienstposten reduzieren, so ergibt sich das aus Synergien in den unterschiedlichsten Bereichen, die sich aufgrund eines laufenden Reformprozesses – ich habe schon zuerst gesagt, dass dauernd solche Prozesse im Gange sind – lukrieren lassen.

Alles in allem werden die Personalkosten inklusive der Abfertigungen, die aber nicht so genau im Detail planbar sind, um 2,5 Mio. Euro auf 65,6 Mio. Euro im Jahr 2012 steigen.

Gestiegen sind allerdings auch wieder die Transferzahlungen – ich habe das in der Vergangenheit immer sehr ausführlich dargestellt – an die Träger des öffentlichen Rechts. Aufgrund ihrer Größenordnung haben diese Transferzahlungen natürlich einen ganz wesentlichen Einfluss auf unsere Ausgabenpolitik. Diese von uns nicht beeinflussbaren Transferzahlungen betragen im Jahr 2011 27,87 Mio. Euro und werden für das Jahr 2012 in einer Höhe von 28,06 Mio. Euro vorgesehen. Man muss dazu allerdings sagen, dass aufgrund geänderter Rechtslage ab dem Jahr 2012 die bislang an das Land Oberösterreich durchgeführte Transferzahlung für das Pflegegeld mit einem Betrag von 1,05 Mio. Euro für das Jahr 2012 nicht mehr in dieser Weise abgeführt, sondern gleich von vornherein vom Land Oberösterreich bei Überweisung unserer Bundesertragsanteile abgezogen wird. Würde man aber diesen Betrag aus Gründen der Vergleichbarkeit

dazunehmen, so wären für das Jahr 2012 29,11 Mio. Euro bei den Transferzahlungen einzuplanen, was einer Steigerung gegenüber 2011 im Ausmaß von 1,24 Mio. Euro entspräche.

Die Dynamik dieser Ausgabenart wird nach wie vor von ein paar einzelnen nicht beeinflussbaren Transferleistungen bestimmt. Der Krankenanstaltenbeitrag ist bei dieser Ausgabenart angesiedelt und der Herr Landeshauptmann teilte uns mit, dass es wegen der Spitalsreform nicht mehr diese gravierenden Steigerungen gibt. Ich hoffe nur, dass dann bei der Endabrechnung nicht doch noch eine gröbere Steigerung herauskommt bzw. dass es im nächsten Jahr auch noch bei dieser insgesamt relativ geringen Steigerung bleibt. Mit angenommenen 14,75 Mio. Euro bleibt der Krankenanstaltenbeitrag etwa auf dem Niveau des Jahres 2011. Das ist außerordentlich erfreulich, denn die Steigerungsraten in den vergangenen 12 Jahren, die ich als Finanzreferent überblicken kann, beliefen sich in exorbitanter Höhe bzw. meist jenseits von 10 Prozent.

Es gab allerdings auch andere Bereiche, wo die Entwicklung nicht gar so positiv verlaufen ist. So stiegen die Transferzahlungen aufgrund des Chancengleichheitsgesetzes von 5,23 Mio. im Jahr 2011 auf 6 Mio. Euro im Jahr 2012. Und die Landesumlage steigt von 5,4 auf 5,9 Mio. Euro. Die große Position des Krankenanstaltenbeitrages scheint sich aber zur Zeit wirklich zu einer stabilen Größe zu entwickeln, was wir allerdings erst wissen, wenn die entsprechenden Jahresabrechnungen ein Jahr später bei uns einlangen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf die jüngsten Aussagen von Seite des Städtebundes und des KDZ hinweisen. Von dort her wird gefordert, dass die geplante Schuldenbremse auch eine Bremse bei den Transferzahlungen erfordert. Ich schließe mich diesem Appell an, denn nur in Zusammenhang mit einer Transferbremse kann ich Ziele der Schuldenbremse erreichen.

Bevor ich aber dann mit meinen Ausführungen weiterfahre, darf ich den Herrn Finanzdirektor ersuchen, uns diverse Details zu präsentieren.

FinDir. Dr. Barth: Wenn ich jetzt zu den Details des Budgets für 2012 kommen darf, erlauben sie mir gleichzeitig auf die „Mittelfristige Finanzplanung“ bis zum Jahr 2015 etwas näher einzugehen.

Zunächst komme ich einmal zu den Prämissen. Die wesentlichste Position auf der Einnahmenseite stellen die Ertragsanteile dar. Bei der Prognose für das Jahr 2012 haben wir uns an der Prognose des Bundes orientiert. Die letzte Prognose stammt von Anfang Oktober 2011. Und inzwischen haben wir auch schon das vorläufige Ist für 2011. Daran sehen wir, dass wir gegenüber dem Planansatz für das Jahr 2011 um 1,6 Mio. Euro besser abschließen werden.

Berücksichtigt man für das Jahr 2012, dass das Landespflegegeld nicht mehr über die Landestransferzahlungen läuft, sondern bei den Ertragsanteilen abgezogen wird, dann ergibt sich im Vergleich zur Vorschau auf das Jahr 2011 eine Steigerung um 3,35 %. Der Bund hat im September und Oktober keine neuen Prognosen mehr für die Jahre 2013 bis 2014 herausgegeben. Berücksichtigt haben wir allerdings auch schon für 2012, dass der Bund seine Aussage hierzu von Mai auf September um 0,7 % reduzierte, das heißt, der prognostizierte Konjunkturrückgang wurde bereits berücksichtigt.

Bei den „Eigenen Steuern und Abgaben“ ist als wesentlichste Position die Kommunalsteuer zu sehen. Hier kommt es von 2010 auf 2011 wieder zu einer sehr starken Steigerung, nämlich hochgerechnet um 7 %. Im Vergleich der Rechnungsabschlüsse für 2009 und 2010 gab es ein Plus von 3,2 %. Aufgrund der guten Entwicklung wird der Voranschlag für das Jahr 2011 um rund 1,45 Mio. Euro überschritten. Und angesichts der Konjunkturprognosen gingen wir in das Planjahr 2012 mit einer Steigerung von 3,5 % hinein.

Wichtig ist weiters die Abfallgebühr. Die Indexanpassung im Ausmaß von 3,6 % wurde mitberücksichtigt.

Nach Einführung des Gratis-Kindergartens sind jetzt die indexgebundenen Tarifordnungen mehr oder minder ohne Bedeutung. Die Indexanpassungen erfolgen aufgrund bestehender Tarifordnungen und betreffen etwa die Badegebühren, die Hallen, das Theater etc.

Beim Personal finden wir folgende Situation vor. Die Vorschau auf das Endergebnis von 2011 sieht so aus, dass ohne Abfertigungen ein Minus von rund 0,25 Mio. Euro gegenüber dem VA 2011 gegeben sein wird, inklusive unerwartet vieler Abfertigungen beläuft sich jedoch die Steigerung gegenüber dem VA 2011 auf rund 150.000 Euro.

Hinsichtlich des Budgets für 2012 haben wir dann folgende Lage. Ohne Berücksichtigung der Abfertigungen haben wir im Vergleich zum VA 2011 eine Steigerung von 4,23 %, inklusive Abfertigungen im Ausmaß von 4,78 %.

Der Dienstpostenplan sieht eine Reduktion von 1.476 auf 1.472 Mitarbeiter vor, allerdings ergibt sich umgerechnet auf Vollbeschäftigte in Zusammenhang mit den Rundungen eine Steigerung um 1 Dienstposten auf 1.288.

In den Planjahren 2013 bis 2015 rechnen wir generell bei den Personalkosten mit einer Steigerung von 3 % per anno.

Bei den Transferzahlungen ist wohl der Krankenanstaltenbeitrag der wesentlichste Faktor. Aufgrund der Spitalsreform wird aber eine Stagnation zu verzeichnen sein. Starke Steigerungen gibt es hingegen bei den Auswirkungen des Chancengleichheitsgesetzes mit plus 14,7 % - dazu muss man allerdings sagen, dass es für das Jahr 2010 eine Nachzahlung für Wels in Höhe von 343.000,- gibt – und bei der Sozialhilfe macht das Plus gleich 115,2 % aus. Begründet wird diese gravierende Steigerung mit der 24-Stunden-Betreuung, die im Zuge des Pflegefondsgesetzes umgeschichtet wurde. Der Absolutbetrag ist jedoch bei der Sozialhilfe mit 228.000 Euro doch relativ im Rahmen.

In den Planungen für 2013 bis 2015 haben wir beim Krankenanstaltenbeitrag eine Erhöhung von 4 % per anno eingeplant. Diese Festlegung erfolgte noch bevor uns schließlich das Land mitteilte, dass man hier nur mit einer Steigerung im Ausmaß von 2,5 % rechnen. Für Wels würde das gegenüber der Vorausberechnung mit 4 % bedeuten, dass im Jahr 2015 für Wels eine Verbesserung von 0,7 Mio. Euro gegeben wäre.

In Hinblick auf das Chancengleichheitsgesetz ist in den nächsten beiden Jahren nochmals mit Nachzahlungen zu rechnen, weshalb wir für 2013 und 2014 eine Steigerung von 8 % vorgesehen haben und für 2015 eine solche im Ausmaß von 6 %. Und die anderen Sozialumlagen haben wir mit 5 % pro Jahr angesetzt.

Jetzt komme ich noch zu den anderen bedeutenden Ausgabenpositionen. In Bezug auf den Verwaltungs- und Sachaufwand haben wir das Ziel verfolgt, knapp zu budgetieren und Steigerungen nur mit entsprechender Begründung zuzulassen. Die Erziehungshilfen und die Altenheime verursachen hier die wesentlichsten finanziellen Steigerungen.

Zu den Subventionen ist zu sagen, dass wir im Ermessensbereich grundsätzlich das Niveau 2011 eingeplant haben.

Bei der Finanzierung wird nach den aufzunehmenden Darlehen vorgegangen und beim Schuldendienst haben wir sowieso nach den Fälligkeiten präliminiert.

Nunmehr komme ich zu den Kennzahlen bzw. Analysen im ordentlichen Haushalt, zuerst die Einnahmenseite betreffend.

Die Ertragsanteile werden von 2011 auf 2012 um 3 Mio. auf 66 Mio. Euro steigen. Die „Eigenen Steuern und Abgaben“ werden von 46,1 Mio. auf 49,3 Mio. Euro anwachsen, wofür hauptsächlich die gute Entwicklung bei der Kommunalsteuer verantwortlich sein wird, wie ich zuerst schon ausführte. Die restlichen Einnahmen aus Leistungen und Sonstigem bleiben mit insgesamt 33,3 Mio. Euro in etwa konstant. Die Transfers von Trägern des öffentlichen Rechts bringen eine Erhöhung von nicht ganz 1 Mio. Euro mit sich. Hierin ist aber 1 Mio. Euro enthalten, die aufgrund des neuen Pflegefondsgesetzes vom Bund über das Land an uns weitergereicht wird.

Auf der Ausgabenseite haben wir dann folgendes Bild. Beim Personal haben wir eine Steigerung der Voranschlagszahlen von 63,4 Mio. auf 66,6 Mio. Euro. Die Beamtenpensionen bleiben mit 9,6 Mio. Euro praktisch auf gleichem Niveau wie 2011. Die Sachausgaben werden von 45,2 auf 46,6 Mio. Euro anwachsen, wobei die übrigen Altenheime und die Erziehungshilfen eine wesentliche Rolle spielen. Dann gibt es bei den Transfers an Träger des öffentlichen Rechts eine Zunahme von 27,9 Mio. auf 28,1 Mio. Euro. Diese geringe Steigerung hat praktisch mit dem Fall des Landespflegegeldes zu tun; da zahlen wir um 1,1 Mio. Euro weniger. Die Beträge für Subventionen steigen von 7,9 Mio. auf 8,8 Mio. Euro. Hier spielen die Fachhochschulen und die privaten Kindergärten eine wesentliche Rolle. Für den Schuldendienst und Leasingzahlungen müssen wir eine Steigerung von 2,8 auf 4,9 Mio. Euro hinnehmen.

Somit ergibt sich bei den Ausgaben im ordentlichen Haushalt insgesamt eine Erhöhung von 159,3 Mio. auf 167,2 Mio. Euro.

Hier sehen sie nochmals im Detail die Entwicklung der Ertragsanteile dargestellt. Für 2012 haben wir zur besseren Vergleichbarkeit das Landespflegegeld nicht abgezogen und kommen so von 2011 auf 2012 zu einer Erhöhung von 64,7 Mio. Euro entsprechend dem vorläufigen Ist auf 67,1 Mio. Euro. Anhand dieses Bildes sieht man auch sehr deutlich die Delle, welche die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 verursachte. Erst 2011 werden wir wieder etwas höhere Einnahmen aus Ertragsanteilen haben als im Jahr 2008.

Des weiteren sehen sie hier eine Darstellung der Situation der Ertragsanteile, wie sie sich beim Land ergibt, nämlich einerseits die Prognose für die Jahre 2009 bis 2012, andererseits die Ist-Situation bzw. die tatsächliche Höhe der Ertragsanteile in den Jahren 2009 sowie 2010 und die geänderten Prognosen für die Jahre 2011 und 2012. Und hier

sieht man, dass wir in Oberösterreich bei den Gemeinde-Ertragsanteilen eine Differenz zwischen der früheren Annahme und der Annahme nach der Krise für das Jahr 2012 von genau 100 Mio. Euro haben. Für Wels bedeutet das, dass allein im Jahr 2012 rund 5 Mio. Euro fehlen werden. Und sieht man sich die Entwicklung ab dem Krisenjahr 2008 an, so ergibt sich für Wels ein Minus von 2009 bis 2012 in Höhe von rund 22 Mio. Euro.

Die positive Entwicklung bei der Kommunalsteuer im Jahr 2011 habe ich schon erwähnt. Laut Hochrechnung ergibt sich von 2010 auf 2011 ein Mehr von 7 % und von 2011 auf 2012 rechnen wir mit einer weiteren Zunahme im Bereich von 3,5 %, sodass sich dann insgesamt 32,1 Mio. Euro ergeben werden. Man sieht, dass wir vor der Wirtschaftskrise in den Jahren 2006 bis 2008 eine Steigerung von durchschnittlich 6 % hatten. Und wenn ich nun die Auswirkungen dieser Krise unter Zusammenlegung von Kommunalsteuer und Ertragsanteile in Relation zueinander setze bzw. zu dem, was wir ohne Krise wahrscheinlich an Einnahmen lukrieren hätten können, so gehen uns im Zeitraum 2009 bis 2012 rund 31 Mio. Euro ab.

Und was bedeutet das alles für unseren Darlehensbedarf? Wir hatten in den Jahren 2009 bis 2011 einen Bedarf in Höhe von 51 Millionen. Dazu setze ich jetzt wieder die Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen und bei der Kommunalsteuer in Relation. Diese Mindereinnahmen beliefen sich auf rund 23 Mio. Euro und zählt man hier noch den Darlehensbedarf für die Grundstücke in Wimpassing und für das Science-Center dazu, dann bedeutet dies, dass fast die Hälfte dieser Darlehensaufnahmen in Höhe von 51 Millionen allein durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise erforderlich war.

Jetzt komme ich zu den Transfers an das Land, dargestellt ohne Landesumlage. Die Hauptposition nimmt hier mit 14,8 Millionen der Krankenanstaltenbeitrag ein, wobei wir allerdings von 2011 auf 2012 eine Stagnation feststellen können. Aus dem Behinderten- und Chancengleichheitsgesetz ergibt sich jedoch eine starke Steigerung von 5,2 auf 6 Mio. Euro. Dann gibt es noch einige kleinere Positionen. Insgesamt wird sich von 2011 auf 2012 eine Steigerung von 23,5 Mio. auf 24,4 Mio. Euro ergeben, und zwar inklusive Landespflegegeld, das andererseits bei den Ertragsanteilen abgezogen wird.

Die Steigerungsraten beim Personal belaufen sich ohne Abfertigungen im Vergleich der Jahre 2010 und 2011 auf 2,3 % und von 2011 auf 2012 auf 4,4 %.

Das Ergebnis der laufenden Gebarung im ordentlichen Haushalt ergibt folgendes Bild. Für das Jahr 2011 haben wir zwar noch ein Minus in Höhe von 2,9 Mio. Euro budgetiert, es wird dieses aber allein durch die beiden Hauptfaktoren, die Ertragsanteile und die Kommunalsteuer, eine deutliche Verbesserung erfahren. Dazu kommen dann noch Einsparungen im Bereich der Sachausgaben, sodass ich davon ausgehe, dass wir 2011 eine positive Ist-Situation erreichen. Im VA 2012 beläuft sich das vorläufige Minus auf 1,3 Mio. Euro und in der „Mittelfristigen Finanzplanung“ bewegt sich dieses Ergebnis hin auf minus 2,4, minus 1,9 und minus 1,5 Mio. Euro.

Das Budget 2012 zeigt uns bei den Eckdaten folgende Zahlen. Bei den Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt sind jeweils 192 Mio. Euro angesetzt und bei den Ausgaben und Einnahmen im außerordentlichen Haushalt sind jeweils nicht ganz 15 Mio. Euro veranschlagt. Insgesamt ergibt das für 2012 ein Budgetvolumen im Ausmaß von 207 Mio. Euro.

Zum Ausgleich werden wir 2012 ca. 2,8 Mio. an außerordentlichen Einnahmen in den o.H. transferieren. Diese resultieren unter anderem aus dem Verkauf der Einweisungsrechte in das Thalheimer Bezirksaltenheim. Und dann wird es noch eine Rücklagenentnahme im Ausmaß von 2,9 Mio. Euro geben. Es konnte also ohne die vom Gemeinderat beschlossenen Darlehensaufnahmen im Jahr 2011 der Ausgleich im ordentlichen Haushalt gefunden werden.

Hier sind nun die wesentlichsten Investitionen dargestellt, die wir einerseits 2012 tätigen wollen und auch noch in der „Mittelfristigen Finanzplanung“ bis zum Jahr 2015.

Nächstes Jahr haben wir die Ausfinanzierung des Programmkinos vor, und zwar mit einem Betrag von 390.000 Euro. Der Museumssteg zum Kunstmuseum in Thalheim kostet uns voraussichtlich 400.000 Euro. Für private Kindergärten leisten wir einen Investitionszuschuss in Höhe von 638.000 Euro. Für Schulen sind 2012 etwa 1,4 Mio. Euro vorgesehen. Im Sozialbereich – hier geht es um die Senioren-Wohnanlage, den Neubau des APH, die Diakonie, die Bruderliebe, die Tagesheimstätten – haben wir 2012 etwa 1,7 Mio. Euro vorgesehen, 2013 etwa 7,4 Millionen und 2014 knapp 5 Millionen. Als ganz wesentlicher Faktor ist hier ein neues Altenheim berücksichtigt.

Für die Autobahn-Anschlussstelle in Wimpassing inklusive Grunderwerb haben wir für 2012 1,4 Millionen und für 2013 ca. 4,8 Mio. vorgesehen. Ansonsten sind für Straßen, Brücken etc. im Jahr 2012 € 925.000 enthalten und 2013 1,3 Mio.

Im Detail sind dann noch andere Investitionen ersichtlich, die ich mir aber jetzt zu nennen ersparen möchte. Jedenfalls sind für 2012 Investitionsausgaben im Ausmaß von 12,8 Millionen präliminiert und weiters in der Planperiode 19,5 Mio. im Jahr 2013, 12,1 Mio. im Jahr 2014 und vorläufig 5,3 Mio. im Jahr 2015.

Jetzt komme ich zur Immo KG und zur Heimstättengenossenschaft. Bei der Immo KG geht es um Schulprojekte bzw. Turnhallen. Das berührt die Volksschule Lichtenegg, die Hauptschule Lichtenegg, die Schulen Stadtmitte. 2012 sind 6,2 Mio., 2013 rund 5,7 Mio. und 2014 rund 1,3 Mio. Euro vorgesehen. Und die Heimstätte errichtet einen Kindergarten, der im Jahr 2012 ohne Einrichtung etwa 2,2 Mio. Euro kostet.

Zählt man nun zusammen, was an Investitionsausgaben direkt über die Stadt läuft und zählt man auch noch dazu, was über die Immo KG und die Heimstätte läuft, dann ergibt sich für 2012 ein Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 21,3 Mio. Euro. Die Planung für 2013 sieht Investitionsausgaben in Höhe von 25,2 Mio., für 2014 in Höhe von 13,5 Mio. und für 2015 in Höhe von 5,3 Mio. Euro vor, sodass im Planungszeitraum insgesamt 65,4 Mio. an Investitionsausgaben zu erwarten sind.

Die Finanzierung dieser Ausgaben sieht so aus, dass nach Abzug der Bedarfszuweisungen, der Landeszuschüsse und sonstigen Förderungsmittel im Jahr 2012 noch ein Darlehensbedarf seitens der Stadt Wels im Ausmaß von 10,8 Mio. Euro verbleibt. Im Jahr 2013 werden noch 11,2 Mio. an Darlehensmitteln benötigt, 2014 sind es 8,8 Mio. und im Jahr 2015 nach heutigem Wissensstand 2,7 Mio. Euro.

Wie entwickelt sich der Schuldendienst? Die Hochrechnung für heuer zeigt eine Rückzahlung im Ausmaß von 2,4 Mio. Euro. Im Jahr 2012 gibt es eine Steigerung auf 4,3 Mio. und in den Planjahren geht das bis hin zu 7,9 Mio. Euro.

Nimmt man die „ausgelagerten“ Projekte noch dazu, also die gesamten schuldendienst-ähnlichen Verpflichtungen inklusive Leasingausgaben, so haben wir laut Hochrechnung für 2011 eine Gesamtrate von 3,8 Mio. Euro, 2012 eine solche in Höhe von 6,6 Mio. und am Ende der Planperiode bis 2015 kommen wir auf einen Betrag in Höhe von 11,4 Mio. Euro.

Zur Entwicklung des Schuldenstandes der Stadt Wels kann man Folgendes festhalten. Wir haben 3,8 Mio. Euro, die wir sozusagen nur in unseren Büchern haben, und zwar für Haftungen gegenüber der EWW AG in Zusammenhang mit Wasser- und Kanalbau-maßnahmen. Insgesamt haben wir heuer einen hochgerechneten Darlehensstand vom 58,7 Mio. Euro und es steigt dieser im Jahr 2012 auf 66,7 Mio. Euro. In den Planjahren bis 2015 haben wir dann einen Schuldenstand im Ausmaß von 80,5 Mio. Euro.

Inklusive der „ausgelagerten Projekte“ zeigt sich folgendes Bild. Für heuer rechnen wir mit einem Schuldenstand im Betrag von 100,5 Mio. Euro, 2012 im Betrag von 114,6 Millionen und in den Planjahren bis 2015 werden wir bei 125,1 Mio. Euro liegen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung bei der Stadt, ohne Darlehen für Wasser und Kanal, beläuft sich heuer auf 1.002 Euro, im Jahr 2012 auf 1.138 Euro und im Jahr 2015 auf 1.372 Euro.

Inklusive der „ausgelagerten Projekte“, jedoch ohne Kanal und Wasser, aber inklusive Leasing kommen wir heuer auf eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 1.713 Euro, im nächsten Jahr auf 1.955 Euro und in den Planjahren kommen wir schlussendlich auf 2.133 Euro im Jahr 2015.

Das Maastricht-Ergebnis stellt sich folgendermaßen dar. Die Gemeinden sind ja laut Stabilitätspakt 2011 landesweit verpflichtet, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, wobei auch die Immo KG einzubeziehen ist. Das bedeutet für 2012 ein städtisches Maastricht-Ergebnis von minus 13 Mio. Euro und bei der Immo KG im Ausmaß von minus 5,7 Mio. Euro. Im längeren Zeitraum bis 2015 wird dieses Minus um einiges geringer.

Unter den geschilderten Prämissen ergibt sich in der Planung für das Jahr 2013 ohne durchgeführte Maßnahmen ein administratives Ergebnis von minus 8,6 Mio. Euro, 2014 von minus 8,7 Millionen und 2015 von 11,3 Mio. Euro.

Soweit meine statistischen Darlegungen.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Herr Finanzdirektor, für diese Präsentation von Kennzahlen und für die Erläuterungen hiezu.

Ich muss jetzt noch einmal auf die Pro-Kopf-Verschuldung in Österreich insgesamt zurückkommen. Ich habe ihnen ja zuerst eine entsprechende Statistik angekündigt, dann aber nur die Stadt Innsbruck erwähnt.

Ich nehme diese Sache mit den Vergleichen sehr ernst und ich ärgere mich darüber, wenn die Stadt Wels öffentlich schlecht dargestellt wird. Deshalb sehe ich mich veranlasst, hier im Detail diverse Vergleiche zu bringen.

Man kann natürlich sagen, dass Schulden in Höhe von 40 Mio. Euro zu viel sind, 60 ebenfalls und 80 Millionen sowieso, aber mir geht es darum, dass das in Relation zum österreichischen Gemeindegefüge richtig präsentiert wird. Und diese Darstellung für die 15 größten Städte Österreichs – Quelle ist die Statistik Austria – ergibt für das Jahr 2009 aufgrund der Rechnungsabschlüsse folgende Zahlen in Bezug auf die Pro-Kopf-Verschuldung.

Wie ich schon zuerst sagte, hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung die Stadt Innsbruck mit 133 Euro. An zweiter Stelle liegt die Stadt Wels mit 407 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Dann haben wir die Städte Klagenfurt mit 1.085 Euro, Villach mit 1.908 Euro, St. Pölten mit 2.149 Euro, Wr. Neustadt mit 3321 Euro, Klosterneuburg mit 2.184 Euro, Linz mit 2,500 Euro, Steyr mit 1.675 Euro, Salzburg mit 1.330 Euro, Graz mit 1.820 Euro, Bregenz mit 1.424 Euro, Dornbirn mit 1.777 Euro, Feldkirch mit 1.104 Euro und dann ist hier noch Eisenstadt mit 1.663 Euro. Ich finde es wichtig, das heute zu sagen, damit nicht die Stadt Wels als Schuldenmeister Österreichs dargestellt wird. Dabei sind natürlich all diese relativen Zahlen diskussionswürdig. Und ich bin der Letzte, der sagen würde, es sei das beste Budget, wenn man gar keine Schulden habe. Es ist keine Frage, dass wir solch ein praktisch schuldenfreies Budget in den Jahren 2002 bis 2008 hatten, aber die Wirtschaftskrise hat uns 2008 ebenfalls gestreift. Das nicht so hart oder stark wie andere Städte, aber doch immerhin. Und heute geht es mir darum, diesem Städtevergleich die entsprechende Dimension zuzuordnen.

Ich möchte nun, obwohl es schon dargestellt wurde, auf einige mir sehr wichtig erscheinende Positionen im außerordentlichen Haushalt zu sprechen kommen.

Reine Investitionskosten ohne Finanztransaktionen sind in Höhe von 12,83 Mio. Euro vorgesehen, wobei wir zu deren Deckung unter einem eigenen Tagesordnungspunkt die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 10,84 Mio. Euro benötigen.

Ebenfalls angesprochen wurden schon die Investitionen aus der Immo KG. Es sind das sehr wichtige Investitionen, wie ich meine und es ergibt sich damit zusammenhängend das höchste jemals gegebene Budget im Bereich der Schulen, soweit ich das für die letzten 25 Jahre, in denen ich schon im Gemeinderat tätig bin, in Erinnerung habe. Zählt man den ordentlichen Haushalt, den außerordentlichen Haushalt und die Beträge in der Immo KG zusammen, so ergibt sich im Bereich der Schulen ein Investitionsbudget im Ausmaß von 7,7 Mio. Euro, und das nur im Jahr 2012. In der Planungsperiode bis 2015 kommen wir auf ein Schulinvestitionsprogramm von weit über 20 Mio. Euro. Ich glaube, das ist ein Programm, auf das wir stolz sein können. Es wird dieses Programm allerdings nicht für uns gemacht, sofern nicht der eine oder andere vielleicht irgendeinen in einer Schule stattfindenden Kurs besucht, sondern es geht vielmehr um die Schülerinnen und Schüler sowie um die Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer. Das ist insgesamt eine Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Wenn ich mir so die geplanten Investitionen ansehe, gibt es natürlich noch einen zweiten Aspekt, nämlich den Arbeitsplatz- und den wirtschaftspolitischen Aspekt. Investitionen dieser Größenordnung sind durchaus dazu geeignet – sie tun es auch – zur Sicherung der Auftragslage für unsere Unternehmungen in Wels beizutragen bzw. in der Region. Und damit wird ein Betrag zur Sicherung der Arbeitsplätze geleistet. Ich glaube, dass man in Zeiten einer Konjunktur, die nicht unbedingt in den Himmel wächst, diesem Umstand doch einen erheblichen Wert beimessen muss. Es liegen ja Prognosen vor, nach denen die Konjunktur eher rückläufig sein könnte, wobei man heute aller-

dings keine exakte Auskunft bekommt, denn jeder Fachmann, jeder sogenannte Experte hat dazu eine eigene Philosophie. Wir werden sehen, was tatsächlich herauskommt. Jedenfalls halte ich diese Investitionen auch aus konjunkturpolitischer oder aus arbeitsplatzpolitischer Hinsicht für wichtig, um eben entsprechende Akzente tatsächlich setzen zu können. Es geht aber auch darum, die Infrastruktur nicht nur zu erhalten, sondern sogar zu verbessern.

Bevor ich zum Schluss komme, darf ich noch mit einem Satz auf die Schuldenbremse zu sprechen kommen, die ja derzeit so stark im Raum steht. Auch diesen Punkt betreffend bin ich der Meinung des Landeshauptmannes, wenn er sagt, dass man es sich gut überlegen muss, was alles in die Abgangsrechnung einzubeziehen ist und ob zum Beispiel, so der Herr Landeshauptmann, bestimmte Auswirkungen enthalten sind, denn dann kann eine Schuldenbremse auch eine Investitionsbremse werden, und man kann sich nicht vorstellen, was es bedeutet, wenn dieser Fall eintritt.

Wir haben die Schuldenbremse, die zur Zeit im Parlament diskutiert wird, wobei es für uns keine Bedeutung hat, ob diese in den Verfassungsrang kommt oder nicht. Und wir haben die Schuldenbremse, die auf Landesebene beschlossen wurde, nämlich erst vor wenigen Wochen und ich glaube, es ist das einstimmig geschehen. Und an dieser Stelle danke ich dem Landesgesetzgeber ganz ausdrücklich dafür, dass im Rahmen dieser Gesetzesnovellen das Land auch eine „Lex Wels“ beschlossen hat, und zwar nicht etwa deshalb, weil Wels wirtschaftlich so schlecht dastehen würde, sondern weil im Gegenteil Wels finanzwirtschaftlich so gut dasteht. Aus diesem Grund wurde nur für Wels ein höheres Volumen einer Netto-Neuverschuldung beschlossen als für andere Städte und Gemeinden. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt, denn nur damit können wir die Investitionsprogramme, soweit sie hier im Gemeinderat beschlossen werden, einer entsprechenden Umsetzung zuführen.

Es ist natürlich im Zuge von Investitionen gar keine Frage, dass sich damit der Schuldenstand und die Pro-Kopf-Verschuldung erhöht. Die vom Finanzdirektor unter Schuldenstand II und unter Pro-Kopf-Verschuldung II durchgeführten Darstellungen sind aber für das Budget unserer Stadt nicht relevant. Ich habe irgendwann diese Berechnungen nur deshalb aufgenommen, weil es irgendwo auch ein Steckenpferd des Herrn Dr. Rabl darstellt, immer wieder von der konsolidierten Finanzsituation zu sprechen und bevor er hier eigene Ziffern verwertet, gebe ich ihm lieber die amtlichen Zahlen vor. Wir haben ja nichts zu verheimlichen, nur weise ich nochmals mit Nachdruck darauf hin, dass mit diesen Ziffern Schlüsse hinsichtlich der Vergleichbarkeit mit anderen Städten nicht gezogen werden können. Alle veröffentlichten Statistiken, egal ob das durch das Amt der Oö. Landesregierung geschieht, durch die Statistik Austria oder durch das Finanzministerium, beziehen sich auf die Rechnungsabschlüsse der jeweiligen Gebietskörperschaften, nicht jedoch auf ausgelagerte Betriebe. Unser Finanzdirektor hat dies als Fleißaufgabe dankenswerterweise dazugegeben, damit wir auch sagen können, dass konsolidiert die Finanzlage so und so aussieht. Für das Budget direkt hat dies aber keine Bedeutung. Dabei wissen wir sehr wohl, dass wir diese „ausgelagerten“ Projekte im ordentlichen Haushalt hinsichtlich der Miete, des Leasings oder der Gesellschafterzuschüsse bedienen müssen, aber in Bezug auf die Statistik, was die Verschuldung oder Pro-Kopf-Verschuldung betrifft, haben sie keine Aussagekraft.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir uns als Stadt Wels gemeinsam mit den anderen Gemeinden oder Städten noch viel mehr engagieren müssen, nämlich im Städtebund bzw. im Gemeindebund, damit wir sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene

einen Anstoß zu mutigen Reformen erreichen. Ohne Reformen auf Ebene des Bundes und der Bundesländer wird es nicht abgehen. Ich selbst kenne allerdings diese Diskussion ebenfalls schon seit 20 oder 30 Jahren und wir hatten sogar einmal einen eigenen Föderalismusminister, wenn ich mich recht erinnere. Das ist ein schwieriges Thema, aber wir sollten trotzdem draufbleiben, insbesondere mit dem Hintergrund, dass Belastungen aus der Gegenwart und der Zukunft nicht immer wieder auf dem Rücken der Städte und Gemeinden landen dürfen.

Das Maastricht-Ergebnis, das ebenfalls dargestellt wurde, ist eine sehr virtuelle Sache für mich. Es ist sehr leicht, in Brüssel oder in Maastricht irgendwelche Prozentsätze vom Brutto-Inlandsprodukt her für die Schuldenobergrenze zu beschließen, ohne Rücksichtnahme auf regionale Gegebenheiten oder Besonderheiten, ich sehe aber die Maastricht-Grenzen als gesamtstaatliche Grenzen, das heißt, es ist Aufgabe des Bundes, diese einzuhalten, nicht jedoch Aufgabe der Länder und Gemeinden. Gegenüber der Europäischen Union ist die Republik Österreich, der Bund, Ansprechpartner. Und es kann nicht so sein, wie in Zusammenhang mit dem letzten Stabilitätspakt, der Gott sei Dank schon wieder ziemlich obsolet ist, sodass eben die Schuldenbremse neu verhandelt werden muss. Da lässt sich der Bund eine Netto-Neuverschuldungsgrenze von 3 Prozent einräumen, die Länder eine solche von 0,7 bis 0,9 % und dann steht noch bei den Gemeinden eine Netto-Neuverschuldung von 0,0 %. Diese 0,0 % wären zwar nicht im Einzelnen, sondern landesweit zu sehen, das heißt, die negativen Ergebnisse wären von den maastrichtpositiven Ergebnissen eines Bundeslandes wegzurechnen, aber meine Forderung wäre jene, dass insgesamt beim Bund die negativen Maastricht-Ergebnisse wegzurechnen sind. Es soll sich also nicht eine Gebietskörperschaft allein eine Sonderstellung einräumen, während andere Gebietskörperschaften – das sind immer die Städte und Gemeinden – die Suppe auslöffeln müssten, insbesondere jene Städte, die finanzpolitisch sehr gut dastehen.

Ich möchte ihnen zum Abschluss noch einen Brief vorlesen, weil dieser irgendwo symptomatisch für die Situation ist. Ich weiß zwar nicht, ob der Herr Bürgermeister eine große Freude damit hat, wenn ich das jetzt mache bzw. ob ich vielleicht das Amtsgeheimnis verletze, denn es handelt sich dabei um einen Brief, den er persönlich erhielt und wovon eine Kopie in meinem Besitz steht. Dabei handelt es sich um einen Brief des Landeshauptmann-Stellvertreters Franz Hiesl an Herrn Bürgermeister Dr. Peter Koits und es geht darum, dass der Welser Straßenbaureferent vorgeschlagen hat, die Hans-Sachs-Straße neu zu asphaltieren, weil sie sich angeblich in einem ziemlich schlechten Zustand befindet. Ich fahre dort sehr oft und muss sagen, dass mir der Zustand nicht so schlecht vorkommt, aber andererseits sagt der Herr Baudirektor, dass der Zustand so schlecht ist, dass man dort nur mehr mit einem 4-WD-Fahrzeug fahren kann.

Jedenfalls ist es aber so, dass die Hans-Sachs-Straße zum Teil Bundesstraße, zum Teil Landesstraße und zum Teil Gemeindestraße ist – ich weiß jetzt nicht, wie das genau aufgeteilt ist – und der Bürgermeister hat den Straßenbaureferenten des Landes Oberösterreich schriftlich ersucht, er möge uns doch eine kleine finanzielle Unterstützung für die Sanierung der Hans-Sachs-Straße gewähren. Darauf schrieb ihm Herr Hiesl kürzlich zurück: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich bedanke mich für Dein Schreiben vom 27. Juni 2011, in dem Du mich um eine finanzielle Unterstützung für die Tragschichtverstärkung in der Hans-Sachs-Straße in Wels ersuchst. Ich ersuche Dich um Dein Verständnis dafür, dass auch mir finanzielle Mittel nur in sehr eingeschränktem Maße zur Verfügung stehen bzw. diese“ – jetzt kommt es – „ausschließlich für finanzschwache

Gemeinden reserviert sind. Aus diesem Grund ist es mir leider nicht möglich, die Stadt Wels bei diesem Vorhaben finanziell zu unterstützen.“

Das heißt also, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hält uns nicht für finanzschwach und ich würde all jene, die uns für finanzschwach halten, ersuchen, sich das mit dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl auszumachen.

Im Übrigen habe ich selbst als Finanzreferent unzählige solcher Schreiben fast gleichen Inhalts vom Herrn Landeshauptmann erhalten, wo er immer wieder, in den letzten Jahren sehr verstärkt schreibt: Lieber Herr Vizebürgermeister, finanzieren sie sich das selbst, denn Wels ist eine der finanzstärksten Gemeinden Oberösterreichs. Das stimmt schon, denn seit ich mich zurückerinnern kann, ist Wels bei der Finanzkraft immer auf den Plätzen 1 bis 3 gelegen, aber das bedeutet für uns einen Nachteil insofern, als das Land Oberösterreich der Stadt Wels Finanzmittel nicht in höherem Ausmaß zur Verfügung stellen kann, denn diese brauchen ja die finanzschwachen Gemeinden.

Das wollte ich bei dieser Gelegenheit noch sagen und bedanke mich zum Abschluss sehr herzlich bei all jenen, die zum Entstehen dieses Budgets beigetragen haben. Insbesondere bedanke ich mich bei den Mitgliedern des Stadtsenates, was ich wirklich sehr ernst meine, denn die Gespräche, die ich mit den einzelnen Mitgliedern des Stadtsenates führte, endeten allesamt einvernehmlich, wobei ich schon zugebe, dass dort oder da schon ein gewisses Zähneknirschen zu hören war, weil man sich eben nicht ganz mit den Forderungen durchsetzen konnte. Letztendlich wurde aber innerhalb der acht Referate ein einvernehmliches Ergebnis erzielt. Das ist nicht selbstverständlich und dafür bedanke ich mich sehr herzlich.

Ich bedanke mich auch für die mühevollen Arbeit seitens der Finanzdirektion, der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für die Mitarbeit von den anderen Abteilungen her. Auch dem Herrn Magistratsdirektor und dem Herrn Baudirektor danke ich für die tatkräftige Unterstützung bei der Entstehung dieses Zahlenwerkes.

Somit darf ich ihnen jetzt die Zustimmung zum Voranschlag für das Jahr 2012, für die „Mittelfristige Finanzplanung“ und für die daraus resultierende Darlehensaufnahme empfehlen.

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.11.2011 und im Stadtsenat am 21.11.2011:

Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2012 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl. Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 192,217.500,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 192,217.500,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 14,866.200,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 14,866.200,--

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich auch beim Herrn Finanzreferenten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung dieses

Budgetentwurfes. Dieser Entwurf steht nunmehr zur Debatte und miteinbezogen in die Debatte sollen die vier Erinnerungen (Anlagen 6 bis 9) werden, die wir hereinbekommen haben. Diese Erinnerungen zum Voranschlag wurden jedem Mitglied des Gemeinderates bzw. Stadtsenates an den Plätzen aufgelegt, sodass sie sich damit beschäftigen können oder schon beschäftigt haben.

Wir steigen jetzt in die Debatte ein, wozu ich anmerken darf, dass die Vertreter der Fraktionen zusammen mit mir vor Beginn der Sitzung vereinbarten, dass zunächst einmal Frau Mag. Mayerhofer für die Fraktion der GRÜNEN mit ihrer Erklärung beginnt.

GR. Mag. Mayerhofer: Ich danke für diese erschöpfenden Erklärungen zum Budget. Wenn ich gleich für das nächste Jahr einen Wunsch äußern dürfte, dann wäre dies jener, dass bei der Präsentation so vieler Statistiken auch eine visuelle Veranschaulichung wünschenswert wäre.

Beim Rückblick auf die Budgetdebatte vom vorigen Jahr bin ich bei Herrn Dr. Csar auf eine sehr interessante Formulierung gestoßen. Für interessant hielt ich diese deshalb, weil ich der Meinung bin, dass sie auch heute bei Beschlussfassung des Budgets für 2012 zutreffend ist. Herr Dr. Csar sprach vor einem Jahr davon, dass dem Gemeinderat wieder kein Zukunftsbudget vorliegt, sondern einmal mehr ein Verwaltungsbudget. Diese damalige Aussage halten wir von der GRÜNE-Fraktion genauso für dieses Jahr für zutreffend. Allein wenn man sich diesen Voranschlagsquerschnitt ansieht, bestätigt sich das Bild des bloßen Verwaltens. Die Kennzahlen für die freie Finanzspitze, also jene Summen, die der Stadt zum Abbau ihrer Schulden und für neue Investitionen zur Verfügung stünden, sind sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt, somit in ihrer Gesamtheit negativ. Der Stadt fehlten rund 5 Mio. Euro, um überhaupt in die Lage zu kommen, Mittel für zukünftige Investitionen und für Darlehensrückzahlungen zur Verfügung zu haben. Das heißt, dass wir für den uns heute vorliegenden ausgeglichenen Haushalt Rücklagen auflösen und Vermögen der Stadt verkaufen müssen, sprich, wir müssen die Substanz der Stadt verringern. Dieses Spiel wird sich aber nicht bis in alle Ewigkeit wiederholen lassen. Irgendwann gibt es nichts mehr zu verkaufen. Irgendwann sind keine Rücklagen mehr da, die noch in letzter Minute aufgelöst werden können. Damit kommen wir irgendwann in die Situation, dass wir nicht mehr ausgeglichen budgetieren können. Und wenn es mit der Reduzierung der Substanz der Stadt in dem Ausmaß weitergeht wie bisher, wird dieser Zeitpunkt früher das sein, als uns allen lieb sein kann.

Bedenklich ist für uns auch die Höhe der Personalkosten, die ein gutes Drittel des ordentlichen Haushalts ausmachen. Hier wird unseres Erachtens in den nächsten Monaten und Jahren das Personalmanagement des Magistrats gefordert sein, Vorschläge zu erarbeiten und Maßnahmen zu ergreifen. Im Zuge unserer Stellungnahme zu den Reformvorschlägen des Magistratsdirektors haben wir uns bereits grundsätzlich dazu bekannt, dass ein Personalabbau hauptsächlich durch Nicht-Nachbesetzungen erfolgen soll. Dennoch gilt es unserer Meinung nach, kritisch zu hinterfragen, ob nicht in den einzelnen Organisationseinheiten doch noch ein Einsparungspotential vorhanden ist. Dies aber stets unter der Prämisse, dass die Arbeitsqualität und die Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger nicht hierunter leiden.

Natürlich sehen wir ebenfalls, dass es um die Stadt Wels, was den Verschuldungsgrad angeht, vergleichsweise noch gut bestellt ist, und zwar auch im Vergleich zu den beiden anderen oberösterreichischen Statutarstädten Linz und Steyr. Das sollte aber kein An-

lass dafür sein, sich entspannt zurückzulehnen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Dass es Reformen braucht, wurde in den Nachwehen zur Finanz- und Wirtschaftskrise in der Stadt Wels bereits erkannt und ein Reformprozess im Jahr 2010 in die Wege geleitet, der nun langsam Formen annimmt.

Neben einem grundsätzlichen Bekenntnis zu einer zukunftssträchtigen Budgetgestaltung und den dafür notwendigen Maßnahmen halten wir es für unerlässlich, bei Investitionen nicht auf der Bremse zu stehen. Investitionen schaffen Arbeitsplätze und sind notwendig, wenn sie nicht gerade für Autobahn-Anschlussstellen gedacht sind. Und sie schaffen Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger, die hier leben. Wir betrachten es als äußerst positiv, wenn mit Schulsanierungen, so wie mit dem Schulsanierungskonzept II beschlossen, weiter fortgefahren wird. Besonders erfreulich ist für uns dabei, dass für die Schule „Stadtmitte“ in der Rainerstraße endlich Mittel vorgesehen sind, um so die dringend notwendige räumliche Ausstattung neu schaffen zu können. Auch die Umsetzung des eben erst in der Öffentlichkeit präsentierten Stadtteilentwicklungskonzeptes Noitzmühle und den Bau eines neuen Alten- und Pflegeheimes in diesem Stadtteil werten wir als positiv.

Sicherlich ließen sich noch einige Projekte finden, welche die Unterstützung der GRÜNEN finden, auf deren Nennung ich aber jetzt verzichten möchte.

Kritisch bzw. sogar ablehnend stehen wir weiterhin dem geplanten Projekt der Schaffung einer Autobahnanschlussstelle in Wimpassing gegenüber. Hier gilt nach wie vor unsere bereits im Vorjahr vorgetragene Position. Wir sind nicht gewillt, 7 Mio. Euro für ein Straßenbauprojekt dieser Größenordnung auszugeben. Statt dessen würden wir uns wünschen, dass solche Summen endlich einmal für den öffentlichen Personennahverkehr in die Hand genommen werden. Welch attraktives Öffi-Netz könnten wir damit haben?

Bevor jetzt der Herr Kollege Stadtrat Kroiß wieder sagt, manche kapieren es nie, möchte ich gleich vorweg eine Antwort geben. Bei Investitionsprojekten dieser Größenordnung geht es unseres Erachtens immer auch um die Verwirklichung von Visionen. Und unsere grüne Vision ist eben die, in einer Stadt wohnen zu können, in der man tatsächlich öffentliche Verkehrsmittel im Alltag nutzen kann und nicht bloß dann, wenn es sich einfach nicht vermeiden lässt, sprich, wenn man kein Auto zur Verfügung hat.

Zu wenig Geld ist unseres Erachtens für die weitere Umsetzung der Agenda-21-Projekte vorgesehen. Mit gerade einmal 250.000 Euro soll der Agendaprozess fortgeführt, die Umsetzung des Konzepts zum Gaswerkpark und zum Pollheimerpark bewerkstelligt werden. Allein wenn man die Kostenschätzungen zum Gaswerkpark kennt, welche sich auf rund 800.000 Euro belaufen sollen, weiß man, dass für den Agenda-21-Prozess viel zu wenig Mittel vorgesehen sind. Welche Motivation soll man als Bürgerin und Bürger haben, sich daran zu beteiligen? Ich bin mir sicher, dass die bislang engagierten Frauen und Männer in ihrer Freizeit etwas Besseres anzufangen wissen, als sich von der Stadt sinnlos beschäftigen zu lassen. Wir haben es schließlich nicht mit Schildbürgerinnen und Schildbürgern zu tun, die ihre Zeit bloß um des „Zeitinvestierenwollens“ zur Verfügung stellen, das heißt, die Welserinnen und Welser wollen verständlicherweise für ihr Engagement Ergebnisse sehen, die nicht nur Minimalvarianten von den ursprünglich vorhandenen Plänen darstellen.

Generell müssen wir feststellen, dass im Budget für 2012 und auch für die weiteren Jahre der Grünbaumbestand sträflich vernachlässigt wird. Das nicht nur, was den Gaswerk- und den Pollheimerpark angeht, sondern auch Projekte wie den Stadtteilpark Pernau oder die Neuanlage des Schlossparks Lichtenegg, die nicht umgesetzt werden. Das ist ein Umstand, den wir in dieser Form nicht hinnehmen können.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass für uns das vorliegende Budget kein Zukunftsbudget darstellt. Es setzt unseres Erachtens den bisherigen Kurs – um es höflich zu formulieren – des bloßen Verwaltens fort, indem es weiterhin auf bewegende Reformen warten lässt. Im Bereich der Investitionen gibt es eine Vielzahl von Projekten, die wir unterstützen und über deren Umsetzung wir uns bereits freuen, aber wie schon erwähnt, finden sich darunter auch Pläne, die wir so sicher nicht befürworten und außerdem Projekte, wo an der falschen Stelle der Sparstift angesetzt wurde. Und daher werden wir diesem Budget nicht zustimmen. Um aber nochmals zu betonen, wie wichtig es uns ist, dass die Stadt trotz der geforderten Sparmaßnahmen weiterhin Investitionen tätigt und nicht auf die lange Bank schiebt, werden wir den Darlehensaufnahmen zustimmen.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass vor der Gemeinderatsitzung ein Gespräch zwischen den Fraktionsvertretern Reindl-Schwaighofer, Peter Lehner, Mag. Mayerhofer und einem Vertreter von Herrn Dr. Rabl, der noch nicht anwesend war, stattfand, nämlich darüber, wie denn die Reihenfolge der Fraktionserklärungen sein solle. Wir haben uns auf folgende Reihenfolge geeinigt: 1. GRÜNE, 2. FPÖ, 3. ÖVP und 4. SPÖ. Wir haben uns so geeinigt und ich hoffe, dass das letztlich von allen so gesehen wird. Und so ersuche ich jetzt Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rabl, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

StR. Dr. Rabl: Meine Fraktionserklärung jetzt schon zu machen, ist ja an sich kein großes Problem, nur finde ich es schon etwas eigenartig, wenn nun der Bürgermeister festlegt, wann wer an die Reihe kommt. In der Vergangenheit – ich erinnere mich an die letzten zehn Jahre – war es doch immer so, dass wir uns selbst zu Wort melden konnten. Wenn sie aber schon meinen, sie müssten diesbezüglich eine Fraktionssitzung oder eine Fraktionseinigung herbeiführen, wäre es sinnvoll, mit uns schon vorher zu reden und uns mitzuteilen, dass dem so sein soll. Ich bin auch jederzeit elektronisch erreichbar und dass ich zu den Sitzungen ziemlich pünktlich oder knapp komme, ist ebenfalls bekannt. Also, prinzipiell macht es mir kein Problem, jetzt schon an die Reihe zu kommen, aber vielleicht könnten wir uns künftig doch auf eine bessere Vorgehensweise einigen. So kurzfristig etwas festzulegen, das ist doch etwas überraschend.

Bgm. Dr. Koits: Bevor sie jetzt weiterreden, darf ich feststellen, dass ich in dieser Sache nichts festlegte. Es war vielmehr so, dass sich die Fraktionsvorsitzenden auf diese Vorgangsweise einigten.

StR. Dr. Rabl: Der Bürgermeister hat natürlich das Recht, sich immer einzumischen – das ist mir schon klar – und deshalb werde ich jetzt gleich zu meiner Fraktionsrede kommen.

Also, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Zu allererst muss man Dank sagen, nämlich Dank an Herrn Dr. Barth und an die ganze Finanzabteilung für das Zustandekommen dieses Budgets. Aus meiner Sicht ist es gerade in schwierigen Zeiten nicht so einfach, überhaupt ein Budget zustande zu

bekommen. Wäre Herr Dr. Barth der Finanzreferent, dann wüsste ich das Budget in guten Händen, leider ist dies aber nicht der Fall, weshalb es nur möglich ist, Herrn Dr. Barth stellvertretend für alle anderen in der Finanzabteilung herzlich Dank zu sagen.

Sieht man sich das Budget insgesamt an, macht man sich schon Sorgen. Ich brauche mir nur anzusehen, wie hoch denn der Abgang bei unseren laufenden Ausgaben ist. Dieser beläuft sich auf eineinhalb Millionen Euro. Ich vergleiche diese Situation immer mit einem ganz normalen Haushalt, mit dem Haushalt einer ganz normalen Familie. Wenn beispielsweise die Ehefrau in ihr Geldbörstel reinschaut, dann weiß sie, dass sie nicht mehr ausgeben kann, als sie einnimmt. Das ist eigentlich etwas sehr Simple in jeder Hinsicht, nur bei der Stadt Wels ist diese Binsenweisheit noch nicht wirklich eingelangt.

Wenn ich mir das Maastricht-Ergebnis anschau, eine Vorgabe seitens der EU, dann machen wir im nächsten Jahr Schulden in Höhe von 18,7 Mio. Euro. Und wenn ich noch weitergehe und schau, wie denn die Neuverschuldung beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt zusammen ausschaut, dann sind es 14 Millionen. Und wenn ich mir die Pro-Kopf-Verschuldung ansehe, über die nun schon eineinhalb Stunden lang referiert wurde, dann – hier decke ich mich durchaus mit den Angaben von Herrn Vizebürgermeister Wimmer – liegt die Pro-Kopf-Verschuldung bei 1.995 Euro.

Warum ist mir das Wort „konsolidiert“ so wichtig? Das ist mir deshalb so wichtig, weil ich doch nicht die Schulden der Stadt Wels isoliert betrachten kann. Es gibt ja nicht nur die Stadt selbst, die Schulden macht, sondern es machen auch Gesellschaften, die der Stadt Wels gehören, Schulden. Und in der Vergangenheit kam es immer mehr dazu, dass nicht die Stadt Wels selbst Investitionen tätigte und selbst Schulden machte, sondern es wurde einfach ein Unternehmen gegründet – in diesem Fall heißt es Immo KG – und dort werden jetzt etliche Schulden gemacht. Und die Haftungen für diese Schulden werden von der Stadt Wels übernommen. Und genau das ist es, was ich kritisiere. Ich kann doch nicht sagen, dass die Stadt Wels eh so günstig dasteht und eh fast keine Schulden vorhanden sind, wenn andererseits die Schulden zu einem großen Teil ausgelagert wurden. Auch der Bund macht das – das ist also keine Erfindung der Stadt Wels – was ich hier betonen möchte. Der Bund lagert beispielsweise seine Schulden in die ÖBB aus – dann hat die die Schulden – oder in die ASFINAG, nur damit der Bund selbst besser dasteht. Am besten haben das übrigens die Griechen gemacht. Die haben überhaupt einen Großteil der Schulden ausgelagert. Das sind zwar jetzt nicht so direkt unsere Schulden, aber dass wir mithaften, das ist wohl bekannt.

Somit meine ich, dass man bei uns ehrlich sein und zugeben sollte, dass es nicht nur um die Schulden geht, die von der Stadt Wels direkt aufgenommen wurden. Es gehören also auch die Schulden dazu, die von der Messe gemacht wurden, von der Immo KG, vom E-Werk und von der Heimstätte. Immerhin sind das doch Gesellschaften, die von der Stadt Aufgaben übernommen haben und außerdem handelt es sich hierbei um Schulden, für die die Stadt Wels teilweise haftet. Das darf man einfach nicht vergessen und das soll man auch immer wieder erwähnen.

Und ich bin nicht der Ansicht von Herrn Vizebürgermeister Wimmer, nämlich dass derjenige, der am besten schummelt, das beste Ergebnis bei der Statistik Austria hat. Ich halte es nicht für gut, dass Innsbruck die Schulden versteckt, ich halte es aber genauso wenig für gut, dass die Stadt Wels Schulden versteckt. Bleiben wir also bei der Wahrheit und sagen wir, dass wir tatsächlich soundso viele Schulden haben, welche pro Kopf

der Bevölkerung bei 1.995 Euro liegen. Das ist schon ein besonders bedenklicher Wert. Dies nicht so sehr wegen der Höhe – das würde mir nicht so die großen Sorgen machen und gebe darin Herrn Vizebürgermeister Wimmer Recht – aber was mir Sorgen bereitet bzw. sehr zu denken gibt, ist, dass wir doch 2002 schuldenfrei waren. Warum waren wir das? Dies deswegen, weil wir ganz einfach Vermögen der Stadt Wels verkauften. Wir haben 49 % der E-Werk-Beteiligung an der Wels Strom GmbH verkauft und mit diesem Verkauf waren wir auf einen Schlag komplett schuldenfrei. Das war aber nicht der erste größere Verkauf, den die Stadt Wels tätigte. Wir als Stadt haben in den 90er-Jahren das Wasser- und das Kanalnetz verkauft – da waren wir praktisch auch schuldenfrei – was bedeutet, dass in den letzten beiden Jahrzehnten wiederkehrend ganz einfach Vermögen der Stadt verkauft wird. Und auch nach dem Jahr 2002 ist es mit Verkäufen weitergegangen. So verkauften wir die Wohnungen an die Heimstätte, wofür wir ebenfalls Geld erhielten. Wir verkauften weiters etliche stadteigene Wohnungen, Grundstücke, und das geht anscheinend immer so weiter. Wir verkaufen unser Tafelsilber und wenn es nicht mehr geht, verkaufen wir wieder etwas.

Deswegen sind solche Vergleiche auch nicht unbedingt repräsentativ. Ich muss ja eigentlich zusammenrechnen, wie viel Schulden ich in den letzten 40 oder 50 Jahren, seit dem Krieg anhäufte, ohne davon die Verkaufserlöse abzuziehen. Es wäre natürlich möglich, dass Herr Vizebürgermeister Wimmer und die SPÖ hergehen und auch noch die restlichen Anteile an der Wels Strom GmbH um vielleicht 60 Millionen verkaufen oder die Sparkassenanteile um 600 Millionen, wie viel auch immer und dann haben wir im Budget sogar einen Überschuss. Das nächste Mal stellt er sich dann hierher und sagt, dass wir das beste Budget landesweit, österreichweit, ja sogar europaweit haben, denn wir haben so ein riesiges Sparguthaben. Dann hätten wir zwar alles verkauft, aber die Stadt Wels hätte keinen Besitz mehr. Das ist jedenfalls ein Ansatz, den ich nicht teilen kann.

Für mich bedeutet ein verantwortungsvolles Budgetieren, dass ich nur das Geld ausgeben kann, das ich einnehme. Dabei kann ich schon verstehen, dass es zu gewissen Abweichungen kommen kann. Wenn man große Investitionen zu tätigen hat und diese nicht aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren sind, verstehe ich es schon, dass man Schulden macht. Das tut auch jede Hausfrau. Wenn sie sich eine Wohnung kauft, überlegt sie, was im Monat so übrig bleibt bzw. wie viel 100 Euro monatlich sie sich für Rückzahlungen leisten kann. Vielleicht wird sie einerseits ihr Ersparnis einsetzen, andererseits den Rest monatlich von dem zurückzahlen, was sie glaubt, sich sonst monatlich ersparen zu können.

Machen wir das in der Stadt Wels genauso? Nein! Es geht munter drauflos und immer weiter, so holdrío. Jedes Jahr kommen so 14, 15 oder 16 Mio. Euro an neuen Schulden dazu. Macht ihnen das Sorgen? Mir schon! Und was tun wir dagegen? Welches konkrete Konzept haben wir, um etwas dagegen zu tun?

Wir haben einen Lenkungsausschuss für die Erstellung eines Konzepts eingerichtet. Weder der Gemeinderat der Stadt Wels noch der Finanzausschuss waren zu dieser Konzepterstellung in der Lage und so sollte dieser Lenkungsausschuss ein richtiges Leadership-Gremium werden, in dem nur die höchsten Vertreter der Parteien drinsitzen. Eingerichtet wurde dieses Gremium im Frühjahr 2010 und es stellt sich natürlich die Frage, was hier beraten oder besprochen wurde und ob etwas weitergegangen ist. Wir haben uns hie und da getroffen – die letzte Sitzung wurde zwar abgesagt, aber das war nicht gar so schlimm – und wir haben prinzipiell einen Beschluss vorbereitet. Und dieser

Beschluss des Gemeinderates – übrigens ein einstimmiger Beschluss – brachte etwas sehr Sinnvolles. Deswegen war er auch einstimmig und entsprach der Notwendigkeit. Er wurde am 01.07.2010 gefasst und er besagt, dass die Ausgaben für das Jahr 2011 um 2,5 % zu reduzieren sind. Und die Ausgaben im Jahr 2012 sind um 5 % zu reduzieren. Wie ist man auf diese Zahlen gekommen? Man dachte sich, dass 2011 das erste Jahr ist, in dem Ausgabenreduktionen bereits greifen können – mit Einsparungen von 4 Mio. Euro wurde ein erster Meilenstein gesetzt – und man dachte sich, dass man dann, wenn man diese Einsparungen weiter vorantreibt, auf 5 % raufgehen kann, womit dann ungefähr 8 Mio. Euro an Einsparungen zu erzielen wären. Diese 8 Millionen wären notwendig, um wirklich eine freie Finanzspitze zu haben und Investitionen auch aus dem ordentlichen Haushalt heraus tätigen zu können, nachdem ja ein weiteres Schuldenmachen nicht mehr geht.

Dieser damals einstimmige Gemeinderatsbeschluss wird aber in Zusammenhang mit der heutigen Budgetbeschlussfassung einfach ignoriert, ohne dass hierüber diskutiert worden wäre, warum man nun von diesem Beschluss abgehen will. Es hat dazu keine Erklärungen seitens der Fraktionen gegeben, etwa in der Richtung, dass die jetzige Situation nicht mehr dem entspricht, was wir im Jahr 2010 beschlossen haben. Und angesichts dessen stelle ich mir schon die Frage, ob wir uns überhaupt selbst noch ernst nehmen. Wenn uns heute anscheinend völlig Wurst ist, was wir vor eineinhalb Jahren beschlossen haben, frage ich mich, warum wir dann überhaupt solche Beschlüsse fassen. Was stellen wir da herinnen überhaupt dar, wenn wir nicht einmal in der Lage sind, einen gefassten Beschluss zur Umsetzung zu bringen? Da muss ich mir schon einmal die Sinnfrage zur eigenen Funktion in diesem Gremium stellen. Beim Stellen dieser Sinnfrage sollte aus meiner Sicht jeder Gemeinderat mitmachen.

Besonders interessant sind übrigens die Ausführungen des Kontrollamtes zum Budget für 2010 und zum Budget für 2011. Ich richte in diesem Zusammenhang den Dank an Frau Mag. Österreicher, die hier sehr unabhängig arbeitet und sich jedes Jahr sehr intensiv damit beschäftigt. Und hier steht in Bezug auf die öffentliche Sparquote ein Wert von minus 1,9 %, wozu uns erklärt wird, dass umso mehr Mittel für die Finanzierung von Ausgaben zur Verfügung stehen, je höher dieser Wert ist. Und ist der Wert negativ – in unserem Fall sind es minus 1,9 Prozent – ist die Finanzsituation sehr ernst, Sanierungsmaßnahmen sind unverzüglich einzuleiten. Haben wir demnach Sanierungsmaßnahmen eingeleitet? Keine einzige! Es wurde zwar ein Papier hiezu verfasst, aber im Budget 2012 ist keine Sanierungsmaßnahme enthalten. Es gibt nichts Budgetwirksames. Es gibt übrigens noch weitere interessante Ausführungen, aber die möchte ich ihnen jetzt ersparen.

Und dann kommt der Finanzreferent und sagt – ich habe den Eindruck, er meint das ernst, denn sonst würde er es ja nicht sagen – er habe 14 Millionen allein deshalb gespart, weil er nicht alle Wünsche der Stadtsenatsmitglieder berücksichtigte. Das ist ein sehr interessanter Satz, weil dieser ein gewisses Selbstverständnis wiedergibt. Stellen wir uns andererseits einmal Folgendes vor. Ich als Wohnungsreferent habe ein Problem, weil es zu wenig freie Wohnungen gibt. Und ich sage dann, dass ich neue Wohnungen möchte und für den Bau neuer Wohnungen 1 Milliarde brauche. Das ist wohl eine völlig unrealistische Ziffer – jeder weiß, dass sie unrealistisch ist – und der Finanzreferent sagt zu mir: Das bekommst du nicht, weil das können wir uns nicht leisten. Darauf sage ich: Na gut, war ja nur ein Vorschlag und wenn ich das Geld nicht bekomme, ist es auch in Ordnung. Und in weiterer Folge geht der Finanzreferent in die Presse und sagt: Ich habe jetzt 1 Milliarde Euro eingespart!

Ich muss wirklich sagen, dass das eine durchaus interessante Sicht der Dinge ist, nämlich in Hinblick darauf, wie man etwas einsparen kann. Das nächste Mal bringe ich einen Vorschlag, dessen Realisierung 100 Milliarden Euro kostete und er sagt dann, er habe 100 Milliarden eingespart, denn ich habe das Geld nicht bekommen. Für mich bedeutet aber einsparen etwas anderes. Für mich bedeutet einsparen, die Geldbörse aufzumachen und zu sehen, dass mir etwas fehlt und ich deshalb auf etwas verzichten muss, wobei ich schon weiß, dass Verzicht politisch gesehen durchaus weh tun kann. Aber andererseits glaube ich, dass die Bevölkerung ein Recht darauf hat, ihr endlich einmal zu sagen, dass wir es uns so, wie wir es jetzt machen, nicht mehr leisten können, weil es zu viel ist, zu teuer und weil wir uns die Erhaltung nicht mehr leisten können. Aus meiner Sicht wäre das einmal ein mutiger und politisch sinnvoller Schritt. Dieser sinnvolle Schritt fehlt mir aber bis jetzt komplett.

Das Sparen setzt aber auch voraus, dass es eine Aufgabendiskussion gibt, wie sie von den Freiheitlichen schon sehr lange gefordert wird. Es geht darum, dass man sich einmal damit auseinandersetzt und fragt, was denn die einzelnen Bereiche, die die Stadt Wels freiwillig erbringt, überhaupt kosten und ob wir diese Bereiche weiterhin so belassen wollen. Ich nenne ein Beispiel. Die Stadt Wels hat beschlossen – auch im neuen Budget ist dafür etwas enthalten – Kinosäle für ein Programmkinos zu bauen. 2,2 Mio. Euro kosten diese zwei Stück Kinosäle und zum Teil die Sanierung des alten Spar-kassengebäudes. Das sind also 2,2 Mio. Euro für ein Programmkinos, wobei jeder weiß, dass schon die jetzige Spielstätte, das Stadttheater Greif, nicht wirklich ausgelastet ist. Da werden nicht oft viel mehr als 15 bis 30 Zuschauer drinsitzen. Diese Spielstätte im Greif wäre allerdings durchaus in Ordnung und man hätte bestimmt sagen können, dass dieses Programmkinos noch fünf Jahre länger drinbleiben kann. Warum braucht man also für eine neue Spielstätte 2,2 Mio. Euro? Aber gut, man hat es beschlossen und als Demokrat muss man das hinnehmen.

Wir haben allerdings in anderen Bereichen oft nicht einmal 10.000 Euro für irgendwelche Kulturaktivitäten. So sehe ich hier herinnen jemand von der „Kleinen Bühne“ sitzen, der 10.000 Euro für die Saalausstattung fehlen, aber seitens der Stadt ist dieses Geld nicht vorhanden. Und auch angesichts dessen muss ich mir die Frage stellen, ob denn bei uns das Geld richtig eingesetzt wird. Haben wir die notwendigen Mittel am richtigen Platz?

Ich möchte betonen, dass ich jetzt nicht verschiedene Dinge gegeneinander ausspielen möchte. Vielmehr will ich sagen, dass man sich ganz generell überlegen muss, ob man diverse Aufgaben noch weiter betreuen oder erfüllen möchte bzw. ob man das nicht mehr tun kann.

Damit sie eine Ahnung davon bekommen, was wie viel kostet – das wird die Zuschauer sicher interessieren – darf ich ein paar Zahlen nennen. Wir wissen, dass uns das Burgmuseum 615.000 Euro kostet, das Minoritenmuseum 366.000 Euro, die Stadtbücherei 572.000 Euro, die VHS 551.000, das Archiv 436.000, die sozialpsychologische Beratungsstelle 246.000 Euro, die Familienberatung 130.000 Euro, die Tagesheimstätten 380.000 Euro, der Sachverständigendienst 448.000 Euro und damit ich auch etwas nenne, das mich selbst betrifft, erwähne ich den Tierpark mit 647.000 Euro. All das sind Bereiche, die die Stadt Wels freiwillig erfüllt. Und wir Freiheitliche sind der Meinung, dass es überhaupt nicht darum gehen muss, einfach alles abzuschaffen, aber es geht immerhin darum, in diesen Bereichen eine Diskussion darüber zu führen, was wir uns dort oder da noch weiter leisten können oder wollen. Und ich glaube, hier wäre es

notwendig, in einem durchaus sehr breiten politischen Konsens über diese Leistungen zu diskutieren und sich zu fragen: Will ich es oder will ich es nicht.

Genau das, was ich gerade sagte, habe ich im Lenkungsausschuss vermisst. Da erhielten wir ein von der Beamtenschaft ausgearbeitetes Papier, durchaus eine Diskussionsgrundlage, von der man sagen kann, dass ein Aufbauen möglich erscheint. Das Einsparungsvolumen, um das es hier ging, belief sich auf 3,5 Mio. Euro, wobei das betroffene Personal nur langfristig abgebaut werden könnte, da ein Kündigungsschutz besteht. Aber man könnte sagen, diese 3,5 Millionen stellen immerhin einen Anfang dar. Verschiedene Maßnahmen, die da drinstehen, beispielsweise die Abschaffung der Move-on-Card, hätten 2012 schon wirksam werden können, falls es vorbereitete Beschlüsse gegeben hätte. Das geschah jedoch nicht und so geht das noch immer weiter.

Unabhängig von der Möglichkeit, etwas in die Wege zu leiten, was allerdings nicht geschah, liegt uns jetzt eine Diskussionsgrundlage vor und es stellt sich die Frage, was nun mit dieser Diskussionsgrundlage geschieht. Der Bürgermeister macht damit das, was ein guter Bürgermeister macht, das heißt, er schickt es an die Fraktionen und sagt: Schaut euch das einmal an! Oder gibt es auch eigene Vorschläge? Und welch' Überraschung: Die GRÜNEN machten Vorschläge, die ÖVP machte Vorschläge und die FPÖ machte sogar umfangreiche Vorschläge. Machte auch die SPÖ irgendwelche Vorschläge? Nein, keinen einzigen! Die SPÖ mit ihrem Vorsitzenden und Finanzreferenten Wimmer hat einfach geschrieben, dass sie dem Lenkungsausschuss alles Gute wünscht, viel Glück für die Zukunft. Das war es dann schon. Zwei Zeilen schrieb die SPÖ zurück. Es kam kein einziger Einsparungsvorschlag von Seite der SPÖ und auch das ist etwas, wo ich sagen muss: Das zeigt ein bisschen die Gesinnung. Das zeigt ein bisschen auf, wie man mit dem Budget überhaupt umgehen will. Das zeigt auch, dass man zwar an immer mehr Einnahmen interessiert ist, aber bei den Ausgaben will man nicht sparen. Man will sich auf solche Diskussionen gar nicht einlassen, weil man damit vielleicht jemand verärgern könnte. Anstelle dessen macht man immer mehr Schulden. 20 Millionen waren es im Vorjahr und heuer sind es 14 Millionen. Das Ganze unter dem Motto: Ist doch egal, denn es ist ja nicht mein Geld.

Wie das geht, weiß man auch beim Welios. Wenn hier die Stadt Wels nicht Geld zuschießt, geht eben das Ding pleite. Wir als Stadt haben ja anscheinend genug Geld und so kann man etwas quersubventionieren. Das ist überhaupt kein Problem und so wird heute beschlossen, dass wir für heuer den Bilanzverlust abdecken und im Jahr 2012 und im Jahr 2013 maximal 250.000 Euro zuschießen. So wird bei uns mit Geld umgegangen, aber das macht eigentlich nichts, denn offensichtlich haben wir es ja. Leider geht aber das Ganze zu Lasten künftiger Generationen, zu Lasten unserer Kinder. Eigentlich müssen wir uns ja mit deren Vermögen auseinandersetzen und es werden diese kein Geld mehr vorfinden bzw. werden die die Kosten tragen müssen, die wir jetzt anhäufen.

Man muss sich natürlich fragen, ob das die alleinigen Bedenken der Freiheitlichen sind. Wir hörten bereits aus der Erklärung der GRÜNEN, dass diese durchaus ebenso diese Bedenken teilen, nur ist es für mich immer noch nicht schlüssig, warum man dem Budget die Zustimmung verweigert, gleichzeitig aber die Darlehensaufnahmen mitbeschließt. Das ist doch ein gewisser Widerspruch. Entweder ist man für ein Budget, dann muss man die Schulden mittragen oder man ist nicht für ein Budget, womit dann auch

die Ablehnung der Schulden bzw. Darlehensaufnahmen verbunden sein müsste. Aber gut, es gibt zumindest kritische Stimmen.

Und diese kritischen Stimmen gibt es auch in der ÖVP, und zwar aus meiner Sicht durchaus berechtigt. Und der ab heute neue Wirtschaftsbundobmann Resch hat sehr eindrucksvoll dargestellt, warum zumindest aus seiner Sicht das Budget nicht in Ordnung ist bzw. welche Probleme es damit gibt.

Es gibt aber auch noch – das sei ebenfalls betont – von ganz anderer Seite Erinnerungen zum Budget. Seitdem ich Gemeinderat bin – ich bin es allerdings erst zehn Jahre – habe ich noch nie so viele Erinnerungen auf dem Tisch vorgefunden wie dieses Mal. Da gibt es also aus der Bevölkerung selbst Stimmen, die sagen: Wir wollen dieses Budget nicht; bitte macht endlich ein Sparbudget! Diese vorliegenden Erinnerungen sagen uns also sehr eindringlich, wie denn die Bevölkerung hiezu denkt. Sie kommen von der ganz linken Seite der Parteienlandschaft – ich meine damit die KPÖ, von der zwei Vertreter heute bei uns anwesend sind, um dem Ganzen noch Nachdruck zu verleihen – genauso wie von der Unternehmenseite bzw. vom Wirtschaftsbund. Der Wirtschaftsbund bringt zum Ausdruck, dass das Budget in dieser Form nicht beschlossen werden kann, weil es kein Zukunftsbudget darstellt und weil es immer nur um's Schuldenmachen, Schuldenmachen und wieder um's Schuldenmachen geht. Sogar „einfache Bürger“ schreiben uns Erinnerungen und sagen: Bitte beschließt dieses Budget nicht!

Warum ist das heute so relevant? Man muss wissen, dass es für die Aufnahme von Darlehen einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedarf. Wir sind heute 35 Gemeinderäte und wenn 12 davon gegen die Darlehensaufnahmen stimmen, dann ist dieses Budget mit seinen Darlehensfinanzierungen gefallen. Und das stellt eine große Warnung für jeden einzelnen Gemeinderat dar. Warum? Dies deshalb, weil sich die Freiheitlichen schon deklarierten und sagten: Wir stimmen nicht nur gegen das Budget, sondern auch gegen die Schuldaufnahmen. Und wir Freiheitliche sind heute mit 11 Mandatären vertreten, das heißt, wenn nur ein einziger Gemeinderat aus irgendeiner anderen Fraktion – sei es von den GRÜNEN, der ÖVP oder auch der SPÖ – Zweifel an diesem Budget hat und glaubt, dass damit nicht der Zukunftsweg beschritten wird und dass das Schuldenmachen nicht die Lösung darstellt, dann könnte ja zumindest der eine Mandatar gegen diese Darlehensaufnahme stimmen, womit sich der Finanzreferent eine neue Lösung einfallen lassen müsste, das heißt, er müsste ein neues Budget vorlegen. Das sollte jedem einzelnen Gemeinderat bewusst sein. Aus diesem Grund werden wir heute zum Tagesordnungspunkt 6. eine geheime Abstimmung verlangen. Ich weiß natürlich, dass es einen Fraktionszwang gibt und dementsprechend wird es in der eigenen Fraktion nicht gern gesehen, wenn jemand gegen die Meinung der Fraktion stimmt. Stimmt man aber geheim ab, kann man doch davon ausgehen, dass jeder für sich überlegt bzw. abwägt, ob die Argumente der einen oder anderen Seite richtig sind und vielleicht ist jemand von den GRÜNEN oder vom Wirtschaftsbund der ÖVP geneigt zu sagen: Ja, die geäußerten Überlegungen sind ganz gut und deshalb stimme ich gegen diese Darlehensaufnahmen und damit auch gegen das Budget selbst.

Ich ersuche daher ausdrücklich und sehr eindringlich alle Gemeinderäte, genau abzuwägen, ob wir diesen Weg weiter beschreiten wollen bzw. ob das der richtige Weg ist. Und vor allem ersuche ich alle politisch Verantwortlichen, in einer Zeit wie der jetzigen auch den Konsens hinsichtlich der Einsparungen zu suchen. Weil eines ist doch ebenfalls klar, wenn wir dem Herrn Vizebürgermeister Wimmer zuhören. Er sagte, dass wir

in Richtung Wirtschaftskrise schreiten, vielleicht kommt eine Rezession und die Zahl an Arbeitsplätzen geht zurück, was in der Folge natürlich Auswirkungen auf das Kommunalsteueraufkommen hat. Kommt uns das nicht irgendwie bekannt vor? Das ist genau die gleiche Situation, wie wir sie schon 2008 bzw. 2009 hatten. Da wurde Ende 2008 gesagt, dass wir in eine Wirtschaftskrise schlittern, dass es schlecht wird und dass wir einsparen müssen. In der Zwischenzeit haben wir dieses Tal der Tränen überwunden – wir konnten nochmals an größeren Dingen vorbeimarschieren – aber ob uns das nächste Mal Ähnliches gelingt, wenn wir immer weiter Schulden machen, das ist die große Frage. Somit ist also heute der Zeitpunkt, um zu sagen: Jetzt ist Schluss und wir müssen eine neue Budgetpolitik mit neuen Maßnahmen beschließen. Heute kann man also die Sache zu einem guten Ende führen. Überlegen sie sich genau ihr Abstimmverhalten. Alles Gute!

StR. Lehner: Ja, Andreas Rabl hat Recht! Wir müssen uns beim Thema Schulden ganz intensiv ansehen, wie es in Zukunft weitergehen kann. Wir haben eine Situation, die beängstigend ist, weil wir – das ist schon klar – Geld aufnehmen, das womöglich erst die nächste Generation zurückzahlen hat.

Wir haben allerdings auch eine Situation, die erfreulich ist, nämlich dass es eine konjunkturelle Entwicklung gab, die sich für Wels sehr, sehr positiv auswirkte. Das sieht man auch an der Entwicklung des heurigen Budgets. Das zeigt uns, dass eigentlich das, was wir genau vor einem Jahr hier besprochen und auch beschlossen haben, und zwar mit den Stimmen der FPÖ, nicht in der Dramatik eintraf, wie das von mancher Seite angedeutet wurde. Schon allein aufgrund dessen ist es wichtig, dass wir die Wirtschaft weiterhin intensiv unterstützen, dass wir dafür sorgen, dass es zu Investitionen in der Stadt Wels kommt, und zwar einerseits von der öffentlichen Hand, aber auch – das ist noch viel wichtiger – von privaten Unternehmen, die damit Arbeitsplätze in unserer Stadt schaffen. Durch diese Arbeitsplätze können wir den wichtigsten Faktor stabilisieren, den wir auf der Einnahmenseite haben, nämlich die Kommunalsteuer. Dazu ist es notwendig – hier verstehe ich die Kritik der GRÜNEN überhaupt nicht – dass wir ein neues Betriebsbaugelände erschließen, nämlich zusammen mit einer funktionierenden Infrastruktur, und das bedeutet beispielsweise die Errichtung einer Autobahnabfahrt in Wimpassing. Das ist etwas, das wir dringend benötigen. Das ist mit einer der Gründe für unsere Zustimmung. Das Budget ist zwar nicht so, dass es uns besonders gefällt, aber andererseits müssen wir für die Zukunft investieren und wir müssen uns einen Gestaltungsfreiraum geben. Wir brauchen somit eine Autobahnabfahrt in Wimpassing, um in Wels zukünftig Arbeitsplätze schaffen zu können.

Und wir brauchen noch etwas, das im Budget massiv vorhanden ist, nämlich das Thema „Weiterbildung, Ausbildung, Jugendsportmöglichkeiten“ und hier wiederum speziell das Thema Ausbildung. Wir sind in einer Region ohne Bodenschätze und brauchen somit ausgebildete Jugendliche. An den Arbeitslosenziffern der Stadt Wels sehen wir, dass Wels nach wie vor über dem Oberösterreichsdurchschnitt liegt. Wir haben eine Rate von 5,1 % und der Durchschnitt in Oberösterreich liegt bei 3,6 %. Wir müssen dringend in die Qualifikation der Arbeitskräfte in Wels investieren, um künftig nach dem Bedarf der Betriebe entsprechende Arbeitskräfte zu haben.

Wels ist eine wachsende Gemeinde und wir haben gerade im letzten Jahr gesehen, dass es positive Aspekte auch seitens des Landes gibt. Ich erinnere hier an die Diskussion darüber, ob oder in welcher Weise es eine Spitalsreform geben sollte. Wir als ÖVP mussten uns in diesem Zusammenhang belächeln, beschimpfen und sonst was lassen,

weil wir für diese Spitalsreform eintraten, aber heute präsentiert uns der Herr Finanzdirektor die Zahlen mit der Anmerkung, dass es deshalb machbar wurde, weil es im Land Oberösterreich eine Spitalsreform gab und damit Kostendämpfungseffekte vom Land Oberösterreich gekommen sind. Es ist also wichtig, sehr wohl unpopuläre Maßnahmen zu setzen und die Spitalsreform war eine dieser unpopulären Maßnahmen.

Genauso haben wir den „Aktivpass 60+“ in dieser Form abgelehnt. Diese Ablehnung war für uns als Partei genauso unattraktiv, denn unsere Mitglieder und Sympathisanten hätten sich genauso gewünscht, dass wir mit der Gießkanne durch die Stadt ziehen und sozusagen immer mehr anbieten. In diesem Fall war aber die ÖVP ganz klar jene Kraft, die meinte, dass wir die Signale in Richtung Sparsamkeit setzen und umdenken müssten. Wir meinten, dass in unserer Stadt die Politik auch in dieser Weise verändert werden sollte. Es gab allerdings in diesem Zusammenhang keine Mehrheit, die aufgestanden wäre und damit argumentiert hätte, dass wir große Einsparungen und Reformen benötigen würden. Damals standen wir allein da.

Heute – dazu bekennen wir uns – ist es an der Zeit, die Weichen neu zu stellen. Das wird uns aber nicht so gelingen, dass wir heute einfach sagen, dass wir diesem vorliegenden Budget nicht zustimmen. Würden wir das so machen, dann würden genau diese notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht getätigt. Es geht also darum, was wir sonst beschließen oder vereinbaren, was wir künftig besser machen können, und zwar unter gemeinsamer Anstrengung aller Fraktionen.

Da braucht es beispielsweise eine Prozesskostenrechnung, die uns zeigt, welche Kosten in gewissen Bereichen entstehen. Wenn ich heute beispielsweise von Herrn Vizebürgermeister Wieser hörte, dass bei der Berechnung der Müllabfuhrgebühr auch 500.000 Euro Kosten für den Verwaltungsbereich mitberücksichtigt wurden, ich aber dann gleich vom nächsten Redner höre, dass wir froh sein müssten, künftige Investitionen abdecken zu können, dann zeigt mir allein diese Sache, dass das nicht unbedingt das ist, was man unter einer ordentlichen Kostenrechnung versteht. Und eine Kostenwahrheit gegenüber der Bevölkerung stellt das erst recht nicht dar. Da braucht es mehr Transparenz, mehr Ehrlichkeit und vor allem harte Fakten sowie Daten, damit wir wirklich klar entscheiden können, ob die Müllabfuhr etwas ist, das wir selber machen wollen oder ob es sich um etwas handelt, das die private Wirtschaft viel besser machen könnte, kostengünstiger, vielleicht auch serviceorientierter. Es ist wichtig – da stimme ich mit Andreas Rabl überein – dass wir jetzt nicht spontan darüber entscheiden müssen, was wir machen oder auch nicht machen wollen, aber sehr wohl wichtig ist es, in die Zukunft zu schauen. Dabei darf nicht vernachlässigt werden, welche Qualität von den hausinternen Mitarbeitern erbracht wird. Die Qualität, die erbracht wird, ist nämlich in vielen Bereichen sehr, sehr gut. Die Mitarbeiter leisten in vielen Bereichen eine hervorragende Arbeit. Dennoch ist es wichtig, sich die einzelnen Punkte oder Bereiche genauer anzuschauen.

Der Herr Finanzreferent Wimmer hat uns heute mürbe geredet, als er alle Städte aufzählte und uns sagte, in welchen Bezirken welche Schuldenstände gegeben sind. Ich glaube, es ist uns dabei so ergangen wie überhaupt schon in den letzten Wochen, als die vielen Zahlen in unterschiedlicher Höhe auf uns niederprasselten. Im Endeffekt weiß niemand mehr, ob es dort oder da um Hunderte Millionen oder um Hunderte Milliarden geht. Irgendwie geht es uns jetzt bei diesem Städte- oder Bezirksvergleich ähnlich. Da weiß auch keiner mehr, ob es um 1.000 oder 100.000 Euro geht, aber eines ist schon klar: In Wirklichkeit ist es dramatisch.

Stellt man solche Vergleiche an, so ist durchaus einzuräumen, dass wir in Österreich nicht so schlecht liegen. Die von Vizebürgermeister Wimmer genannte Zahl von 655 Euro, was die Pro-Kopf-Verschuldung in Wels betrifft, habe ich in keiner Statistik gefunden. Aus den Unterlagen, die ich selbst habe, geht hervor, dass wir 2012 höher liegen, nämlich konsolidiert bei 1.955 Euro pro Kopf der Bevölkerung.

Jedenfalls brauchen wir eines, nämlich einen objektiven Vergleich mit anderen Städten. Es ist zu eruieren, welche Leistungen die anderen Städte erbringen, welche Leistungen erbringen sie mit eigenem Personal, was ist ausgelagert und dann können wir erst beurteilen, wo Wels tatsächlich liegt. Sind wir besser oder schlechter als andere? Dabei möchte ich eines nicht haben, nämlich dass wir uns mit den ganz Schlechten vergleichen oder überhaupt den Schlechtesten aussuchen, um dann festzustellen, dass wir ja ohnehin gar nicht so schlecht liegen. Mein Ziel wäre es vielmehr, den Besten auszusuchen und dann entsprechende Vergleiche anzustellen, Da werden wir dann wahrscheinlich feststellen können, warum irgendeine Stadt etwas besonders gut kann, warum kann man das mit möglichst geringem Personalaufwand tun, unter möglichst geringem Mitteleinsatz und trotzdem in hoher Qualität, wobei die Qualität besonders wichtig ist bzw. zählt die Qualität der erbrachten Leistung ebenfalls.

Es sollte also ein klares Benchmarking geben. Es sollte einen Vergleich aller österreichischen Städte mit über 50.000 Einwohnern geben, damit wir klar sehen, wo Wels liegt bzw. ob wir im Vergleich besser oder schlechter als jene Städte liegen.

Ein dritter Punkt betrifft diesen Aufgabenkatalog. Hier müssen wir schon sagen, dass wir als Stadt Wels sehr, sehr viel machen, viel, was gesetzlich nicht geregelt oder vorgegeben ist. Als Basis dafür sollte wiederum die Kostenrechnung gelten. Wir müssen zuerst wissen, was bestimmte Bereiche kosten und dann geht es eben darum, zu entscheiden, ob wir dies und jenes noch haben wollen oder ob vielleicht an der einen oder anderen Dienstleistung etwas geändert gehörte.

Eines muss uns ebenfalls klar sein – davon war heute noch überhaupt nicht die Rede – nämlich dass wir Glück haben, und dieses Glück ist im derzeit gegebenen niedrigen Zinssatz zu sehen. Wenn es in Folge der europäischen Finanzkrise zu einer Erhöhung der Zinssätze kommt, dann haben wir wirklich ein Problem, nämlich sowohl in der Immo KG, als auch in der Stadt selbst. Von dieser Seite her besteht also ebenfalls der dringende Bedarf, an der Schuldenschraube zu drehen und einzusparen, um für die Zukunft den Handlungsspielraum nicht total zu verlieren.

Ganz wichtig ist für mich weiters der Dank an die Welser Betriebe. Die Kommunalsteuer zeigt, dass wir sehr erfreulich und positiv unterwegs sind. Hier sind auch für die nächsten Jahre vernünftige bzw. gute Steigerungen vorhanden. Bei einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 3,5 % in den folgenden Jahren sieht man aber doch, dass die Finanzabteilung mit Vorsicht agiert. Sieht man sich die Lohnabschlüsse für das nächste Jahr an, so liegen diese durchaus bei drei und mehr Prozent und wenn 3,5 % Mehreinnahmen aus der Kommunalsteuer angenommen werden, bedeutet dies, dass es real kaum zu Mitarbeiterzuwachsen in Wels kommt, weil eben die Zahl der Arbeitsplätze kaum zunimmt. Und hier denke ich mir, dass wir alle zusammenhelfen sollten, damit das Szenario in dieser Art nicht eintritt. Wir brauchen also ein Szenario, das neue Arbeitsplätze in Wels schafft und uns neue Chancen für zukünftige Budgets bringt. Auch wenn es einmal konjunkturelle Dellen gibt, ist doch die Situation so, dass unsere mittelständische Unternehmerlandschaft ziemlich stabil ist und diese Unternehmen

tragen auch die Mitarbeiter durch Krisen hinweg. Auf dieses Kapital sollten wir schauen und unterstützend wirken bzw. sollten wir diese Unternehmenslandschaft weiter entwickeln.

Ich muss jetzt noch etwas sagen, weil es heute schon ein bisschen so aussieht, als würde uns Andreas Rabl den Maßstab vorgeben, wenn er von Einsparungen spricht und davon, was in diesem Zusammenhang alles möglich ist. Wenn ich nämlich anschau, was so in den letzten Gemeinderatssitzungen passiert ist, dann habe ich so den Eindruck, als ob es eigentlich immer nur um Mehrausgaben geht. Es schaut so aus, als ob aus einem vorhandenen Topf beliebig viel herausgenommen werden könnte. Da kann man offenbar immer wieder etwas Neues einfordern, egal ob es sich nun um einen Betriebsansiedlungsmanager handelt – den kann man sich schon wünschen, aber wo ist für diesen das Geld da – oder ob es sich um eine spezielle Tierschutzanlaufstelle handelt, die einzurichten wäre oder ob es um die Videoüberwachung geht, den Ankauf von Traditionslokalen etc. Es gibt immer wieder Dinge, die eingefordert werden und heute haben wir wieder etwas in dieser Richtung zu behandeln, nämlich die personelle Aufstockung bei der Ordnungswache. Ich kann allerdings jetzt schon sagen, dass wir als ÖVP ebenfalls diesem Antrag zustimmen werden, weil es sinnvoll erscheint, mit der Ordnungswache verstärkt in die Stadtteile hinauszugehen, beispielsweise mehr Präsenz in der Noitzmühle zu zeigen. Aber eines muss uns schon klar sein: Diese Dinge oder die Erfüllung diverser Forderungen kostet zumeist Geld und dieses Geld muss erst einmal hereingebracht werden.

Wie schaut es eigentlich in Gemeinden aus, in denen die FPÖ schon an der Macht ist? Das sollten wir uns ebenfalls ansehen, wenn wir schon beim Benchmarking sind. Wenn wir uns schon vergleichen, sollten wir auch einmal schauen, was denn in einer Gemeinde passiert, wo die FPÖ an der Macht ist. Ich habe mir beispielsweise die Gemeinde Gaspoltshofen herausgesucht. Hier ist der Bürgermeister Klinger am Ruder. Er hat ein Gemeindebudget von 5 Mio. Euro und bei diesem Budget hat sich immerhin schon ein Schuldenstand im Ausmaß von 9,8 Mio. Euro angesammelt. Das ist doch ganz beträchtlich bzw. findet man hier praktisch das Doppelte eines Jahresbudgets an Schulden vor.

In St. Martin im Innkreis – das ist ebenfalls eine FPÖ-Gemeinde – ist etwas Interessantes passiert. Im „Jahr des Ehrenamtes“ wurde vom dortigen Gemeinderat die Streichung der Vereinsförderung geplant. Das sind Schritte, die uns als ÖVP nicht gefallen. Genau in jenem Jahr, in welchem wir besonders viel über die Bedeutung der Ehrenamtlichkeit reden, die Vereinsförderung zu streichen, das ist ein Weg, den wir nicht gehen wollen. Wir wollen vielmehr einen Weg gehen, der das Budget mit Nachhaltigkeit konsolidiert, bei dem es nachhaltig zu Einsparungen kommt. Dabei bekennen wir uns dazu, dass in den nächsten Jahren auch schmerzhaft Maßnahmen notwendig sein werden. Die auf uns zukommenden Strukturprobleme sind jedenfalls gegeben und diese müssen wir gemeinsam bewerkstelligen. Nicht gegeneinander, sondern miteinander müssen wir da vorgehen. Wir müssen die Dinge abstimmen und vorantreiben in dem Sinne, dass es hier nicht zu koalitionären Scharmützeln kommt, sondern vielmehr geschaut wird, was wir als Stadt bewegen, wo wir uns hinentwickeln wollen. Und es geht speziell darum, dass wir für Betriebe ein attraktiver Standort sein wollen, um weitere Betriebe nach Wels zu bekommen, um eine entsprechende Ausbildung anbieten und der Jugend eine Perspektive geben zu können. Dazu braucht es geordnete Finanzen und Zukunftsinvestitionen. Dazu bekennen wir uns!

Jetzt aber noch ein abschließendes Dankeschön an die Abteilung, an Herrn Dr. Barth, für die Erstellung des Budgets, das jedes Jahr fachlich sehr gut gemacht wird. Man kann sich auf die Daten, die da drinstehen, verlassen, auch wenn sie so sind, dass man damit nicht glücklich ist, dass man sich Sorgen macht, wenn man sich die Schuldenentwicklung anschaut. Diese Zahlen können nur eines sein, nämlich ein gemeinsamer Arbeitsauftrag an uns alle, für die Zukunft dieser Stadt noch intensiver zu arbeiten.

GR. Reindl-Schwaighofer: Zuerst möchte ich namens der Sozialdemokratischen Fraktion der Finanzdirektion, vor allem Herrn Dr. Barth den herzlichsten Dank für die Vorbereitung der gesamten Budgetunterlagen zum Ausdruck bringen. Ich möchte mich aber auch – das wurde heute schon angesprochen – bei allen Ressortverantwortlichen bedanken, denn es hat trotz der Diskussionen ein Bemühen gegeben, Projekte gemeinsam voranzutreiben und über das Budget abzuwickeln. Besonders möchte ich mich bei dir, Hermann, für die überschaubaren Unterlagen bedanken, wodurch es für uns alle möglich wurde, sich einzubringen und mitzudiskutieren.

Wenn wir heute über das Budget eines öffentlichen Haushalts diskutieren, wird mir ein bisschen zu wenig beleuchtet, dass wir im Jahr 2009 eine der tiefgreifendsten Krisen der letzten 100, 150 Jahre durchgemacht haben. Alle namhaften Ökonomen sprechen davon, dass das die tiefgreifendste Krise seit 1929 war. Und ich denke mir, dass solch eine Rahmenbedingung mit berücksichtigt werden muss, wenn wir heute über dieses vorliegende Budget diskutieren und dieses zu bewerten versuchen.

Ganze Volkswirtschaften laufen zur Zeit Gefahr, dass sie implodieren. In Bezug auf die Finanzmärkte jagt eine Hiobsbotschaft die andere. Ratingagenturen kommen mit Beurteilungen auf den Markt, die nicht mehr nachvollziehbar sind und beeinflussen nationale Haushalte nachhaltig bzw. stürzen sie Millionen von Menschen in Armut oder in Arbeitslosigkeit. Das Wohl der europäischen Staaten den Analysten von Banken und Ratingagenturen auszuliefern, ist meiner Ansicht nach ein großer Fehler. Volkswirtschaften stehen nämlich im öffentlichen Interesse und müssen demokratisch legitimiert sein, Ratingagenturen sind dies aber meines Wissens nach nicht. Bollwerke der Wirtschaftlichkeit wie Deutschland und Österreich sowie weitere vier EU-Staaten, droht der Verlust des Top-Ratings und es kam zur abwitzigen Entkopplung der Realwirtschaft – es wurde heute bereits von Stadtrat Lehner angesprochen, wie wichtig die Realwirtschaft ist – mit der Finanzwirtschaft. Die globale Wirtschaft ist so etwas wie ein riesiges Casino, in welchem die, die nicht zocken, die Zeche zahlen. Wirksame Schritte wie eine strengere Regulierung der Finanzmärkte und der Banken, beispielsweise durch Einführung einer Transaktionssteuer, kommen weltweit, also auch in der EU leider nicht vom Fleck. Mittlerweise dominieren Placebo-Maßnahmen wie die Schuldenbremse die politische Diskussion. Das Sparen wird zum inhaltslosen Dogma erhoben und die Schuldenbremse droht zur Zukunftsbremse zu verkommen, was wir heute schon hörten. Und wenn wir Stadtrat Rabl zuhörten, sehen wir, dass das Sparen zum Dogma wird und nichts mehr mit der Gesellschaft zu tun hat.

Neben den notwendigen Sparzielen ist darauf zu achten, dass zukunftssträchtige Themen wie Bildung, Forschung und Entwicklung, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, die soziale Qualität unserer Gesellschaft, aber auch Wirtschaftsfragen stärker in den Fokus gelangen. Für uns als sozialdemokratische Fraktion liegt es auf der Hand, dass die Verursacher des Debakels in der Finanz- und Weltwirtschaft die Scherben auch aufräumen müssen. Es ist notwendig, dass die soziale Symmetrie wieder hergestellt wird. Und

wir sind in diesem Zusammenhang der Meinung, dass es ohne vermögensbezogene Steuern nicht abgehen wird.

Im Übrigen ist natürlich die Frage der Bundesertragsanteile für unser Budget eine ganz wesentliche. Wir haben für unser Budget 66 Mio. Euro an Bundesertragsanteilen für die Umsetzung unseres Budgets eingesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte ihnen anhand einiger Beispiele ein paar Überlegungen der Sozialdemokratischen Fraktion näherbringen.

Von Herrn Stadtrat Lehner wurde heute schon angesprochen, dass ein guter Mix an Betrieben und der möglichst große Bestand an Klein- und Mittelbetrieben ganz wesentlich sind. Wir haben in Wels einen sehr guten Wirtschaftsmix und können aus diesem Grund auf ziemlich prächtige Einnahmen aus der Kommunalsteuer blicken.

Ich möchte aber noch eine andere Frage ansprechen, nämlich die Frage der Investitionstätigkeit, die wir als Stadt Wels ausüben. Wir lösen als Stadt eine Investitionstätigkeit in Höhe von 19,1 Mio. Euro aus und es sollen diese Investitionen vorrangig der heimischen Wirtschaft zu Gute kommen. Und wenn wir wissen, dass die der heimischen Wirtschaft zu Gute kommenden Investitionen auch eine Frage der Lohnsummensteuer und der Stärkung der Kaufkraft darstellen, dann wissen wir, dass das auch eine Frage dessen ist, ob die Welser und die Leute aus der Umgebung genug Geld zum Einkaufen haben und ob sie sich beispielsweise weiterhin ihre Semmel beim Resch oder beim Bäcker ihres Vertrauens kaufen können.

Dann hörten wir heute schon, dass von den 444 Gemeinden Oberösterreichs 307 als Abgangsgemeinden gelten. Das sind ungefähr 70 Prozent. Wir als Stadt Wels sind jedoch eine Gemeinde, die es schafft, einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt vorzulegen.

Allein die Modernisierung und Verbesserung der Schulinfrastruktur – das wurde ebenfalls schon angesprochen – wird mit einem Investitionsvolumen von 7,7 Mio. Euro gefördert. Und ich glaube, dass das ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Bildungsstandortes Wels sein wird.

Die gesamten geplanten Investitionen dienen ausschließlich dem Erhalt der sozialen Qualität, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstleistungen und der Verbesserung der Infrastruktur im Sinne der Welser Wirtschaft.

Wels ist ein Teil eines äußerst dynamischen Wirtschaftsraumes und hat einen sehr guten Wirtschaftsmix vorzuweisen. Ein wesentlicher Teil der Einnahmen für das Budget ist in der Kommunalsteuer zu sehen, welche von unserer regionalen Wirtschaft und deren Mitarbeitern erarbeitet wird. Im Voranschlag sind aus diesem Titel heraus 32,5 Mio. Euro eingeplant. Ich möchte aber an dieser Stelle darauf hinweisen, dass gute Einnahmen aus der Kommunalsteuer kein Naturgesetz darstellen und es notwendig sein wird, in Wels ansässige Betriebe zu halten und darüber hinaus Initiativen zu setzen, um weitere Betriebe nach Wels zu bekommen. Wir schreiben in diesem Bereich eine Erfolgsstory. So ist es in guter Zusammenarbeit zwischen der ÖVP und der SPÖ gelungen, einen wirklich ganz wichtigen Betrieb – die Firma FMT – in Wels anzusiedeln. Es stellt keine Selbstverständlichkeit dar, dass sich ein so guter und international tätiger Betrieb bei uns ansiedelt. Es wird aber auch notwendig sein, Betriebe wie TGW,

Felbermayr oder Kellner & Kunz in Wels zu halten. Darum ist es notwendig, den Vertrag mit der Weißen Möwe über die Anmietung des Flugplatzes aufzukündigen, nachdem von dieser Interessen der Stadt Wels einfach nicht berücksichtigt werden.

Weiters wird es notwendig sein, das Vorhaben der Errichtung des „Wirtschaftsparks Voralpenland“ zu diskutieren und gemeinsam zu verabschieden. Das wird eine wichtige Initiative sein, welche den Willen der Welser Parteien zur Zusammenarbeit verdeutlicht.

Für eine aktive Betriebsansiedlung sind auch sogenannte weiche Faktoren wie die kulturelle Qualität oder das Bildungsangebot eines Standortes wesentliche Bezugsgrößen. Wels hat dank seiner innovativen Kulturszene einen hervorragenden nationalen, aber auch internationalen Ruf, wobei wir alle diverse Projekte kennen. Wels ist unbestritten der kulturelle Knotenpunkt in unserer Region. Das vorliegende Budget sichert trotz schwieriger Rahmenbedingungen die vielfältige Kulturarbeit in Wels ab und schafft Raum für Neues wie das Programm kino im alten Sparkassengebäude, das gerade entsprechend umgebaut bzw. erweitert wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Investitionen in die Bildung sind unbestritten die wesentlichsten Zukunftsinvestitionen, die wir als Kommune, als Gesellschaft tätigen können. Darum möchte ich jetzt kurz auf die Fachhochschule zu sprechen kommen, die in Wels als einem der Standorte der Oö. Fachhochschule angesiedelt ist. Mehr als 1.500 junge Menschen werden in dieser Fachhochschule ausgebildet und es wird unsererseits dazu beigetragen, dass der heimischen Wirtschaft ausgebildete Fachkräfte für die Betriebe zur Verfügung gestellt werden können. Im Gegenzug wird es notwendig sein, dass neben den Bemühungen der Stadt Wels im Bereich der „green jobs“ mehr Initiativen von dieser Fachhochschule gesetzt werden. Ich nenne hier das Welios, das ASIC, die Energiesparmesse, den Energy Globe, lauter Themen, die uns hier immer wieder beschäftigen, aber es wird auch notwendig, dass von der Fachhochschule verstärkt Initiativen ausgehen und im Bereich von Forschung und Entwicklung etc. bessere Möglichkeiten für den Ausbau betrieblicher Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden.

Wir hörten heute schon Herrn Stadtrat Rabl mit Engelszungen reden, wobei er zum Ausdruck brachte, dass es um das Gemeinwohl gehe. Es wurden aber auch Horror-szenarien für die Zukunft formuliert, etwa in der Weise, dass alles nicht mehr finanzierbar werde, dass uns der Schuldenstand über den Kopf wachsen werde etc. Nun, diese Szenarien stellen nichts Neues dar und die FPÖ wird halt wieder einmal das Budget ablehnen.

Die Problematik, die ich darin sehe, ist jene, dass von der FPÖ damit die Geschichte mit dem Lenkungsausschuss bzw. mit dem von der FPÖ vorgelegten Papier verbunden wird. Dr. Rabl hat aus diesem Papier heute kurz referiert. Und uns muss allen klar sein, was die FPÖ da vorbereitet, auch wenn es anders gesagt wird. Es geht hier um einen Kahlschlag im Kulturbereich, um einen Kahlschlag von allem, was der FPÖ nicht zu Gesicht steht. Es ist doch kein Zufall, dass in diesem ganzen Papier kein einziger Vorschlag formuliert ist, der vielleicht ein FPÖ-Referat beträfe. Für uns stellt es aber eine Frage der sozialen Qualität dar, wenn wir über solche Dinge diskutieren bzw. wenn wir solche Maßnahmen treffen sollen.

Zur heutigen Budgetsitzung kamen auch einige Einsprüche von verschiedenen Personen. Es überlegen sich insgesamt sicher viele Bürger, was es bedeutet, zu sparen und wie es gelingen könnte, unseren Haushalt aufrecht zu erhalten. Ich denke allerdings, das es

unter den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelungen ist, ein gutes Budget auf die Beine zu stellen, das uns allen Zukunft gibt. Ich glaube sehr wohl, dass es sich hierbei um ein Zukunftsbudget handelt.

Wir haben gemeinsam den heute schon öfters angesprochenen Lenkungsausschuss bestellt, um Sparpotentiale zu realisieren. Wir von der SPÖ bekennen uns dazu, die Vorschläge zu behandeln und unter Aufrechterhaltung der sozialen Qualität und einer bürgernahen Dienstleistung umzusetzen. Sparen ja und sparen dort, wo wir nicht in die soziale Qualität unserer Stadt eingreifen. Das ist nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die von der Stadt Wels nicht beeinflusst werden können, notwendig. Ein Zu-Tode-Sparen auf dem Rücken der Welserinnen und Welser ist aber nicht Ziel unserer Politik.

Sehr geehrte Damen und Herren! Trotz der auf Sturm stehenden Rahmenbedingungen ist es uns gelungen, für 2012 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen und in für die Stadt wesentlichen Politikfeldern zukunftssträchtige Akzente zu setzen, Wels als Arbeitsstadt zu stärken, Wels als hochentwickelten Sozial- und Gesundheitsstandort zu bewahren, Wels als regionales Kultur- und Bildungszentrum auszubauen, Wels als Sport- und Freizeitraum weiterzuentwickeln, kurzum: Es ist mit diesem Budget gesichert, dass Wels weiterhin eine lebenswerte Stadt bleibt.

Ich möchte mich bei allen Beteiligten herzlich für das Zustandekommen des Budgets bedanken und alle Fraktionen aufrufen, die heute notwendigen Beschlüsse für das Jahr 2012 zu fassen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Es ist so üblich, dass man am Beginn seiner Ausführungen einen Dank ausspricht. Dieser geht meistens in Richtung Finanz, aber ich würde meinen, dass man diesen Dank bezüglich Budgeterstellung etwas spezifizieren muss, und zwar unter Anlehnung an das, was der Herr Finanzreferent am Beginn seiner Ausführungen sagte. Er bedankte sich nämlich auch bei den einzelnen Referenten dafür, dass sie so verständnisvoll mitwirkten, damit das Budget ein ausgeglichenes werden konnte. Nun, in Wirklichkeit verliefen diese Referentengespräche nur zu einem relativ kleinen Teil zu dem, was im ordentlichen Haushalt steht, das heißt, es ging bei diesen Gesprächen in erster Linie um den außerordentlichen Haushalt. Natürlich kamen aus jedem Ressort, aus den einzelnen Dienststellen Anmeldungen zum nächsten Budget und diese Anmeldungen kamen zuerst einmal in die Finanzdirektion, wo sie sehr wesentlich zusammengestrichen wurden, was aber politisch überhaupt nichts aussagt. Und mein Dank gilt in diesem Zusammenhang tatsächlich der Finanzdirektion, Herrn Dr. Barth, der auch seinem eigenen Referenten die Stirn geboten hat. Es ist ja nicht bloß so, dass alle anderen Referenten etwas verlangt hätten, sondern auf Seite 79 der kleinen Broschüre findet man auch die Projektanmeldungen des Herrn Vizebürgermeister und Sportreferenten Wimmer in Höhe von 13 Mio. Euro. Das ist demnach fast so viel wie jetzt über das außerordentliche Budget der Stadt Wels geleistet wird. Sie haben ihm tatsächlich seine Anmeldungen auf 3,8 Millionen zusammengestrichen und angesichts dessen kann man sich wirklich dafür bedanken, dass hier harte Verhandler sitzen, die den eigenen Referenten so zusammenstutzen, dass seine politischen Wünsche für sein Ressort in eine vernünftige Relation gesetzt werden können. Und den Dank dafür möchte ich hier deponieren.

Warum er aber bei seinen Ausführungen den außerordentlichen Haushalt hernimmt und auf die Streichungen hinweist, dann aber das Ergebnis des ordentlichen Haushalts prä-

sentiert, das bleibt wahrscheinlich sein Finanzgeheimnis oder er kann uns das nachträglich noch erklären.

Ich möchte jetzt aus meinem Ressort den Abfallbereich nicht mehr so sehr besprechen, denn das ist ja schon bei Behandlung der Gebührenordnung in gewisser Weise geschehen. Ich meine allerdings, dass es uns durchaus gelingen sollte, für das ASZ im Norden der Stadt, an der Wallerer Straße im Bereich der Autobahn das notwendige Grundstück zu bekommen. Und dann wird es auch in Wels ein modernes SZ geben, so wie bereits in sehr vielen Gemeinden rund um Wels bzw. im gesamten Bezirk. Das, was wir derzeit den Bürgerinnen und Bürgern bieten können, das ist schon der Standard, den es vor 20 Jahren gegeben hat. Somit gehört das dringend geändert bzw. neu errichtet.

Ich bin auch einverstanden damit, dass wir da eine Zusammenlegung durchführen, nämlich auf ein großes, modernes ASZ. Es gibt derzeit schon in Gunskirchen ein modernes ASZ, das durchaus von der Bevölkerung aus Wels-West mitbenützt werden kann und im Süden, in Thalheim, befindet sich ebenfalls ein neues ASZ in Fertigstellung, sodass von dort aus ebenso ein Teil von Wels abgesichert werden kann.

Wir werden uns jedoch überlegen müssen, wie es mit den Grünschnittsammelstellen weitergehen soll. Es stellt sich die Frage, ob man alle Sammelstellen schließen und auf einen Punkt konzentrieren soll, nämlich auf jenen bei der AVE in der Pernaau.

Ich möchte jetzt kurz etwas zur Stellungnahme der erst seit kurzem im Gemeinderat tätigen Kollegin Magister Mayerhofer sagen. Sie äußerten ihr Bedauern über die Nichtrealisierung von Projekten in Zusammenhang mit der Agenda 21. Wissen sie, die Agenda 21 stellt eigentlich ein Abstraktum dar. Was hier vorgeschlagen und diskutiert wurde, das waren eigentlich Vorschläge, die ohnedies schon in den einzelnen Abteilungen des Magistrates der Stadt Wels ihren Niederschlag gefunden haben. Sicher kamen ein paar neue Ideen hinzu und ich bin ganz stolz darauf, dass in meinem Ressort, Frau Kollegin, die schönen Liegen am Zwinger und an der Traun realisiert werden konnten. Das ist uns also gelungen, aber was sonst noch so daher kam, das war schon etwas üppig. Und die Vorstellungserwartungen, die von den einzelnen Proponenten dieser Agenda bei den Welsern geweckt wurden, waren direkt schon als absurd zu bezeichnen. Ich hätte die Sache mit dem Gaspark schon hineingegeben, aber damit hierüber erst einmal konkret gesprochen werden konnte, wurde eine Planung, finanziert oder bezuschusst vom Land aus dem Ressort Anschober, wie ich annehme, an einen Landschaftsplaner vergeben und dieser stellte uns einen Plan her, der sowohl dem Bürgermeister als auch mir sehr gut gefiel, aber unter dem Strich stand eine Summe von 800.000 bis 900.000 Euro. Also, wenn sich ein Agendaproponent in solche Dinge versteigt und glaubt, dass das realisiert werden kann oder wenn derjenige bedauert, dass das nicht möglich ist, dann ist bei demjenigen die Realität sehr klein geschrieben.

Ich bin aber froh darüber, dass wir mit einem Betrag von 250.000 für diese Agenda-Projekte doch etwas weiterbringen können. Aus meiner Sicht könnte man daraus den sogenannten Erinnerungsweg streichen, der einen Haufen Geld kostet, mit dem aber die Welser sowieso nichts anfangen können.

Ich glaube auch nicht, dass die Euphorie in Hinblick auf das Thema Energie so groß ist, dass wir unbedingt einen Energieweg brauchen bzw. wird man sich darunter nicht unbedingt etwas vorstellen können.

Persönlich würde ich mehr in jene Richtung gehen, die auch andere Städte eingeschlagen haben, nämlich dass sie sich auf Standbeine konzentrieren, die mehr aus dem kulturellen Bereich kommen und die allenfalls touristisch eine gewisse Beachtung finden. Wels hat doch eine sehr üppige römische Geschichte und kann diesbezüglich einiges herzeigen. Sie wissen ja, dass der schönste Fund in ganz Österreich, was Frauenfiguren betrifft, bei uns im Museum ausgestellt ist, nämlich die Venus von Gunkirchen. Wir haben also im Bereich der Kultur ein paar Highlights.

An dieser Stelle verweise ich auf die Trasse der Pferdeeisenbahn, die bereits oder demnächst zum Weltkulturerbe erhoben werden soll, weil diese Pferdeeisenbahn ein ganz wichtiger Schritt in Hinblick auf eine Verkehrsrevolution des 19. Jahrhunderts war. Und es gibt eben Menschen, die sich für so etwas interessieren, was ich von den anderen Wegen eher nicht annehme. Diese anderen Wege könnte man also bei einer Betrachtung in der Richtung, was wir brauchen und was wir uns leisten können, eher weglassen.

Mit diesen 250.000 Euro, über die sich der Kollege Lehner und ich noch unterhalten werden müssen, können wir nicht nur den Gaspark, der dann Energiepark heißen soll, sondern auch den Pollheimerpark und einen kleinen Park, der in der Fabrikstraße erst entstehen soll, in Angriff nehmen. Damit ist uns dann eigentlich allerhand gelungen.

Es hieß, dass viele Projekte der Agenda nicht aufgegriffen werden. Dazu verweise ich darauf, dass es seit vielen Jahren mir und meiner Fraktion ein Anliegen wäre, draußen in Lichtenegg einen Sisi-Park mit Pavillon umzusetzen. Die Heimstätte möchte auch etwas dazuzahlen und es sind hier 250.000 Euro veranschlagt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wäre schon ein Highlight, noch dazu als wir wissen, dass sehr viele Touristen auf den Spuren der Habsburger wandeln. Ich weiß nicht, aber ungefähr fünf Mal pro Jahr sehe ich im Fernsehen irgendeinen Sisi-Film laufen, das heißt, die Kaiserin ist aktueller als je zuvor. Vielleicht ließe sich auch noch herausfinden, dass die Kaiserin Sisi bei der Marienwarte in Thalheim Gymnastik machte. Das sind jedenfalls Dinge, welche die Menschen tatsächlich interessieren. Also, wenn hier gewisse Dinge in Zusammenhang mit der Agenda bedauert werden, muss ich sagen, dass das, was sonst noch von den Beamten der Finanzdirektion alles herausgestrichen wird, nicht unbedingt das Herz erfreut.

Ich bin auch nicht dafür, wenn man jetzt beim Ledererturm wieder aufhören soll. Dass der Ledererturm für Massenveranstaltungen nicht geeignet ist, das sieht wohl jeder, der dort vorbeigeht, aber andererseits meine ich sehr wohl, dass man ihn wieder begehbar machen und in ein Konzept hineinbringen sollte; dafür wäre schon das nötige Geld aufzubringen.

Daneben haben wir mit dem 500 Jahre alten Wasserturm am Zwinger noch ein ganz besonderes Gustostückerl zum Herzeigen. Derzeit können die Menschen daran nur vorbeigehen, denn er ist vernagelt oder zugeschlossen. Umso schöner wäre es aber, dass man es den Menschen ermöglichte, hinaufzusteigen, denn so etwas interessiert doch alle.

Bezüglich Friedhof gibt es ebenfalls finanzielle Anmeldungen. Es sollten die Wege um 100.000 Euro erneuert werden. Das ist insofern nicht sehr viel, weil wir ja im Friedhof immerhin Wege in einer Gesamtlänge von 25 Kilometern haben. Das wäre also gar

nicht so viel, nur wurde halt dieser Betrag auf 10.000 Euro zusammengestrichen und so müssen wir eben schauen, was wir um diesen Betrag alles machen können.

Grundsätzlich sind die Anmeldungen legitim, denn man möchte halt das, was einem wichtig erscheint, realisieren, nur geht eben das meiste nicht. Und das alles, obwohl beim Friedhof ein finanzieller Überschuss von 111.000 Euro gegeben ist. Dieser Überschuss freut mich besonders.

Die Stadtgärtnerei kann ich auch nicht unerwähnt lassen. Die hat Ausgaben von 2,4 Millionen. Nun, man muss sich vorstellen, wie viel Blumenanlagen etc. so über das Jahr hin gepflegt werden müssen. Jedenfalls werden die Leistungen der Stadtgärtnerei überall anerkannt. Wir wissen von vielen Besuchern, die nach Wels kommen, dass sie die wunderschönen Kreisverkehre und die gepflegten Parkanlagen sehr bewundern. Hier findet sozusagen Kultur in der Natur statt und ich freue mich auch schon darauf, wenn wir die ehemalige Blumenuhr vor der Stadthalle anlässlich der nächsten Herbstmesse wieder etwas komfortabler ausstatten. Viele hatten früher bei der Blumenuhr ihr Rendezvous und das wird wieder kommen.

Es ist schon richtig, dass man in den einzelnen Referaten etwas weiterbringen kann, auch wenn es sich bei mir nur um kleinere Budgets handelt. Es wurde viel gespart und man muss letztlich mit dem zufrieden sein, was man bekommt.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke, Herr Dr. Wieser! Nach dieser Lobrede müssten sie eigentlich dem Budget zustimmen!?

GR. Haböck: Einleitend zwei spezielle Dinge. Zum Ersten freute mich, dass Herr Vizebürgermeister Wimmer als einer der wenigen SPÖ-Politiker, die sonst immer nur von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sprechen, vor der europäischen Staatsschuldenkrise warnte.

Und zum Zweiten finde ich es etwas irritierend, wenn dem Referenten für Energiefragen etwa die Lust zur Anlage eines Energieweges fehlt und er sich statt dessen lieber mit der Pferdeeisenbahn und mit Sisi-Filmen beschäftigt. Ich kann ihm verraten, dass am Schluss der Sisi-Filme alle sterben und hoffe, dass ich ihm jetzt nichts vorweggenommen habe.

Ich komme jetzt aber zu meinem eigentlichen Thema. Die Steigerung der Verschuldung von 240 Euro im Jahr 2002 auf 1.138 Euro im Jahr 2012 – da nehme ich schon den niedrigeren Wert, also nicht die 1.955 Euro inklusive – bedeutet einen Verschuldungsgrad von 30 % und Personalausgaben von mittlerweile 66 Mio. Euro. Es steigen allerdings gleichzeitig die Einnahmen. Diese Zahlen sind natürlich nicht rosig, weshalb ein geografischer Ausflug zu anderen oberösterreichischen Gemeinden nicht sehr viel hilft. Andererseits wird es die Bürgermeisterin Oppitz-Plörer freuen, wenn wir Innsbruck so loben. Insgesamt ist es sicher schön, wenn Wels eine bessere Ausgangsposition hat wie andere Städte oder Gemeinden, aber helfen tut uns das trotzdem nicht sehr viel. Der von Herrn Dr. Rabl vielzitierten einfachen Hausfrau bringt es ja auch nichts, wenn sie weniger Schulden hat wie die Nachbarin, nämlich dann nicht, wenn die Schulden trotzdem hoch sind und sie nicht recht weiß, wie sie diese zurückzahlen kann.

Es gibt aber auch durchaus positive Entwicklungen im Budget, unter anderem die bereits angesprochenen Einnahmen aus der Kommunalsteuer, die um 2,54 Mio. Euro auf

ca. 32 Mio. Euro gestiegen sind, nämlich über den Voranschlag für 2011 hinaus. Das ist sicher einerseits ein Ergebnis von guter Betriebsansiedlungspolitik, andererseits eine gute Leistung der Welser Unternehmerinnen und Unternehmer mit den dazugehörigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Irritierend an dieser Stelle ist allerdings, was eine im Gemeinderat vertretene Partei, nämlich die GRÜNEN, zu diesem Thema machen will bzw. was hiezu ihr politisches Programm ist. Das ist nämlich eine Verhinderung von Betriebsansiedlungen. Wir haben ja ein Gebiet in Wels, wo Betriebsansiedlungen möglich wären und wo wir an sich eine exzellente Infrastruktur hätten, wo wir allerdings auch eine Autobahnauf- und abfahrt benötigen, nämlich nicht nur wegen der Pendlerinnen und Pendler – da kann man auch Lösungen über den öffentlichen Verkehr finden – denn es gibt ja auch Zulieferfahrzeuge für produzierende Betriebe und diese Betriebe werden kaum mit dem Bus beliefert werden. Genau diese Unternehmen oder Betriebe, die in Wels zum Glück noch wachsen bzw. ausbauen, sind es, die Arbeitsplätze schaffen, was wir alle haben wollen und die andererseits mit ihren Abgaben, speziell mit der Kommunalsteuer, maßgeblich zur Möglichkeit der Budgeterstellung in Wels beitragen. Aus diesen Einnahmen – aus der Kommunalsteuer – können wiederum Sozialausgaben finanziert werden.

Eine realitätsnahe Politik sieht hier natürlich anders aus. Aber was erwarte ich schon von einer Partei, die einst ausgezogen ist, um jung und frech zu sein, deren letzter Akt im Gemeinderat dann aber doch wieder nur derjenige war, dass sie der Leistungsausweitung für eine sehr große Wählergruppe zustimmte. So sieht also die grüne Verantwortung gegenüber kommenden Generationen aus.

Ich habe beim Stichwort „Leistung“ den Aktivpass gemeint und hier frage ich mich, wie es eigentlich bei der FPÖ mit dem Sparwillen aussieht. Die Forderung nach einer Schuldenbremse ist zur Zeit aktuell, sie lässt sich gut verkaufen – bis vor wenigen Wochen hat noch niemand darüber gesprochen – weil sie derzeit in aller Munde ist. Persönlich stehe ich dem etwas differenziert gegenüber, aber über diese Angelegenheit kann man sicher diskutieren. Ich würde es ja verstehen, wenn eine reine Oppositionspartei eine Schuldenbremse, die in Wahrheit eine Selbstbindung der Politiker darstellt, nämlich dahingehend, keine unnötigen bzw. keine zu hohen Ausgaben zu tätigen, zumindest nicht höhere, als sie andererseits Einnahmen hat, in einem gewissen Prozentbereiche forderte. Wenn aber eine Regierungspartei – man muss schon einmal klar sagen, dass die FPÖ in Wels keine Oppositionspartei, sondern mit 11 Gemeinderäten und mit drei Mitgliedern im Stadtsenat die zweitstärkste Kraft ist – so eine Art Selbstgeißelung fordert, sieht man, wie es mit der eigenen Selbstdisziplin dieser Regierungspartei aussieht. Wir wissen, dass die Sparforderungen immer da enden, wo die eigenen Wünsche beginnen. Da reicht schon ein Blick auf die Homepage der FPÖ, wo ja so über's Jahr hinweg die einzelnen Forderungen etc. bekannt gegeben werden. Da ist beispielsweise für Sportvereine immer Geld vorhanden, worin sich Herr Stadtrat Rabl und der Sportreferent Vizebürgermeister Wimmer sowieso einig sind. Daneben ist es aber bei den öffentlichen Spielplätzen teilweise so, dass gewisse Geräte verrostet. Ich empfehle diesbezüglich einen Lokalausweis. Da werden beantragte Mittel sang- und klanglos gestrichen, beispielsweise für jene in der Mauth, wo ich in der Nähe wohne. Auch bei der Schaffung neuer Dienststellen oder neuer Posten ist man sehr kreativ, was von Herrn Stadtrat Lehner schon angesprochen wurde. Da wurde etwa die Einsetzung eines Betriebsansiedlungsmanagers beantragt, der sicher nicht gratis arbeiten würde oder es gab eine Forderung nach Einrichtung einer Tierschutzanlaufstelle, obwohl das Bürgerservice diesbezüglich schon eine sehr gute Arbeit leistet, nur sind ein paar Posten mehr

oder weniger bei diesen Personalgesamtkosten schon wieder egal. Ebenfalls angesprochen wurde schon der Kauf von Traditionsgasthäusern durch die öffentliche Hand, wie es die Stadt Linz vormacht. Ich warne allerdings davor, die Stadt Linz als positives Beispiel für Finanzplanung herzunehmen. Trotzdem kann ich auch diesen Vorschlag irgendwo verstehen, denn schließlich ist ein Essen politisch immer leichter zu verkaufen als Science.

Geht es um die Affen, spielt Geld sowieso keine Rolle mehr. Ich frage mich natürlich, was mit den 550.000 Euro geschehen wäre, nämlich mit der Differenz zwischen den 250.000 Euro netto und den ursprünglich veranschlagten 800.000, die von Dr. Rabl für das Affenhaus gefordert wurden. Vielleicht wäre ein Friedhofszaun gebaut worden, wobei ja bislang niemand recht wusste, wer dafür zuständig ist, nämlich der Bürgermeister oder Dr. Wieser als Friedhofreferent.

Es gibt also Themen, wo sich SPÖ und FPÖ nicht einer Meinung sind, genauso wie es Themen gibt, wo sie vereint marschieren, Stichwort Spitalsreform, wo es einmal galt, Angst zu schüren und auch wenn man am Ende doch zustimmte, war zumindest einmal die Angst gesät. Bei diesem Bereich – ich zitiere die FPÖ – hieß es eben: Sparen ja, aber

Und eine Partei, die sich hinstellt und den Sparwillen anderer anprangert bzw. diesen bei anderen vermisst, schaffte es nicht einmal, sich der Versuchung günstiger Eintrittskarten für Kulturbereiche zu widersetzen. Sie ließ sich zwar zu einer finanziellen Geste an die Generation „60+“ hinreißen, nicht aber zu einer symbolischen Geste an die Generation „20-“, an die vielzitierte kommende Generation, an die anscheinend alle Politiker denken. Das wäre aber wirklich nur ein kleiner Beitrag gewesen.

Über die SPÖ muss man ja eh nicht viele Worte verlieren, da sie in Gestalt des Finanzreferenten Vizebürgermeister Wimmer sowieso voll politisch verantwortlich für die Budgets der Stadt Wels ist und damit für jedes Plus oder Minus vor irgendeiner Zahl.

Was die vielzitierte Solidarität betrifft, muss ich schon darauf hinweisen, dass man leicht solidarisch mit Geld sein kann, das man als Darlehen aufnimmt und das dann eigentlich zu den Schulden anderer zählt. Ich hoffe, sie sind auch dann solidarisch, wenn es darum geht, dass die nächste Generation diese Schulden zurückzahlen muss.

Ich habe mir das Budget sehr intensiv angeschaut und mehrmals durchgelesen, dann abgewogen. Und ich komme zum Ergebnis, dass ich mit sehr viel Bauchweh dem Budget zustimmen kann und zustimmen werde. Es gibt hierfür speziell zwei Gründe. Einerseits sind es die starken Investitionen im Bereich der Bildung, der Schulen bzw. Schulbauten und der Kindergärten, die ja sehr wichtig sind, wenn wir schon einmal bei der kommenden Generation sind. Andererseits lässt das gemeinsame Bekenntnis der im Stadtsenat vertretenen Fraktionen zu einer progressiven Betriebsansiedlungspolitik und einer progressiven Wirtschaftspolitik in mir doch noch das letzte Fünkchen Hoffnung auf ein ausgeglichenes Stadtbudget in Zukunft aufflackern. Ich sage ihnen aber auch als Vertreter der „Jungen ÖVP Wels“ Folgendes. Ich werde nächstes Jahr, wenn sich nicht maßgeblich im Bereich des Verschuldungsgrades bzw. der Pro-Kopf-Verschuldung etwas ändert, aber auch im Bereich der Personalkosten, nicht mehr dem Budget zustimmen können; dieses Jahr werde ich das noch machen.

Zwischenruf: Warten wir es ab! Das wurde letztes Jahr auch schon gesagt!

StR. Kroiß: Warum die Freiheitliche Fraktion dem Budget 2012 nicht zustimmt, hat ja bereits unser Fraktionsvorsitzender ausführlich erklärt und es bedarf keiner Ergänzung.

Was jedoch einer Ergänzung bedarf, das ist die Wortmeldung vom Kollegen Peter Lehner, der dem Bürgermeister Klinger Wolfgang aus Gaspoltshofen leicht unterschwellig unterstellte, die Finanzen der Gemeinde nicht im Griff zu haben. Ich darf beste Grüße von Wolfgang Klinger übermitteln und erklären, dass 90 % der Schulden von der Errichtung des Kanals verursacht wurden, aber man zahlt brav das Darlehen zurück. Und die Gemeinde Gaspoltshofen ist keine Abgangsgemeinde und sie wird auch 2012 keine sein.

Aber man könnte das ja auch umdrehen. Ich könnte ihnen die Frage stellen, welche Gemeinde in Oberösterreich mit welchem Bürgermeister die größte Pro-Kopf-Verschuldung hat. Nun, vielleicht wissen sie es ohnehin. Es ist das die Gemeinde Hinterstoder mit einem ÖVP-Bürgermeister und einer Pro-Kopf-Verschuldung von 12.000 Euro. Wir wollen aber eigentlich diese Frage gar nicht stellen.

Jetzt komme ich zu jenem Teil des Budgets, der nicht nur für mich als Referent sehr wichtig ist, sondern für sie alle als Verkehrsteilnehmer. Das ist der Bereich Straßenbau, Straßensanierung und natürlich ebenso der Bereich Verkehrssicherheit. Ich glaube, wir brauchen nicht darüber zu diskutieren, dass wir alles tun müssen, damit möglichst keine Unfälle in Wels passieren, wobei wir allerdings die Mitwirkung der Verkehrsteilnehmer immer stärker einfordern sollten.

Der Spargedanke hat natürlich auch in meinem Referat Einzug gehalten und deshalb gibt es eine gewisse Prioritätenliste. Und es freut mich, dass wir einige Projekte realisieren können. Oberste Priorität hat die Autobahnabfahrt Wels-Wimpassing, worüber heute schon einiges gesprochen wurde. Die GRÜNEN sagen, dass sie keinesfalls eine derartige Ab- bzw. Auffahrt haben wollen. Nun, dann müssen sie aber den Anrainern in den Bereichen Wimpassing, Laahen, Vogelweide und Neustadt erklären, wie das mit den Lastern ist, die dann über die Oberfeldstraße in dieses Betriebsbaugelände, sollte es kommen, fahren müssten, weil eben von ihrer Seite aus diese Abfahrt in Wimpassing verhindert wird.

Ein etwas kleineres, jedoch ebenfalls wichtiges Projekt, das ist die Verschmälerung der Lichtenegger Straße westlich der Noitzmühlstraße. Damit soll eine Entschleunigung erreicht werden und es ist das sozusagen ein Beitrag aus meinem Referat zum Stadtteilentwicklungskonzept Noitzmühle.

Am wichtigsten ist es, finde ich, dass wir sagen, dass wir auch in den nächsten Jahren die Straßen so gut wie möglich sanieren wollen und dass wir dazu das nötige Geld brauchen. Wir sollten nicht in eine Situation kommen, dass wir womöglich eine Straße sperren müssen, weil wir nicht mehr das notwendige Geld für eine Sanierung haben. Eines muss man noch hinzufügen, nämlich dass uns dieser Teil des Budgets rechtlich vorgeschrieben ist. Ich kann aber auch guten Gewissens sagen, dass bei uns keine Prestigebauten oder Prestigestraßen errichtet werden, sondern es geht hier eigentlich nur um wirklich notwendige Maßnahmen. Und so ist das Geld in diesem Bereich nie verkehrt angelegt. Wenn wir auch weiterhin eine zukunftsweisende moderne Stadt sein wollen, dann müssen wir in diesem Bereich Geld investieren.

GR. Manfred Wiesinger: Ich habe jetzt das Problem, dass einerseits mein Fraktionsvorsitzender Andreas Rabl schon sehr viel sagte, andererseits haben mir diverse andere Kollegen schon einiges vorweggenommen, sodass ich schauen muss, mich möglichst nicht zu wiederholen, worum ich mich eben sehr bemühen werde.

Ganz am Anfang etwas zum Finanzstadtrat Hermann Wimmer. Lieber Hermann! Du hast gezeigt, wie gut du es verstehst, ein eigentlich nicht so schönes Budget schönzureden. Im Endeffekt ist es nämlich, so glaube ich, gar nicht so wichtig, wie viel Schulden die anderen Gemeinden machen oder haben, sondern viel wichtiger ist, dass wir keine neuen Schulden machen.

Eines war jedenfalls ganz lustig, nämlich dass dort, wo die Stadt Wels an bester Stelle steht, es nicht wichtig ist, Projekte, die in Firmen der Stadt ausgelagert wurden, einzurechnen, aber bei dem Beispiel, wo Innsbruck noch besser als die Stadt Wels ist, war es dir sehr wohl wichtig, darauf hinzuweisen, dass in Innsbruck sehr viel in Gesellschaften ausgelagert wurde. So kann man es natürlich auch machen!

Nun kurz etwas zum Kollegen Haböck. Du sagtest, dass es dann, wenn es so wie bisher weitergeht, keine Zustimmung mehr von dir gibt. Aber wenn schon, dann dürftest du auch der „Mittelfristigen Finanzplanung“ keine Zustimmung geben und ich bin schon gespannt darauf, wie du das machst.

Wir haben einige Einsprüche oder Einwendungen vorgelegt erhalten. Unter anderem wurde von Herrn Josef Resch zusammengefasst: Unvertretbar hoher Abgang bei laufender Gebarung, unvertretbar hohe Neuverschuldung, die Verwaltung der Stadt Wels ist ein Sanierungsfall, der vorliegende Entwurf des Welser Budgets ist abzulehnen. Wir wissen, dass Herr Josef Resch vom schwarzen Wirtschaftsbund kommt, aber auch von dorthier ist öfter etwas Gescheites möglich. Interessant ist eigentlich nur, dass wir das alles, was er da geschrieben hat, unterstützen können, weshalb wir ja dem Budget nicht zustimmen, aber die ÖVP wird dem Budget schon zustimmen.

Auch andere Wirtschaftsleute haben Bemerkungen angebracht bzw. vorgelegt, was sicher seine Berechtigung hat. Von Hermann Wimmer wurde ebenfalls darauf hingewiesen, aber ich möchte es noch etwas genauer sagen, nämlich dass von den eigenen Einnahmen der Stadt, die einen Anteil von 26,5 % ausmachen, immerhin 65 %, also diese rund 30 Millionen, von der Wirtschaft kommen. Davon bekommt aber die Wirtschaft im Wege direkter Förderungen nur 2,11 Mio. Euro zurück.

Und so ist es auch nicht, wie Herr Reindl-Schwaighofer meinte, nämlich dass alle in Wels getätigten Investitionen, nur der Wirtschaft zu Gute kommen würden; so ist es wirklich nicht. Nur 7 % von dem, was die Wirtschaft einbringt, bekommt sie direkt zurück. Natürlich bekommt sie auch noch durch andere Investitionen etwas, aber das erhalten andere ebenfalls.

Über den Lenkungsausschuss wurde ebenfalls schon gesprochen. Ich kann dazu nur sagen: Entweder sitzen dort die falschen Personen drinnen oder es gibt gewisse Politiker, die hier bremsen. Es wird nämlich nicht geschafft, wozu eigentlich alle Stadtsenatsparteien ihre Zustimmung geben.

Zu Peter Lehner muss ich ebenso etwas sagen. Dieser fordert eine Kosten- und Leistungsrechnung ein und im Prinzip könnte er dafür von unserer Seite die vollste Unter-

stützung haben. Das ist nämlich das, was wir ebenfalls schon die längste Zeit einfordern. Leider ist es aber bei der ÖVP meistens so, dass sie nur dann mit uns stimmt, wenn auch die SPÖ für etwas Bestimmtes ist.

Im Großen und Ganzen muss ich sagen, dass ein Budget eigentlich immer nur eine Art Fahrplan darstellt, wobei wir ja heute schon anlässlich der Behandlung des Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2011 gesehen haben, dass sich daran noch sehr viel ändert. Ich kann nur hoffen, dass sich die Sache im Bereich der Ausgaben insofern ändert, als weniger Ausgaben getätigt werden und im Bereich der Einnahmen kommen hoffentlich mehr Einnahmen, obwohl es laut Voraussagen eventuell so sein könnte, dass weniger Einnahmen zu verzeichnen sind, was wir natürlich anders erhoffen. Und wenn am Ende des Jahres die Dinge positiver aussehen als heute bei Budgetbeschlussfassung, werden wir das sicher gerne zur Kenntnis nehmen. Diesem vorliegenden Budget können wir aber leider nicht zustimmen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Am Anfang möchte ich Herrn Vizebürgermeister Wimmer gratulieren. Er hat von 13.00 Uhr bis 15.45 Uhr keine Zigarette geraucht und dann ist er zum Rauchen sogar hinausgegangen. Danke schön dafür!

Jetzt zum Budget! Das Budget liegt nun auf und wir reden über ein ausgeglichenes Budget. Und zu diesem ausgeglichenen Budget kann ich dem Herrn Vizebürgermeister Wimmer leider nicht gratulieren. Warum ist es eigentlich ausgeglichen? Dies einerseits deshalb, weil bei den Einnahmen und Ausgaben die gleichen Zahlen stehen, aber wie kommt dies andererseits zustande? Zustande kommt dies, weil die Einnahmen aus Ertragsanteilen angestiegen sind, weil die Kommunalsteuereinnahmen höher sind und weil die Abfallgebühren erhöht werden; das ist dem Bericht der Finanzdirektion zu entnehmen. Darüber können wir als verantwortliche Stadtpolitiker sehr froh sein, nämlich dass zusätzliche Einnahmen im Jahr 2011 gegeben waren und vermutlich weiterhin gegeben sein werden. Aber was wäre passiert, wäre dem nicht so gewesen oder hätte man nicht in den Rücklagentopf hineingreifen können. Wären keine Rücklagen vorhanden gewesen, wäre es mit dem ausgeglichenen Budget ein trauriges Spiel gewesen.

Auf der anderen Seite des ausgeglichenen Budgets stehen nämlich die Ausgaben und die haben sich nicht reduziert, sondern es stiegen diese weiter an. Dies trotz vieler Schwüre und trotz vieler Bekenntnisse auch seitens des Finanzreferenten in der Richtung, dass man an der Ausgabenschraube drehen und die Ausgaben zurückschrauben möchte.

Als Grundlage dessen gibt es den Beschluss des Gemeinderates vom 01.07.2010, mit dem alle darauf eingeschworen wurden, zu sparen, zu sparen und nochmals zu sparen. Die Sache wurde medial stark verkauft, aber es gab wenig Effekte, die hier aufgebaut hätten. Man kann fast sagen: Die Erde bebte und gebar eine kleine Erbse. Mehr ist leider nicht da. Aber genau dort müsste man ansetzen, denn falls wir bei den Ausgaben nicht sparen, wird uns die Zukunft nicht mehr frei zur Gestaltung stehen. Und da haben wir alle als verantwortliche Politiker maßgeblich zu drehen, um auch künftig gestalten zu können.

Das jetzige Budget brachte aber eine maßgebliche Änderung mit sich und deshalb wird, wie es Fraktionsvorsitzender Peter Lehner schon sagte, die ÖVP ihre Zustimmung hierzu geben. Das jetzige Budget hat also den großen Vorteil, dass erstmals wieder in die Zukunft investiert wird, investiert insbesondere im Bereich der Schulen, im Sportbereich

bei den Sporthallen und für das Aufzeigen von Perspektiven braucht man eben Geld. Leider Gottes brauchen wir dieses Geld auch mittels Darlehensaufnahmen, weil es eben anders nicht zu machen ist. Es gibt somit einen großen Unterschied zu den anderen Budgets. Ich bin jetzt das dritte Mal dabei und ich sagte bisher, dass es sich um kein Zukunfts-, sondern um ein Verwaltungsbudget handeln würde, aber nun wird erstmals doch wieder investiert, und das ist positiv.

Leider Gottes ist es aber kein Zukunftsbudget bei den Ausgaben. Bei den Ausgaben müssen wir wirklich ansetzen. Aber da gibt es noch eine Galgenfrist und wir hoffen auf das nächste Budget oder eigentlich schon auf die nächsten Monate. Es sollte wieder an einem Strang gezogen und darauf Bedacht genommen werden, dass bei den Ausgaben hinuntergeschraubt wird. Dabei geht es nicht nur um politische Bekenntnisse, die leider Gottes immer nur sehr spärlich umgesetzt werden, sondern auch – das haben wir in der Hand und diesbezüglich gibt es ja einen Lenkungsausschuss mit einem Reformprojekt – um die Verwaltungsreform. Gerade zur Verwaltungsreform kamen einige Vorschläge von den Beamten bzw. von den öffentlich Bediensteten des Magistrates. Das waren gute Vorschläge und es hat dies unter Beweis gestellt, dass speziell aus diesem Kreis gute Vorschläge kommen können, auf denen man aufbauen kann und die es ermöglichen, im Bereich der Verwaltung gewinnbringend bzw. einsparend tätig zu sein. Wir müssen wieder die Magistratsbediensteten unmittelbar einbinden und danach trachten, sie ins Boot zu holen, damit sie uns Vorschläge für Einsparungsmöglichkeiten machen. Hierin liegt unser wahres Kapital bzw. dort liegen die Möglichkeiten für Einsparungen. Das ist sozusagen etwas Inhaltliches bzw. ist bei der Aufgabenreform anzusetzen.

Der andere Bereich ist in der Personalquote zu sehen, die heute schon einige Male angesprochen wurde. Auch hier ist zu überlegen, welche Aufgaben nach einer Verwaltungsreform von welchem Personalstand umzusetzen sind. Und hier gilt es, einen ganz intensiven Vergleich, ein Benchmark mit anderen Städten durchzuführen. Ich nenne hier etwa Linz oder Steyr. Diese Städte haben eine Personalquote gemessen am ordentlichen Haushalt im Ausmaß von rund 24 Prozent, Wels hat bei vergleichbaren Aufgaben im selben Bundesland eine Personalquote von 36 Prozent. Da muss man sich einmal anschauen, woran das liegt. Bitte, man soll nicht immer gleich verteidigen und sagen, dass sowieso alles eitel Wonne ist. Schauen wir uns also an, woran es wirklich liegt, dass die einen eine Quote von 24 und die anderen von 36 Prozent haben, damit wir dann sachlich und nüchtern diskutieren können. Darum die Bitte an die Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, sich einmal gemeinsam anzusehen, was man hier machen kann bzw. wo hier der Hund begraben ist. Man sollte sich sehr genau überlegen, warum das so weit differiert. Es müssten sehr wohl Potentiale zu schöpfen sein, denn es kann doch nicht einfach so sein, dass bei uns um 11 Prozent mehr Personal oder Aufwand gegeben sein muss als woanders. Vielleicht sind die Aufgaben anders gelagert, aber das müsste sich auch irgendwie begründen lassen.

Zum Vergleich mit Innsbruck oder den anderen Städten, der heute schon sehr stark strapaziert wurde – auch bezirkweise wurde verglichen – muss man eines sagen: Man muss Äpfel mit Äpfeln und Birnen mit Birnen vergleichen. Wir alle kennen diesen Spruch und ich meine, es ist ziemlich schwierig, Oberösterreich mit Kärnten oder mit Tirol zu vergleichen, denn wir wissen beispielsweise nicht bzw. können wir nicht einfach freistehend behaupten, wie denn die Landesertragsanteile aussehen oder welche Subventionen seitens der einzelnen Länder getätigt werden. Deshalb ist solch ein Vergleich zwischen Wels und Innsbruck ganz einfach an den Haaren herbeigezogen.

Genauso wenig kann man einen bezirksweiten Vergleich herstellen. Wir können doch nur eine Statutarstadt mit den anderen Statutarstädten in Oberösterreich vergleichen und nicht mit einer anderen Bezirkshauptstadt, die kein Bezirksbudget hat. Wels hat sehr wohl eine Art Bezirksbudget, aber auch den Vorteil, als Bezirksverwaltungsbehörde tätig sein zu können.

Wichtig wird es aber auch sein, dass wir auf unsere Betriebe besonders Acht geben. Die Kommunalsteuer ist ein wichtiger Faktor bei den Einnahmen und wir sehen ganz deutlich, dass uns dieser Bereich weiterbringt, und zwar in Hinblick auf eine Zukunftsgestaltung. Daher sage ich ein herzliches Dankeschön an Betriebe, die sich in Wels niederlassen, insbesondere aber auch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den Betrieben tätig sind und die dafür sorgen, dass die Betriebe in Wels ein gutes Auskommen haben und erfolgreich sein können. Das ist nicht selbstverständlich.

Wir als verantwortliche Politiker sind dazu aufgerufen, die Grundlagen für eine erfolgreiche Tätigkeit der Betriebe zu schaffen. Und daher können wir froh darüber sein, einen Wirtschaftsstadtrat zu haben, der unter anderem für die Raumplanung zuständig ist und dementsprechend Vorsorge trifft, auch im Wege des Budgets, damit es hier wieder weitergeht.

Es wurde schon gesagt, dass die ÖVP diesem Budget zustimmen wird. Es gibt ein Ja zu den Investitionen in die Zukunft, aber auch ein Nein zu einer weiteren Ausgabenerhöhung. Dieser weiteren Ausgabenerhöhung ist unbedingt Einhalt zu gebieten. Hier sind alle Verantwortlichen, insbesondere der Finanzreferent aufgefordert, die Fäden zu ziehen, zu koordinieren, zu managen, verantwortlich tätig zu sein und darauf zu schauen, dass die Ausgabenquote wirklich runtergeht.

Nun noch ein Vergleich aus den vorgelegten Unterlagen des Herrn Finanzdirektor. Die Personalquote beläuft sich auf 36 %. Das Personalbudget beläuft sich auf rund 66 Mio. Euro und wenn der Personalstand auf dem jetzigen Stand eingefroren wird, bedeutet das bis 2015 eine Einsparungsquote von ungefähr 6,3 Mio. Euro. Allein das sind Zahlen, die man sich durch den Kopf gehen lassen muss und angesichts derer man sich gut überlegen hat, wie man weitermachen kann und wie man alle ins Boot holen könnte, um gemeinsam eine gute Zukunft zu gestalten.

GR. Schönberger: So ein Budget stellt natürlich ein sehr komplexes Zahlenwerk dar, das für einen normalen Bürger kaum und auch für einen politisch Aktiven nur schwer verständlich ist, wenn er nicht täglich mit diesen Dingen zu tun hat. Abgesehen davon hat dieses Haushaltsrecht mit der Realwirtschaft nur sehr wenig zu tun.

Und ich muss ihnen ehrlich sagen, dass mich das Wort „Pro-Kopf-Verschuldung“ irgendwie quält, denn falls ich über Jahrzehnte Geld investierte und damit Vermögenswerte geschaffen habe, dann könnte ich doch andererseits genauso über ein Pro-Kopf-Vermögen sprechen, aber das geschieht eben nicht. Ich habe diesbezüglich Herrn Dr. Barth gefragt, ob man nicht auch sagen könnte, welcher Vermögenswert pro Kopf der Bevölkerung gegeben ist. Er hat das dann mit seinem Team grob ausgerechnet und mir gesagt, dass man einer Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 1.500 Euro ungefähr einen fünffachen Vermögenswert pro Kopf der Bevölkerung gegenüberstellen könnte.

Und angesichts dessen spricht die FPÖ von einem Verschernbeln des Familiensilbers, ohne zu berücksichtigen, wie viel an Wert in den ganzen Liegenschaften, Gebäuden

oder in den stadteigenen Firmen steckt bzw. in den Beteiligungen. Also, ich muss ihnen sagen, das sind ja ganz neue Ansichten, die ich da höre. Tatsächlich ist bei der Stadt wirklich genug Vermögen vorhanden.

Und wenn hier von den Wohnungen der Stadt die Rede war, dann darf ich festhalten, dass diese von der Stadt an eine fast 100-prozentige Tochter der Stadt gingen, das heißt, eigentlich wurden diese nicht verkauft, sondern maximal umgeschichtet. Das ist ungefähr so, wie wenn eine Muttergesellschaft einen Vermögenswert an die Tochtergesellschaft überträgt, aber in einer gemeinsamen Bilanz taucht dieser Vermögenswert ja doch wieder auf.

Wenn man in guten Zeiten versucht, Vermögen zu schaffen, um dann in Zeiten, wo es nicht möglich ist, Gewinne oder Erträge zu bekommen, eine gewisse Substanz bzw. gewisse Vermögenswerte zu verkaufen, dann ist doch daran grundsätzlich nichts Schlechtes dran. Da müssten sie doch jedem, der Geld am Spargbuch hat, sagen, dass er davon nie mehr etwas abheben darf.

Also: Wenn man schon immer von einer zu hohen Pro-Kopf-Verschuldung spricht, dann müsste man sehr wohl dazu sagen, welches Vermögen damit geschaffen wurde. Aber das ist halt bei der kameralistischen Buchhaltung in dieser Weise nicht vorgesehen. Und an dieser Stelle weise ich trotzdem noch einmal auf die Schätzung hin, dass, minimum, ungefähr fünfmal so viel Vermögen pro Kopf der Bevölkerung vorhanden ist als Schulden pro Kopf gegeben sind. Ich getraue mir bei nicht ganz so vorsichtiger Schätzung meinerseits zu sagen, dass wahrscheinlich zehnmal so hohe Vermögenswerte vorhanden sind als Schuldenwerte. Und die Darlehensaufnahmen gehen ja wieder in die Erhöhung oder Stärkung der Substanz hinein. Wenn man Schulen baut oder saniert, wenn man Turnhallen neu baut etc., so erhöhen sich damit die Substanzwerte und damit die Vermögenswerte für alle Welserinnen und Welser.

Eines sei ebenfalls betont. Wenn dem Budget womöglich nicht zugestimmt wird bzw. wenn kein endgültiger Beschluss über das Budget und die Darlehensaufnahmen zustande kommt, dann müssen sie beispielsweise den Sport- und Kulturvereinen sowie vielen anderen, die normalerweise mit Ermessenssubventionen beteiligt werden, sagen, dass sie im nächsten Jahr nichts bekommen. Kommt kein neuer Beschluss für 2012 zustande, wird ein Provisorium im Prinzip auf das letztgültige Budget „aufgesetzt“ und Ermessenssubventionen dürfen nicht ausbezahlt werden. Das müssen sie den Leuten bei den Vereinen etc. sagen, dass es halt kein Geld mehr gibt und sie schauen müssen, wie es irgendwie weitergehen kann. Und da wird es dann auch keine Clubheimeröffnung beim Verein draußen in der Mauth geben. Das alles wird man hinaustransportieren müssen. Hier nicht zuzustimmen, heißt, dass man den Ermessenssubventionen ebenfalls nicht zustimmt.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Ich werde jetzt nicht direkt in das Budget selbst einsteigen, sondern nur ein paar Anmerkungen zu Wortmeldungen der Kolleginnen und Kollegen machen.

Zum Ersten geht es um das leidige Thema Flugplatzgelände. Da werden wir immer als Verhinderer dargestellt, aber ich möchte dazu einmal ganz konkret feststellen, dass bezüglich Flugplatzgelände derzeit ein Verfahren nach der EU-Vogelschutzrichtlinie läuft und es wirklich nicht sehr sinnvoll wäre, jetzt schon, bevor dieses Verfahren beendet ist, groß zu planen.

Außerdem denke ich mir, wenn ich die Vorgangsweise der Stadt Wels betrachte, dass der Umgang mit der „Weißen Möwe“ nicht sehr fair war, als es zuletzt um das Thema Betriebsbaugelände ging. Zuvor war es aber lange Jahre in Hinblick auf den Fluglärm nicht wirklich wichtig, seitens der Stadt gewisse Vorgangsweisen einzunehmen.

Wenn jetzt in Bezug auf Umwidmungen immer darauf hingewiesen wird, dass wir in Wels neue Arbeitsplätze brauchen, ist es wichtig festzustellen, dass die Firmen Felbermayr oder Kellner & Kunz in Wels nicht neu geschaffen oder neu in Wels angesiedelt werden sollen, sondern es geht hier um eine Übersiedlung von einem Ort an einen anderen in Wels, was aber nicht automatisch heißt, dass bei diesen Firmen mehr Arbeitsplätze entstehen.

Der Entwicklung des Wirtschaftsparks Voralpenland wurde auch von unserer Seite zugestimmt, hier sollen zusammen mit den Umlandgemeinden Betriebsbaugelände entwickelt werden und der Einstieg der Stadt Wels ist deshalb wichtig zum jetzigen Zeitpunkt, weil wir derzeit noch Flächen haben, die wir in die Diskussion einbringen können. Wäre die Stadt Wels, die ja bisher nicht sehr gern mit den Umlandgemeinden kooperierte, in das Thema Wirtschaftspark erst dann eingestiegen, wenn sie sozusagen keine Flächen mehr einbringen hätte können, wäre die Verhandlungsposition der Stadt nicht gerade die allerbeste gewesen. Also, Themen wie Betriebsansiedlungen sind aus unserer Sicht im Bereich des Wirtschaftsparks Voralpenland wirklich sehr gut beheimatet.

Jetzt komme ich zur Agenda 21. Hier wurde von Herrn Dr. Wieser den Bürgerinnen und Bürgern, die sich dabei einbrachten und ihre Zeit investierten, eigentlich jede Wertschätzung abgesprochen. Der Gaspark, der Pollheimerpark und die Themenwege wurden von ihm mehr oder weniger als uninteressant abgeurteilt, was aus unserer Sicht inakzeptabel ist. Wie schon meine Kollegin Magister Mayerhofer ausführte, muss man nämlich froh sein, wenn Bürger in ihrer Freizeit ihre Ideen und Gedanken einbringen. Und so geht es hier auch darum, diesen Bürgern die Wertschätzung der Stadt auszudrücken, etwa in der Form, dass man Geld zur Verfügung stellt, um diese Ergebnisse oder Pläne umzusetzen.

Zum Kino der Stadt Wels, das regelmäßig in den Wortmeldungen des Herrn Dr. Rabl vorkommt, möchte ich als Besucherin des Programmkinos nur anmerken, dass die Anzahl der Besucher nicht bloß bei 15 bis 20 liegt, sondern dass es durchaus auch vollbesetzte Vorstellungen gibt. In Hinblick auf die Besucherzahlen derzeit nicht förderlich ist allerdings der regelmäßige Wechsel zwischen Greif und Sound Theatre, weil eben das Greif immer wieder für andere Zwecke benötigt wird und dieser Wechsel ist halt für die Besucher oft schwer nachvollziehbar. Es kann passieren, dass man vor dem Greif steht, aber dort findet die Vorstellung nicht statt, sondern im Sound Theatre. Im Sinne einer lebenswerten Stadt ist es durchaus sinnvoll, eine fixe Stelle zu haben, wo das Programmkino seine Aufführungen machen kann.

Da gibt es diese vielzitierten Softfaktoren einer Stadt wie Grünräume, Agenda-21-Projekte oder ein Programmkino mitten in der Stadt, welche durchaus nicht uninteressant sind, wenn es um das Thema Wirtschaft geht.

Das wär's aus meiner Sicht gewesen, nämlich in der Richtung, einige Themen noch etwas mehr auszufüllen.

GR. Ganzert: Herr Landtagsabgeordneter Dr. Csar sprach zuerst von der Personalquote der Stadt Wels im Vergleich zu den beiden anderen Statutarstädten. Hier muss man aber sehr wohl beachten, dass in Linz die Alten- und Pflegeheime ausgegliedert sind, wir aber in Wels ca. 400 Mitarbeiter allein in diesem Bereich beschäftigen.

Es wurde zwar angezweifelt, aber ich würde dieses Budget sehr wohl unter den Titel „Zukunfts- und Investitionsbudget“ stellen. Da wird immer wieder von den jüngeren Generationen gesprochen und für mich ist es sehr wohl ein Bekenntnis zu den jüngeren Generationen, wenn Schulsanierungen, Sportstättenanierungen durchgeführt werden oder ein Stadtentwicklungskonzept Noitzmühle mit einem neuen Jugendzentrum entworfen wird. Wir haben einen Museumssteg, der zur Attraktivierung des Traunaugebietes beiträgt. Es gibt ein klares Bekenntnis zur Kultur oder Jugendkultur mit dem neuen Programm kino. Und wir werden ein neues Betriebsbaugelände erhalten, wo Arbeitsplätze für künftige Generationen entstehen sollen. Aus diesem Aspekt heraus bin ich der Meinung, dass wir uns nicht kaputtsparen, sondern auf die nächsten Jahre vorbereiten sollten. Und das stellt ein klares Hinausinvestieren aus der Krise dar, in der wir uns momentan noch befinden.

GR. Josseck-Herd: Ich stelle hiermit den Antrag auf geheime Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 6.

Bgm. Dr. Koits: Das ist also ein Antrag zur Geschäftsordnung und darüber ist sofort abzustimmen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Josseck-Herd auf Durchführung einer geheimen Abstimmung über Punkt 6 der Tagesordnung wird bei

11 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 24 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle fest, dass dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt ist, nachdem das hierfür notwendige Drittel der Stimmen der anwesenden Mandatäre nicht erreicht wurde.

Die Debatte wird jetzt fortgesetzt.

Vzbgm. Eisenrauch: Wenn heute die Rede davon war, dass im Sachaufwandbereich der Beschluss des Gemeinderates vom 1. Juli 2010 nicht umgesetzt wurde, so darf ich zumindest für mein Referat sagen, dass dieser Beschluss sehr wohl bereits umgesetzt wurde. Es wurden im vergangenen Jahr die festgelegten 2,5 % Einsparungen erreicht und im Jahr 2011 die festgelegten 5 %, sogar mehr, und für nächstes Jahr werden wiederum die geforderten 5 % erreicht.

Trotzdem darf ich behaupten, dass Wels neben der Energiehauptstadt auch eine Bildungs- und Kulturstadt ist. Bei meinen Ausführungen darf ich jetzt mit dem Bereich der Kultur beginnen.

Wir haben in Wels eine Vielzahl von Vereinen, die ein reichhaltiges Kulturprogramm bieten. Wir subventionieren diese Vereine in Summe mit 222.000 Euro im Ermessensbereich. Es geht um 120 Kulturvereine mit ihren Projekten und Veranstaltungen.

Eine Summe von 330.100 Euro im Bereich der Pflichtsubventionen steht hauptsächlich für die Förderung der Kinder- und Jugendkultur zur Verfügung. Gerade bei jungen Menschen ist uns der Zugang zum musischen Bereich oder auch zur darstellenden Kunst, zur Literatur, sehr viel wert.

Und wenn heute schon gesagt wurde, wir hätten für die „Kleine Welser Bühne“ nicht ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung, dann möchte ich erklärend sagen, dass es einzig und allein an der Spielstätte hapert. Wir bemühen uns seit Jahren, eine dauerhafte Spielstätte für die „Kleine Welser Bühne“ zu bekommen und momentan steht diese Institution wirklich vor Problemen, aber für den laufenden Aufwand bei der „Kleinen Welser Bühne“ haben wir immer das nötige Geld. Es ist schon sehr populistisch, hier zu sagen, dass gerade in diesem einen Bereich das Geld fehlen würde.

Weiters wurde gesagt, dass für den Ledererturm kein Geld vorhanden wäre. Das stimmt überhaupt nicht. Wir investieren natürlich Geld in das Innenleben des Ledererturms, damit er für Besucher möglichst attraktiv wird.

Das Programmkinos im Medien Kultur Haus wurde angesprochen. Und wenn ich an den Kultursteg denke, muss ich sagen, dass uns dieser ebenfalls sehr viel wert ist. Und wenn man öfter ins Programmkino geht, weiß man, dass es tatsächlich Vorstellungen mit einem vollen Kinosaal gibt.

Wir gehen im Kulturbereich vom Prinzip der Wertschätzung jedes Einzelnen aus. Wir sind für die Vielfalt in der Kultur. An sich sollte ja die Kulturpolitik aus dem politischen Geplänkel, aus der Parteipolitik herausgehalten werden, weil das überhaupt nichts brächte. Im Gegenteil, so bin ich der Meinung, sollte Kulturpolitik von Offenheit, Toleranz und vor allem auch von Liberalität getragen werden, wohl wissend, dass es immer ein Spannungsfeld zwischen Tradition und diversen innovativen Projekten gibt.

Wenn ich jetzt zur Bildungsstadt Wels komme, so darf ich sagen, dass in den letzten Jahren sehr viel investiert wurde und in Zukunft noch viel mehr investiert wird.

Und wenn ich an unsere Jüngsten denke, an den Kleinstkindergarten, so ist die Stadt Wels sowohl im Ermessensbereich als auch bei den Investitionen wirklich sehr gut aufgestellt. Unsere jungen Familien können sich freuen darüber, was es hier als Angebot gibt. Jede einzelne Position dazu können sie in unserem Voranschlag nachlesen.

Bei den Pflichtschulen sorgen wir ebenfalls für eine gute Zukunft unserer Kinder. Wir haben zum Beispiel eine sehr großzügige Sanierung bei der VS 6 eingeplant – nächstes Jahr haben wir dort die 100-Jahr-Feier – aber auch bei den Sanierungsmaßnahmen für all unsere Pflichtschulen wird ein gutes Budget zu Grunde gelegt.

Dazu kommt noch die Fertigstellung bereits begonnener Neu- und Umbauten. Ich denke etwa an die HS 8. Es sind aber auch für 2012 Projekte wie die VS Lichtenegg eingeplant oder die Hauptschule „Stadtmitte“. Heute wurde schon lobend erwähnt, dass bei der Hauptschule „Stadtmitte“ tatsächlich etwas geschieht.

Und wenn ich an unsere Fachhochschule denke, so ist uns diese im Jahr 702.000 Euro wert.

Die Bildung ist uns also in Wels wirklich sehr viel wert und die jungen Menschen können wirklich nur in einer guten Umgebung gut lernen, wobei eine gute Ausbildung ziemlich maßgeblich für eine gute Zukunft ist.

Zum Schluss möchte ich noch einige Worte an die Kritiker dieses Budgets richten. Sparen, reformieren und investieren, aber alles mit Augenmaß und dem Bildungsauftrag gerecht werdend, das war für uns als ÖVP maßgeblich dafür, diesem Budget zuzustimmen. Es ist wirklich nicht so dramatisch, dass man sagen könnte, in Wels geht es nicht mehr weiter. Wir stehen trotz allem finanziell auf guten Füßen und ich bedanke mich beim Finanzreferenten dafür – das möchte ich ausdrücklich betonen – dass er auf dem Bildungssektor, bei den Kleinstkindern genauso wie im schulischen Bereich sehr viel Geld in die Hand genommen hat und diese Vorhaben möglich machte. Aber auch der Finanzdirektion, die das alles umsetzen muss, sage ich ein herzliches Dankeschön.

Seriöse Kritik an einem Budget ist immer zulässig, aber Populismus und Untergriffigkeit sollten einfach nicht passieren, weil wir damit den Menschen in unserer Stadt ein schlechtes Signal geben. Ich glaube, man muss den Menschen gerade in einer Zeit, in der so viel von Schulden und schlechten Budgets die Rede ist, in einer Stadt wie Wels Hoffnung geben. Und diese Hoffnung können wir, wie ich glaube, tatsächlich geben, denn in unserer Stadt wird sehr viel geboten. Mir hat es gefallen, als gesagt wurde, dass man neben der Pro-Kopf-Verschuldung auch einmal sagen sollte, was es in der Stadt Wels an Werten gibt, was die Stadt Wels zu bieten hat. Es ist ja nicht so, dass wir in unserem Bundesland eine kleine „Pempersstadt“ sind.

Wenn die Zustimmung zu einem Budget nur davon abhängig ist, was man geboten erhält, dann ist das für mich auch nicht der richtige Weg. Die Freiheitlichen haben im Vorjahr ihre Zustimmung gegeben, als der Ausbau des Mauth-Stadions im Budget vorgesehen war oder die Errichtung des Affenhauses, aber heuer gibt es halt in dieser Richtung nichts und daher stimmt man offenbar dem Budget nicht zu. Ich glaube, Budgets müssen stets in einer Gesamtübersicht gesehen werden und tatsächlich zum Wohle der Menschen, die in unserer Stadt leben, ausgerichtet sein. Wenn solche Budgets beschlossen werden, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

GR. Markus Wiesinger: Ich habe ein paar Berichtigungen zu machen, die mir am Herzen liegen.

Herr Vizebürgermeister Wimmer! Sie haben bei ihren Ausführungen behauptet – ich hoffe, das war nur ein Lesefehler oder dergleichen – dass der Krankenanstaltenbeitrag in den letzten Jahren um die 10 % gestiegen ist. Als Finanzreferent werden sie wohl rechnen können und ich darf ihnen sagen, was meine Rechnung ergeben hat. Dieser ist sogar in einem Jahr um ein Prozent gesunken und im Schnitt um 8 % gestiegen. Und diese läppischen 2 Prozent machen immerhin 400.000 Euro aus. Ich hoffe, sie haben sich damit einfach geirrt.

Herr Manfred Wiesinger hat zuerst gemeint, der Kollege Haböck möge sich doch die „Mittelfristige Finanzplanung“ etwas genauer anschauen. Nun, noch hilfreicher wäre es meines Erachtens, würde sein eigener Fraktionskollege, nämlich Herr Vizebürgermeister Wieser, die „Mittelfristige Finanzplanung“ erklärt bekommen. Er hat uns nämlich

heute farbenfroh erklärt, wie schön und wichtig doch ein Altstoffsammelzentrum Wels-Nord wäre, schaut man aber in die „Mittelfristige Finanzplanung“ hinein, so stehen zwar beim Antrag 1,7 Mio. Euro, dann aber auf die Jahre verteilt lauter Nullen. Sie sind, glaube ich, insgesamt schon länger im Gemeinderat als ich und müssten deshalb wissen, dass man, wenn in der „Mittelfristigen Finanzplanung“ in den einzelnen Jahren eine Null steht, auch nur null machen kann. Und so wie es aussieht, können sie im nächsten Jahr überhaupt nichts machen. Sie können sich ein Grundstück anschauen, sie können dieses fotografieren, aber planen oder bauen werden sie im nächsten Jahr das ASZ nicht können.

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Wieser: Lesen sie doch weiter in der Zeile, Herr Kollege! Da steht „Absichtserklärung“!

GR. Markus Wiesinger: Und wenn sie schon so die Stadtgärtnerei loben, muss man auch einmal sagen, dass alles etwas kostet. Wenn man sich das ansieht – ich möchte betonen, dass das wertvolle Mitarbeiter sind, dass ich zur Stadtgärtnerei stehe und es schön finde, wenn alles blüht – so stellt man fest, dass es dort 70 Mitarbeiter gibt. Dort sind genauso viele Mitarbeiter tätig wie in der ganzen Bezirksverwaltung. Und für alle, die vielleicht nicht wissen, was alles Inhalt der Bezirksverwaltung ist, darf ich sagen, dass dort das Standesamt angesiedelt ist, das Wähler- und Passservice, die Verwaltungspolizei, das Verkehrsrecht, der Gesundheitsdienst, die Lebensmittelaufsicht, das Baurecht, das Gewerbe- und Wasserrecht. Das sind sehr viele wichtige Dienststellen und all diese Dienststellen zusammengefasst gibt es dort genauso viele Mitarbeiter wie bei der Stadtgärtnerei. Und wenn sie so betonen, dass gespart werden muss, dann wird man wohl auch wissen müssen, dass alles etwas kostet.

Ich habe heute gelernt, dass man Budgets sehr unterschiedlich sehen kann. Man kann ein Budget sportlich sehen wie Herr Vizebürgermeister Wimmer, der uns sagte, wer am 1., am 3. oder vielleicht am 18. Platz liegt. Man kann es aber genauso taktisch sehen, so wie es die Freiheitlichen machten, indem sie versuchten, ein Abstimmungsverhalten noch irgendwie zu ändern, was ebenfalls sehr interessant ist. Oder man kann diese Sache sehr populistisch angehen. So könnte ich mich herstellen und sagen, dass es eine Sauerei darstellt, wenn Herr Stadtrat Dr. Rabl bei den Ermessenssubventionen eine Erhöhung im Ausmaß von 3,9 % bekommt. Das wäre wohl eine Schlagzeile in der Zeitung wert. In absoluten Zahlen entspricht das einer Erhöhung von 400 Euro auf 15.000 Euro vom Voranschlag 2011 auf den VA 2012, und damit relativiert sich alles.

Was will ich damit sagen? Man kann sich, wenn man über ein Budget diskutiert, die Zahlen so oder so richten und man kann Argumente finden, dass es einem passt oder nicht passt. Ich habe mir die Mühe gemacht, mir das Budget sozusagen allgemein verträglich anzuschauen. Und da ist für mich immer eine bestimmte Zahl wichtig, auch wenn das die Kollegen von der SPÖ nicht so gern hören, nämlich jene pro Kopf der Bevölkerung.

Wenn man den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt zusammen nimmt, dann kommt pro Welserin und Welser ungefähr ein Betrag von 3.000 Euro an Einnahmen heraus. Und hier – es wurde die Wirtschaft schon mehrmals erwähnt – gilt meines Erachtens der besondere Dank der Wirtschaft, denn allein der Anteil der Kommunalsteuer an diesen Einnahmen von 3.000 Euro macht 16,8 % aus. Es sind das somit 500 Euro pro Kopf der Bevölkerung.

Stellt man dem gegenüber, was zusammengefasst ausgegeben wird, so kommt man auf einen Betrag von 3.200 Euro. Und jetzt könnte man auch meinen – das hört man sehr oft – der Magistrat habe einen aufgeblähten Verwaltungsapparat. Sieht man sich nun die Voranschlagsgruppe 0 an – hier ist die „allgemeine Verwaltung“ angesiedelt – und führt man einen Vergleich mit Städten über 50.000 Einwohnern durch, wobei es ja in keiner Stadt Österreichs, soweit mir bekannt, so ist, dass man die „allgemeine Verwaltung“ ausgelagert hätte, dann ist das wirklich etwas, wo man sagen kann, dass solch ein Vergleich korrekt ist. Jedenfalls kommt man hier in Wels auf eine Zahl von 537 Euro und in anderen Städten auf eine Zahl von 590 Euro pro Kopf. Das heißt also, dass im Vergleich andere Städte über 50.000 Einwohner höhere Verwaltungskosten als die Stadt Wels haben. Nun könnte man sich darüber freuen, aber leider ist es so auch wieder nicht. Wenn man sich die Ruhebezüge aller ausgeschiedenen Politiker, die einen Pensionsanspruch haben sowie den Bedarf für die gewählten Organe und sämtliches Personal ansieht, so kommt man drauf, dass die Stadt Wels in diesem Bereich doppelt so viel ausgibt wie andere Städte. Wir hörten heute, dass es Städte gibt, die verschiedene Bereiche auslagern, aber trotzdem steht das einmal so da.

Herr Dr. Rabl hat heute schon angeführt, wie viel wofür ausgegeben wird. Hier ist aber auch die Rotax-Halle zu nennen, die jährlich einen Verlust im Ausmaß von 230.000 Euro mit sich bringt und dieser bewegt sich damit in einer Höhe, wie wir das heute noch in Bezug auf das Welios beschließen werden. In der Rotax-Halle finden zwar vornehmlich im volkstümlichen Bereich Super-Veranstaltungen statt, aber wir müssen festhalten, dass der Verlust für diese Halle pro Jahr 230.000 Euro ausmacht.

Das Freibad erwirtschaftet einen Verlust, genauso wie das Hallenbad. Hier reden wir in Summe von fast 700.000 Euro.

Die Stadtbücherei – ich glaube allerdings nicht, dass einer diese Einrichtung zusperren will – erwirtschaftet einen Verlust von 600.000 Euro. Das muss uns allen bewusst sein.

Auch die öffentliche Beleuchtung – wir haben sie auf LED-Lampen umgestellt – kostet uns über 700.000 Euro jährlich.

Oder reden wir über die Freiwillige Feuerwehr. Natürlich sind wir froh darüber, noch eine freiwillige Wehr zu haben, allerdings kostet uns diese trotzdem 1 Mio. Euro.

Das geht dann weiter über die Schulen – die Hauptschulen kosten 1,8 Mio. und die Volksschulen 2 Mio. Euro – bis hin zu den Kindergärten, wofür wir 6 Millionen zuschießen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte das ergänzend sagen, weil es ja sicher interessant ist, wie viel einige wichtige Einrichtungen der Stadt kosten. Und Herr Stadtrat Lehner merkte schon richtigerweise an, dass wir uns überlegen müssen, wie viel uns das eine oder andere überhaupt wert ist, was wir überhaupt als Stadt haben wollen und ob es irgendwo Synergien gibt. Deshalb ist es wichtig, uns jede einzelne Position anzusehen. Die prozessorientierte Kostenrechnung ist hier nur ein spezieller Punkt, ebenso das Benchmark zwischen den verschiedenen Städten, wobei für meinen Geschmack das Ganze etwas verfeinert werden müsste.

Bei den Freiheitlichen habe ich nur ein Problem. Bekanntlich gibt es von jeder Gemeinderatssitzung ein Protokoll und ich erinnere an die Sitzung vom 13.12.2010, in der wir

uns mit dem Budget für das Jahr 2011 befassten. Auf Seite 25 sagte Herr Stadtrat Rabl, dass er ein umfassendes Schulsanierungskonzept einfordere. Wenn hier nichts passiert – ich zitiere jetzt sinngemäß, aber das kann ohnehin genau nachgelesen werden – dann werde es bis zum Jahr 2020 dauern, bis alle Schulen saniert seien.

Im Zuge derselben Rede verwies er aber auch darauf, dass der Tiergarten saniert gehöre, ebenso der Ledererturm.

Und heute beschließen wir das nächste Budget, wo diese zuletzt genannten drei Punkte praktisch erfüllt sind, er ist aber gegen dieses Budget. So unterschiedlich kann man also ein Budget lesen.

Ich möchte jetzt noch mit einem Zitat schließen, das von Benjamin Franklin stammt, das ich erst heute früh gelesen haben und das sich irgendwo mit Herrn Vizebürgermeister Wimmer deckt. Es heißt: „Wenn man den wahren Wert des Geldes kennenlernen möchte, muss man es sich zuerst einmal ausborgen.“

StR. Huber: Mir war schon klar, dass es rund um das Budget harte Diskussionen geben werde. Ich gebe allerdings meiner Kollegin Anna Eisenrauch recht, wenn sie sagt: Traurig ist es halt, wenn ein bisschen die Seriosität zu vermissen ist. Und sicher ist es auch traurig, wenn mit nicht nachvollziehbaren Zahlen Vergleiche angestellt werden, um so Stimmung in eine bestimmte Richtung zu erzeugen.

Wie aber der Finanzreferent bereits ausführte, hat die Stadt Wels einen konsolidierten Haushalt und sie braucht keinen Vergleich mit anderen Städten zu scheuen. Trotzdem müssen wir selbstverständlich mit den Steuergeldern sorgsam umgehen und so hat es diesen Reformprozess gegeben, wozu der Lenkungsausschuss mehrmals tagte. Und in der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses haben wir beschlossen, dass jeder Referent das ausgearbeitete Papier bekommt und jeder im nächsten Jahr seine Hausaufgaben machen muss. Diese letzte Sitzung des Lenkungsausschusses fand im November statt und zu diesem Zeitpunkt war das heute zur Beschlussfassung vorliegende Budget in Wirklichkeit schon fertig.

Die SPÖ steht zur sozialen Qualität dieser Stadt. Für mich ist es ganz einfach wichtig, den sozialen Frieden in dieser Stadt sicherzustellen, andererseits aber durch eine hohe Investitionsquote die Wirtschaft zu beleben und den Bestand an Arbeitsplätzen zu fördern. Ich weiß schon, dass gerade der Sozialbereich einiges an Kosten verursacht, aber ich sehe nun einmal die Menschen dahinter, die mir wichtig sind und für die wir Überlegungen anstellen.

Kurz etwas zum Aktivpass, der heute zweimal angesprochen wurde. Sicher kann man dazu stehen, wie man will, aber dass es zu enormen Einsparungen gekommen wäre, falls wir nicht auch für Männer die Anspruchsberechtigung schon ab einem Alter von 60 festgelegt hätten, das kann man doch wirklich nicht behaupten. Ich verstehe deshalb nicht, warum diese Maßnahme immer wieder kritisiert wird. Ich darf in Erinnerung bringen, dass uns durch die Senkung des Alters der Anspruchsberechtigung für Männer auf 60 lediglich Mehrkosten in Höhe von ca. 4.000 Euro entstehen.

Und wenn hier die Personalkosten kritisiert werden, muss man doch auch sagen, warum wir höhere Personalkosten haben. Ich stehe beispielsweise zum Gratis-Kindergarten, einer wichtigen Bildungseinrichtung, aber die Einführung des Gratisbesuchs mit

der bedeutend höheren Frequenz führte dazu, dass wir in diesem Bereich 30 Personaleinheiten mehr benötigten.

Oder denken wir an die Pflegeheime. Sie alle wissen, dass wir danach trachten, die Menschen möglichst lang mobil versorgen zu können, damit wir in die Heime eher Menschen bekommen, die beim Pflegegeld eine höhere Einstufung haben. Aber je mehr Menschen in höherer Pflegestufe in unseren Alten- und Pflegeheimen untergebracht sind, desto höher steigt durch den vorgegebenen Mindestpersonalschlüssel die Personalquote bzw. haben wir damit verbunden höhere Personalkosten.

Und in Bezug auf den Hoheitsbereich muss man sehen, dass wir viele Aufgaben neu dazu bekommen haben. Ich erwähne das Fundamt, das Pass- und Meldewesen – das haben wir vom Bund übernommen – und wir als Stadt haben die Ordnungswache eingeführt. Und wenn wir heute noch die Forderung nach mehr Personal bei der Ordnungswache zu behandeln haben, dann spielt offenbar das Geld keine Rolle. Ich bin auch der Meinung, dass bei der Sicherheit nicht gespart werden kann, aber andererseits meine ich, dass sich um die Sicherheit in erster Linie jene kümmern sollten, die vorrangig dafür zuständig sind, also die Polizei und die Frau Innenministerin.

Ich könnte jetzt über eine Reihe von Problemen berichten, die wir im Bereich der Jugendwohlfahrt zu erledigen haben. Dieser Bereich kostet ebenfalls eine Menge Geld, aber andererseits leben wir offenbar in einer Zeit, in welcher die Menschen mit gewissen Dingen immer weniger zurecht kommen. Wir leben in einer Zeit, in welcher die Gesellschaft an Werten verliert, in der Kinder irgendwie aufgefangen werden müssen, weil Familien versagen. 4 Millionen kostet uns die Heimunterbringung und sonst haben wir im Bereich Jugendwohlfahrt noch weitere 1,3 Mio. an Ausgaben präliminiert.

Wir haben sehr positive Projekte gestartet wie Scout, sozialpädagogisches Tageswohnen oder den Schulverbindungsdienst. Allein beim Schulverbindungsdienst führten wir im letzten Jahr 3.393 Beratungen durch. Im sozialpädagogischen Tageswohnen haben wir zur Zeit acht Kinder untergebracht, wobei es uns bei einem Kind sogar gelungen ist, dieses von der Heimunterbringung zurückzuführen. Allein die Heimunterbringung für ein Kind kostet 3.000 Euro im Monat.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung kommt auf uns zu. Wir sehen schon jetzt, dass wir weit mehr Personen haben, die in die bedarfsorientierte Mindestsicherung hineinfallen. Dies aber nicht deshalb, weil sie gar nichts haben, sondern zumeist handelt es sich um sogenannte Zuzahler. Das bedeutet, dass sie vom AMS so wenig Geld erhalten oder sie haben einen Zuzahlungsbedarf in Zusammenhang mit der Kinderbetreuung. Hier ist es sicher auch meine Aufgabe – ich sitze ja im Lenkungsausschuss auf Bundesebene – dort einzufordern, dass etwas geändert gehört, das heißt, diverse Betroffene müssten vom AMS so viel Geld bekommen, dass sie nicht mehr in diesen Bereich hineinfallen. Das sehe ich als eine große Aufgabe.

Mit unserem Budget können wir meines Erachtens sehr viel Positives erledigen. Einiges davon wurde heute schon genannt, beispielsweise die Schulsanierung. Im Rahmen des Stadtteilentwicklungskonzeptes Noitzmühle entsteht ein neues Alten- und Pflegeheim, ein neuer Jugendtreff. Wir alle nahmen an der Veranstaltung in den Räumen der VHS Noitzmühle teil und sagten – auch der Kollege Rabl – dass es sich die Menschen verdient haben, dass in der Noitzmühle etwas gemacht wird etc. Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Freiheitlichen Partei, jetzt müssen sie Farbe bekennen. Hier

denke ich allerdings nicht bloß an die Umsetzung des Stadtteilentwicklungskonzeptes Noitzmühle, sondern auch an Dinge, die sie im Facebook so manchen Vereinen versprechen oder wenn sie gegenüber einer Schuldirektorin zusicherten, sich natürlich für einen Neubau einsetzen zu wollen. Da müssen sie ganz einfach Farbe bekennen, denn falls hier dem Budget und den Darlehensaufnahmen nicht zugestimmt wird, dann gibt es all diese Dinge ganz einfach nicht. Ich sehe es nicht so locker, wie sie das offenbar tun, wenn sie meinen: Na, dann gibt es halt kein Budget. Es ist nun einmal so, dass dann, wenn kein neuer Budgetbeschluss vorliegt, beispielsweise die ganzen Sozial-, Kultur- und Sportvereine keine Ermessenssubventionen erhalten, wobei aber diese Vereine in dieser Stadt Unglaubliches leisten und es sich nicht verdient haben, dass wir womöglich so verantwortungslos vorgehen und kein Budget beschließen.

Ich finde, es handelt sich um ein Budget mit vielen Chancen, aber wir werden im nächsten Jahr unsere Hausaufgaben machen müssen. Wir müssen diesen Reformprozess einleiten bzw. habe ich diesen persönlich schon eingeleitet, allerdings geht es noch um die Umsetzung. Wir haben uns doch alle einen Zeitplan gemacht und nach dem ersten Halbjahr 2012 schauen wir, welcher Referent wo etwas getan hat. Insgesamt denke ich mir, dass wir in dieser Frage nicht so schlecht unterwegs sind, wie das irgendwo angeklingen ist. Panikmache ist überhaupt nicht angebracht.

GR. Wildfellner: Ich möchte mich dem Einspruch des Wirtschaftsbundes zum Vorschlag widmen. Ein Satz hat mich ganz besonders betroffen gemacht. Da steht nämlich drinnen, dass die Verwaltung der Stadt Wels ein Sanierungsfall ist und dass sie auf ihre Kernaufgaben zurückgeführt werden muss.

Vergessen denn diese Herrschaften, dass eine Kommune auch einen sozialen Auftrag hat und dass eine Kommune kein gewinnorientiertes Unternehmen ist? Ich persönlich möchte in keiner Stadt leben, wo nur die Hoheitsverwaltung von der Kommune betrieben und alles andere der freien Wirtschaft überlassen wird.

Ich muss offen sagen, dass ich es schon gar nicht mehr hören kann, wenn immer wieder diese Personalkostendebatte zu Tage tritt. Wir können uns zwar unter Umständen darauf einigen, dass die Stadt gewisse Dinge nicht mehr macht, aber ist es nicht letztlich egal, ob die Kosten unter Mieten, Reinigung, Fremdpersonal, vielleicht sonst wo stehen oder unter dem eigenen Personal? Ich bin schon allein aus diesem Grund froh darüber, nicht beim Magistrat der Stadt Wels zu arbeiten, weil ich nicht ständig hören möchte, dass die Kosten für meine Person zu hoch sind.

Und ich bedanke mich abschließend noch ganz offiziell bei allen Beschäftigten des Magistrates der Stadt Wels für ihre hervorragenden Leistungen.

StR. Dr. Rabl: Nach meiner Fraktionserklärung habe ich mir gedacht, dass es eigentlich meinerseits zum Thema Budget schon ziemlich passé ist, aber hie und da sticht mich dann der Hafer. In diesem Fall heißt der Hafer Wiesinger und Huber und da muss ich schon eine kleine Replik tätigen.

Zum Ersten muss man natürlich festhalten, dass das Budget Positionen enthält, die zielführend und gut sind. Und eine Ablehnung des Budgets bedeutet nicht, dass alles, was in diesem Budget steht, zu verdammen und zu verurteilen ist. Genauso bedeutet eine Zustimmung zu einem Budget nicht, dass ich unbedingt jeder Maßnahme, die da drinstehen, meine Zustimmung erteile. Beides trifft im konkreten Fall nicht zu!

Völlig richtig ist – diese Position haben wir viel länger als die ÖVP vertreten – dass wir sagten, es müsse für die Welscher Schulen viel mehr getan werden. Und wir haben daher ganz massiv eine beschleunigte Umsetzung des Schulsanierungskonzeptes gefordert. Dann wurden wir als G'scheidwascheln und was weiß ich noch beschimpft. Tatsache ist aber, dass man sich diesen Vorschlag offenbar doch zu Herzen genommen hat und Tatsache ist, dass mit dem Schulsanierungskonzept etwas weitergeht, was ja auch gut ist. Und wenn jede Aktion unsererseits und jeder Impuls, den wir geben – auch wenn wir gescholten und dahingehend kritisiert werden, Panikmache zu betreiben – eine Reaktion derart hervorruft, dass hierauf im jeweiligen Bereich etwas passiert, dann bin ich schon zufrieden. Etwas anderes wollen wir ja gar nicht erreichen. Es geht also darum, Schwächen in einem Budget aufzuzeigen, in einer Stadtverwaltung oder in einem Investitionszirkel, um in weiterer Folge diese Schwächen auszumerken. Wir müssen dazu kommen, dort oder da einen Schwerpunkt zu setzen bzw. mehr zu tun.

Wenn diesbezüglich der Ledererturm von der Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch als gutes Beispiel genannt wurde, dann muss ich sagen: Gott sei Dank, Frau Vizebürgermeisterin, haben wir das endlich. Es hat eh lang gedauert und hätten wir nicht so geschimpft und protestiert, wäre bis jetzt nichts passiert.

Als nächstes kommt ein anderes Kulturereignis. Wir werden schauen, dass sie die Landesausstellung 2019 in Wels zusammenbringen und ich hoffe, es wird gut gehen. Aber wenn wir nicht draufbleiben oder immer wieder draufdrücken, dann geht halt nichts weiter!

Und da müssen wir eben damit leben, dass uns Panikmache vorgeworfen wird. Allerdings finde ich es schon ein bisschen eigenartig, dass dann, wenn jemand eine gute Begründung für die Ablehnung eines Budgets hat – die GRÜNEN aus diesem Grund und wir aus einem anderen Grund – sofort der Vorwurf der Panikmache oder sonst irgendein Vorwurf kommt. Also, ich kenne einen Haufen Länder und Gemeinden, wo Parteien, die sogar in der Regierung sitzen, das Budget ablehnen, weil sie eben meinen, dass das „nicht unser Weg ist“. Es lehnt beispielsweise die SPÖ in Kärnten das Budget ab und in anderen Bundesländern ist so etwas seitens der ÖVP möglich. Ja, damit muss man halt leben! In Wien hat das die ÖVP gemacht. Deswegen kann man doch nicht gleich sagen, dass es sich um eine Angst- oder Panikmache handelt. Akzeptieren wir doch, dass es unterschiedliche Meinungen zu unterschiedlichen Konzepten gibt und dass das zu einem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten führen kann. Es ist schon ein eigenartiges Demokratieverständnis, wenn eine andere Meinung immer gleich heruntergedodelt wird und man meint, dass eine andere Meinung sowieso nicht ernst zu nehmen ist, weil dahinter nur Taktik oder Angstmache steckt. Hört man sich also die Argumente an, erkennt man, dass es unterschiedliche Konzepte gibt und diese Konzepte zu verfolgen sind.

Natürlich stehe ich zur Noitzmühle bzw. dazu, dass sich dort etwas bewegen muss. Warum stehe ich dazu? Weil sich 20 Jahre nichts bewegte und endlich passiert jetzt doch etwas. Na endlich! Natürlich sage ich, dass 200.000 Euro gerechtfertigt sind, wenn es darum geht, in der Noitzmühle etwas zu unternehmen. Aber wenn wir trotzdem das Budget insgesamt ablehnen, kann man doch nicht gleich von einer Panikmache reden. Das eine hat doch mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Der Grund für die Ablehnung des Budgets unsererseits ist nämlich ganz klar jener, dass ausgabenseitig nicht gespart wird. Und wer das jetzt immer noch nicht verstanden hat, dem kann ich das auch nicht erklären, weil derjenige offenbar die Dinge nicht verstehen und ganz

einfach sagen will, dass es sich um Panikmache handle, nur um sich nicht mit den Argumenten auseinandersetzen zu müssen. Das ist halt unsererseits zur Kenntnis zu nehmen.

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass wir auch beim Welios Recht hatten, was ich nicht oft genug betonen kann. Da hieß es ebenfalls immer nur, dass es sich unsererseits nur um Panikmache handle, weil wir halt dagegen sind, aber heute steht das Welios vor der Pleite. Wenn wir keinen Zuschuss leisten, wird es in die Insolvenz schlittern. So wird uns also immer wieder Panikmache vorgeworfen, nur haben wir leider oft Recht mit unseren Argumenten. Und das muss man eben genauso zur Kenntnis nehmen!

Ich finde es sehr bedauerlich, dass jedes Argument von unserer Seite immer gleich zur Seite geschoben und als Panikmache, Angstmache oder sonst etwas bezeichnet wird, nur weil man sich damit gar nicht auseinandersetzen will. Ich glaube, so hat sich das der Gemeinderat nicht verdient. Man sollte sich vielmehr mit unseren Positionen auseinandersetzen, genauso wie wir uns mit den Positionen der SPÖ, der ÖVP oder der GRÜNEN auseinandersetzen. Meiner Ansicht nach wäre also ein offener Diskurs sinnvoller, noch dazu als gemeinsame Lösungen trotz aller unterschiedlichen Positionen immer möglich sind. Das haben wir in der Noitzmühle gesehen, als gesagt wurde: Machen wir doch gemeinsam etwas. Und das sieht man ebenso beim Welios. Trotz aller Kritik, die wir in Zusammenhang mit dem Welios schon anbrachten, gibt es heute sehr wohl einen gemeinsamen Antrag in der Richtung, wie das Welios zu retten ist. Wir stehen nämlich zur Verantwortung für die Stadt bzw. stehen wir als gewählte Vertreter sehr wohl zu dieser Verantwortung. Diese Verantwortung muss ich nun einmal wahrnehmen und falls ich das nicht tue, bin ich fehl am Platz.

Man muss es aber trotzdem zur Kenntnis nehmen, wenn einer nicht die jeweilige Position des anderen vertritt. Damit tun sich nun einmal die SPÖ und die ÖVP etwas schwer, aber es entspricht eben dem Demokratieverständnis, dass es zu unterschiedlichen Themen unterschiedliche Meinungen geben kann. Und ich hoffe, dass damit endgültig alle Missverständnisse aufgeklärt sind.

GR. LAbg. Dr. Csar: Da gab es zuerst eine Wortmeldung zur Eingabe des Wirtschaftsbundes. Also, ich bin froh und stolz, dass wir in Wels verantwortungsvolle Bürger haben, die sich mit dem Budget auseinandersetzen, sich hinsetzen, das Budget studieren und sich darüber den Kopf zerbrechen, wie es in Wels weitergehen soll. Und es gibt nun einmal die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Budget abzugeben, wobei halt diese Möglichkeit von manchen verantwortungsvollen Bürgern sehr wohl wahrgenommen wird. Und ich finde es nicht fair, wenn man hier im Gemeinderat die Gelegenheit nutzt, um über diese eine Stellungnahme herzuziehen, während die Gegenseite nicht die Möglichkeit dazu hat – es ist niemand vom Wirtschaftsbund hier und es könnte auch gar nicht eine offene Diskussion geführt werden – irgendetwas im Gemeinderat vorzubringen.

Zwischenruf: Der Lehner!

GR. LAbg. Dr. Csar: Der Verfasser des Briefes ist nicht anwesend und außerdem haben wir da keine Wirtschaftsbund-Diskussion.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Wieso fangen sie dann hiermit an?

GR. LAbg. Dr. Csar: Nein, ich fange mir das nicht an! Sie bzw. ihre Dame hat damit begonnen, darüber zu diskutieren.

Ich betone nochmals, dass ich es nicht für fair halte, jemanden anzugreifen und zu verunglimpfen, wenn er sich nicht rechtfertigen und darüber diskutieren kann. Das hier ist nicht der Platz für eine offene Diskussion über dieses Schreiben. Möchte man wirklich darüber diskutieren, läge es in der Hand der verantwortlichen Politiker, des Finanzreferenten, einzuladen und eine Diskussion durchzuführen. Das läge in der Hand des Finanzreferenten und es bleibt bei ihnen hängen, Herr Vizebürgermeister Wimmer, diese Aufgabe wahrzunehmen und nicht einfach vom Podium herab einen Kommentar abzugeben.

Dem Herrn Stadtrat Rabl, der leider jetzt draußen ist, muss ich sagen, dass von einer Panikmache oder Angstmache zumindest von unserer Seite her nicht die Rede war. Wir stehen für eine verantwortungsvolle Politik. Wir sagten immer, dass wir für eine Sanierung der Schulen sind, dass wir aber diese Problematik noch genau prüfen bzw. überlegen wollen. Dementsprechend haben wir unter der Leitung unserer Frau Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch alle verantwortlichen Entscheidungsträger aufgefordert, diesbezüglich Vorschläge einzubringen. Sobald diese Vorschläge eingelangt waren, kam ein abgestimmter Vorschlag für die Ergreifung diverser Maßnahmen und dieser soll heute beschlossen werden. Das ist eine verantwortungsvolle Vorgangsweise und nicht eine Politik auf Zuruf oder eine Politik, bei der man sozusagen aus der Hüfte schießt, nur damit man möglichst schnell etwas erledigt hat und möglichst gut in der Zeitung steht. Das ist nicht die Linie der ÖVP. Dazu stehen wir nicht bzw. machen wir eine vorausschauende Politik.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

Bgm. Dr. Koits: Ich sage ihnen zuerst einmal einen herzlichen Dank für die an sich gute Diskussion, die hier geführt wurde.

Zum Zweiten sei festgestellt, dass es darum geht, die uns anvertrauten Mittel den Kriterien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprechend einzusetzen. Der Gemeinderat hat ja nicht nur eine verwaltende, sondern auch eine gestaltende Aufgabe und ich finde, dass zweiteres bei all der geführten Diskussion doch etwas zu kurz gekommen ist. Von Anna Eisenrauch wurden erfreulicherweise aber doch ein oder zwei Bereiche angeführt, die in die Zukunft führen. Silvia Huber hat das Projekt für die Noitzmühle sehr positiv angeschnitten und Peter Lehner hat im wirtschaftlichen Bereich vorgetragen, was man alles tun könnte, sollte und müsste. Ich finde, das war wirklich angebracht, denn es stellt wohl etwas ganz Wichtiges dar, den Menschen in dieser Stadt eine Perspektive aufzuzeigen, den Menschen näherzubringen, dass wir für die Zukunft arbeiten bzw. für die Zukunft engagiert und kreativ sind, wobei wir eben die uns anvertrauten Mittel entsprechend einsetzen wollen.

Ich habe mir so grob überlegt, wovon in den einzelnen Wortmeldungen die Rede war und meine, dass in etwa zu 80 bis 90 Prozent vom Sparen gesprochen wurde. Sicher ist es wichtig, dass in Zeiten wie diesen der Spargedanke aufgezeigt wird, aber andererseits bin ich der Meinung – ich kann das nicht genau wiederholen – dass es um ein gesundes Sparen geht, jedenfalls nicht um ein Zu-Tode-Sparen. Insofern denke ich mir, dass dieses Budget, das der Finanzreferent mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufstellte, ein gutes und sich an Qualitätskriterien orientierendes Budget ist,

mit dem man, wenn wir es richtig einsetzen, in allen gesellschaftspolitischen Bereichen sehr viel bewegen kann. Daher liegt es an uns insgesamt, die Weichen für das Jahr 2012 in Hinblick auf die Umsetzung zu legen.

Natürlich bekenne ich mich zum „Reformprogramm 2010+“, was aber nicht gleichbedeutend damit ist, dass womöglich in der Vergangenheit nichts geschehen wäre. Ich erinnere an dieser Stelle an das „Reformprogramm 2004+“ und denke mir, dass es im Laufe einer Funktionsperiode so alle sechs Jahre angebracht erscheint, zu schauen, welches Resümee über Vergangenes gefasst werden kann – was wurde davon umgesetzt – und was soll für die Zukunft ein Grundstein für weitere Veränderungen oder Entwicklungen sein. Ich sage dazu nur eines: Wenn jeder Referent, der hier herinnen sitzt, in seinem Bereich das umsetzt, was im Reformprogramm drinsteht, dann gewinnen wir bestimmt einige Millionen, die wir anderweitig einsetzen können. Und es gibt auch gewisse Gedankenansätze in diesem Reformprogramm, die nicht ausdrücklich beziffert sind. Und wenn die einzelnen Referentinnen und Referenten diese Gedanken weiterverfolgen und zu konkreten Umsetzungsmaßnahmen kommen, dann wird es möglich sein, diese 5 Prozent an Einsparungen zu erreichen. Möglicherweise wird das nicht von heute auf morgen möglich sein bzw. verweise ich auf unsere Gespräche im Lenkungsausschuss, wo wir alle die Auffassungen vertreten haben, dass durch dieses Reformprogramm keine Mitarbeiter gekündigt werden sollen und Mitarbeiterveränderungen ausschließlich dann stattzufinden haben, wenn jemand in Pension geht oder wenn jemand aus sonstigen Gründen vom Magistratsdienst ausscheidet. Das war unsere Prämisse und letztendlich hat sich alles andere daran orientiert.

Ich sehe in diesem Budget ein paar sehr wichtige Bereiche. Da geht es zuerst einmal um das Thema „Wirtschaft und Arbeit“. Jeder wird wohl wissen, wie sehr wir Arbeitsplätze benötigen, benötigen und nochmals benötigen.

Dann benötigen wir in unserer Stadt selbstverständlich möglichst breitgestreute Aktivitäten am Sektor Bildung.

Was wir den Menschen geben müssen, das ist die soziale Sicherheit, verbunden mit entsprechender Lebensqualität. Und das hat mit sehr vielen Bereichen zu tun, wobei letztlich jeder Einzelne von ihnen in seinem jeweiligen Tätigkeitsfeld die Dinge zu bearbeiten hat. Da ist es jetzt ganz egal, ob es sich um Kulturthemen handelt oder um den Tierpark, für den Herr Dr. Rabl politisch verantwortlich ist, um den Zuständigkeitsbereich des Herrn Dr. Wieser mit den Blumen bzw. Gartenanlagen, die sowohl für die Seele als auch für das Auge gut sind, um das Angebot für ältere Menschen und für die Jugendlichen in unserer Stadt, wofür Silvia Huber zuständig ist oder um den Wirtschaftspark Voralpenland etc., etc.

Kolleginnen und Kollegen! Es gibt weiter viel zu tun in unserer Stadt und vor allem meine ich, dass wir ein bisschen mehr Optimismus zeigen und ein bisschen mehr Gemeinsamkeit nach außen tragen sollten. Das schließt selbstverständlich kritische Anmerkungen nicht aus, aber letztlich sollte im Vordergrund stehen, was unsere Stärke ist. Wir haben in unserer Stadt sehr viele Stärken und wir sollten versuchen, diese weiter auszubauen und damit verbunden weiter voranzukommen.

Vzbgm. Dr. Wieser übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Vzbgm. Wimmer: Es wäre jetzt sehr verlockend, in Form eines ausführlichen Schlusswortes auf die Wortmeldungen insgesamt einzugehen, aber andererseits hat ja zuvor der Herr Bürgermeister eine Art Schlusswort in bewährter Weise gehalten. Das Problem ist nur, dass ich es fast nicht aushielte, würde ich nicht doch da oder dort noch etwas anmerken, allerdings nicht zu den Ausführungen des Herrn Dr. Rabl. Herr Dr. Rabl vertritt in den meisten Budgetfragen diametral entgegengesetzte Standpunkte, die aus meiner Sicht heute nicht mehr zu glätten sind. Sage ich nämlich, 1 und 1 ist 2, dann sagt er: 1 und 1 ist 3. So etwas auf einen gemeinsamen Nenner zusammenzuführen, ist eigentlich nicht möglich. Ich müsste jetzt wiederholen, was ich in meinem Einleitungsstatement darlegte, aber solch eine Wiederholung möchte ich ihnen wirklich ersparen.

Ich danke ebenfalls für die über weite Strecken sehr konstruktive Diskussion.

Und wenn mir Herr Dr. Csar sozusagen am Präsentierteller das Stichwort „Wirtschaftsbund“ lieferte, wäre es wirklich sehr verlockend, dazu etwas zu sagen. Es ist ja nicht so, wie sie das darzustellen versuchten, nämlich dass es sich beim Wirtschaftsbund um eine private Person handle, die halt auch eine Stellungnahme abgab, sondern es handelt sich vielmehr um eine sehr große, sehr mächtige Teilorganisation der ÖVP und ob nun der zur Zeit noch geschäftsführende Obmann des Wirtschaftsbundes dem Gemeinderat angehört oder nicht bzw. ob nur wichtige Mitglieder des Vorstandes des Wirtschaftsbundes hier im Gemeinderat sitzen, das erscheint mir als relativ egal. Ich würde es jedenfalls für legitim halten, darüber zu diskutieren, wenn ihre Partei in Form einer Teilorganisation eine Erinnerung oder einen Einspruch zum Budget vorlegt. Ich werde jetzt aber trotzdem nicht eine solche Diskussion anfangen oder führen. Ich sage nur, dass ich Herrn Josef Resch vom Wirtschaftsbund gemeinsam mit dem Wirtschaftsreferenten vor ein paar Wochen zu einem Gespräch einlud und ich werde das gerne wieder machen, um Differenzen in der Interpretation von Statistiken auszumerzen.

Ich werde mir also jetzt das Thema „Einspruch des Wirtschaftsbundes“ ersparen, aber doch auf ein paar Dinge eingehen, die sie, Herr Dr. Csar, in ihrer ersten Wortmeldung behandelten.

Ich glaube, wir haben aneinander vorbeigeredet. Sie sagten nämlich, dass es unzulässig sei, die Magistratsstädte mit den anderen Bezirksstädten Oberösterreichs zu vergleichen, nur habe ich dies gar nicht erfunden, sondern nur von der Homepage des Landes abgeschrieben. Ich glaube, es ausreichend laut hinzugefügt zu haben, dass ich diese Statistik eben von der Homepage des Landes Oberösterreich abgeschrieben habe. Diese Statistik ist unter dem Stichwort „Gemeindefinanzen“ zu sehen und ist – ich betone es nochmals – keine Erfindung meinerseits. Vielmehr werden vom Amt der Oö. Landesregierung solche Bezirksvergleiche durchgeführt, also von den insgesamt 18 Verwaltungsbezirken Oberösterreichs.

Vielleicht haben sie aber gemeint, dass dieser Vergleich schon deshalb nicht zulässig sei, weil wir eine Bezirksumlage haben, die die Bezirksgemeinden nicht haben. Ich verweise allerdings darauf, Herr Dr. Csar, dass wir bei weitem keinen Ersatz für die Kosten erhalten, die uns aufgrund der Funktion als Bezirksverwaltungsbehörde entstehen. Es können also diese Kosten nur zu unseren Lasten gehen, während bei den anderen Bezirkshauptstädten wie Ried und Freistadt die Kosten der Bezirksverwaltung nicht enthalten sind, da sie ja direkt vom Land Oberösterreich getragen werden.

Zwischenruf GR. LAbg. Dr. Csar: Aber sie haben doch die Bezirksstädte mit Wels verglichen!?

Vzbgm. Wimmer: Ja, das war der zweite Teil!

Zwischenruf GR. LAbg. Dr. Csar: Das geht aber nicht!

Vzbgm. Wimmer: Aha, sie meinten den Städtevergleich, aber ich habe entsprechend der Statistik des Landes die Bezirke miteinander verglichen. Und dieser Vergleich fällt zweifellos zu unseren Ungunsten aus, weil ja bei uns die Bezirksverwaltungskosten enthalten sind, während bei den Bezirken die Kosten für die Bezirksverwaltung nicht aufscheinen, da sie ja, wie gesagt, direkt vom Land getragen werden und nicht von irgendwelchen Bezirksgemeinden. Trotzdem liegen wir aber als Bezirk Wels-Stadt am ersten Platz, das heißt, besser können wir bei diesem Vergleich der Bezirke Oberösterreichs im Ranking gar nicht werden.

Und wieso sollen eigentlich die Bezirkshauptstädte nicht mit der Stadt Wels vergleichbar seien? Wenn sie schon ein Benchmark fordern zwischen oberösterreichischen Städten, dann habe ich dazu gleich einmal den Österreichvergleich gebracht. Ich sagte allerdings ausdrücklich dazu, dass ich sowohl in Bezug auf die Pro-Kopf-Verschuldung als auch hinsichtlich der Personalkosten solche Vergleiche für wenig sinnvoll halte, wenn man nicht jeweils eine bestimmte Dienstleistung ganz genau herausarbeitet und so eine Vergleichbarkeit erzeugt. Der Kollege Markus Wiesinger sagte ja selbst, dass nun dieser Vorschlag auf dem Tisch liegt und man sich deshalb diese Sache einmal ansehen sollte. Ich danke dem Kollegen Wiesinger dafür, dass er sich in Teilbereichen der Mühe unterzog, gewisse Darlegungen zu bringen.

Beim Vergleich, den ich speziell mit der Stadt Innsbruck anstellte, habe ich nicht einfach Äpfel mit Birnen verglichen, sondern ganz klar herausgearbeitet, wo denn die Unterschiede bei Erbringung verschiedener Dienstleistungen liegen. Und es stellte auch hier keine Erfindung meinerseits dar, dass eben in Innsbruck sehr viel an Leistungen von irgendwelchen Gesellschaften der Stadt Innsbruck erbracht wird, nicht direkt von der Stadt selbst, womit eben sehr viel an diverse GesmbH's ausgelagert ist, etwa die Personal- und Investitionskosten, somit auch die jeweiligen Schuldenstände. Das ist halt einfach Faktum und eigentlich habe ich in Zusammenhang mit diesem Benchmark den Kollegen Lehner im Lenkungsausschuss so verstanden, dass man die Städte überhaupt einmal vergleichbar machen muss, weil sonst würde man ja wirklich Äpfel mit Birnen vergleichen.

Ich habe also am Beispiel der Stadt Innsbruck lediglich versucht darzulegen, dass das Ziehen von Vergleichen in vielen Fällen nur sehr schwer möglich ist, nehme aber zur Kenntnis, dass ich mich offenbar sehr missverständlich ausgedrückt habe bzw. dass es anscheinend nicht so recht rübergekommen ist. Ich werde mich beim nächsten Mal darum bemühen, die Sache besser zu machen. Vielleicht machen wir es gemeinsam, damit es ja zu keinen Missverständnissen mehr kommt.

Jedenfalls möchte ich festhalten, dass ich solch einen Vergleich mit anderen Städten überhaupt nicht scheue und ich habe dem Vorschlag des Kollegen Lehner zugestimmt, solch einen Städtevergleich gemeinsam vorzubereiten bzw. durchzuführen.

Von einigen Diskussionsteilnehmern wurde der Beschluss des Gemeinderates vom 1. Juli vorigen Jahres angesprochen, womit wir uns über die Notwendigkeit von Einsparungsmaßnahmen einig waren und worin wir Ziele für 2011 und 2012 festlegten. Dieser Beschluss wurde vom Gemeinderat einstimmig gefasst und wie sie wissen, stammt diese Vorlage von mir selbst. Nun wird so quasi unterstellt, wie ich es verstanden habe, dass ein einstimmiger Beschluss des Gemeinderates, den ich selbst formulierte, nicht auf Punkt und Beistrich erfüllt werde. Ich sehe das nicht so!

Ich gestehe allerdings eines zu und vielleicht war das ein Formulierungsfehler meinerseits. Ich habe schon versucht, das in einem Gespräch dem Herrn Dr. Rabl zu erklären und ich unternehme jetzt diesen Versuch ein zweites Mal. Wie ich schon sagte, stehe ich nicht an, eigene Fehler einzugestehen.

Wenn also von Einsparungszielen in dieser Vorlage geschrieben stand, setzte ich voraus, ohne es definitiv hineingeschrieben zu haben, dass jeweils von valorisierten Ziffern ausgegangen wird. Würde man die Sache mit der Valorisierung nicht voraussetzen, wäre es ja womöglich so, dass man nach zehn Jahren auf einen Einsparungspotenzial kommt, das bei null Prozent liegt, weil nichts mehr da ist. Also, das kann ja in Zusammenhang mit diesem Gemeinderatsbeschluss wirklich nicht gemeint gewesen sein.

Und offenbar wurde mir in diesem Zusammenhang auch nicht genau zugehört. Ich sagte nämlich einleitend, dass wir im Jahr 2011 ausgabenseitig 8 Mio. Euro einsparten. Wahrscheinlich kann ich das noch zwanzig Mal wiederholen, ohne dass dies zur Kenntnis genommen wird, aber jedenfalls unternehme ich trotzdem noch einmal diesen Versuch. Ich stelle fest, dass wir im Jahr 2011 in Hinblick auf die Ausgleichsfindung beim ordentlichen Haushalt einen Ansatz von 6,84 Mio enthalten hatten. Nun stellt sich aber aufgrund der vorläufigen Ziffern für das Jahr 2011 die Situation so dar – Genaueres werden sie innerhalb der nächsten Monate bei Behandlung des Rechnungsabschlusses selbst feststellen können – dass der Ausgleich im ordentlichen Haushalt ohne diese Darlehensaufnahme geschafft wurde. Ganz im Gegenteil – auch das habe ich in meinem ersten Statement gesagt – rechnen wir sogar mit einem Überschuss im ordentlichen Haushalt 2011 in Höhe von rund 1 Mio. Euro. Das bedeutet also, dass wir im Jahr 2011 bei einer Reduktion des Volumens im ordentlichen Haushalt im Bereich von rund 8 Mio. Euro liegen, und das ist mehr als die im Beschluss geforderten 2,5 Prozent, wobei wir da noch nicht einmal von einer Valorisierung reden. Das heißt im Endeffekt, dass dieser Beschluss von mir als Finanzreferent sehr ernst genommen wurde, wobei ja beispielsweise im Zuge der Debatte vom freiheitlichen Gemeinderat Wiesinger darauf hingewiesen wurde, dass solch ein Budget einem sehr dynamischen Prozess unterliegt, ansonsten wir ja keine Nachtragsvoranschläge beschließen müssten. Und mein Ziel als Finanzreferent lag in der Vergangenheit immer darin, bei Vorliegen des jeweiligen Rechnungsabschlusses auch bei Ausweitung des Gesamtvolumens – die Ausweitung sagt ja noch nichts über die Erzielung von Einsparungen aus – dort und da eine Reduzierung von Ausgaben erreichen zu können. Das ist also in den Vorjahren gelungen und ich gehe davon aus, dass uns das auch heuer gelingen wird.

Also, wenn mehr getan wurde, als nötig gewesen wäre, um diesen Beschluss vom 1. Juli 2010 zu erfüllen, dann kann man das jetzt nicht einfach in Frage stellen. Es war demnach sogar mehr, als mit diesem Beschluss vorgegeben, wie ich ihnen jetzt darlegte.

Herr Dr. Wieser hat irgendwo darüber gejammert, dass manches nicht gemacht wird. Es ist schon recht, Zusätzliches zu fordern, etwa den Bau eines weiteren Steges über die Traun oder die Aufnahme von mehr Personal für die Ordnungswache, aber wenn man gleichzeitig fordert, die Personalkosten zu reduzieren oder insgesamt die Ausgaben, dann wird das aus meiner Sicht arithmetisch doch nicht so gut funktionieren. Ich würde darum bitten, das in Zukunft doch etwas anders zu sehen.

Wir haben ja hier im Gemeinderat – ich hoffe, liebe Anni Eisenrauch, dass ich das richtig wiedergebe – das Spiel der freien Kräfte, das heißt, man weiß eigentlich nie ganz genau, wie Abstimmungen ausgehen. Die Planung von finanztechnischen Angelegenheiten ist daher eine sehr schwierige geworden, aber die Mehrheit, die sich letztlich für solche Beschlüsse findet – das richtet sich klarerweise auch an die eigene Fraktion – sollte sich schon überlegen, mit welchen Ausgaben diverse Beschlüsse verbunden sind. Und werden zusätzliche Ausgaben beschlossen, entspräche es einem Gebot der Fairness, zu sagen, woher das Geld kommen soll. Hier einfach zu sagen und zu beschließen, dass dies und jenes gut wäre oder dies und jenes gebaut wird, ohne gleichzeitig zu sagen, woher das Geld kommen soll – darum hätte sich dann wohl der Finanzreferent zu kümmern – das ist meines Erachtens nicht ganz der richtige Weg. Kümmert sich aber der Finanzreferent darum, ist es auch wieder nicht recht, weil der darf ja keine Schulden machen und außerdem darf er nicht in die einzelnen Referate eingreifen. Würde es nach jedem Einzelnen hier gehen, würden wohl die Ausgaben und die Schulden explodieren. Dazu wird es aber ohnehin nicht kommen, denn meine Verantwortung als Finanzreferent nehme ich sowieso wahr, und zwar nicht immer zur Freude all meiner Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat.

Alles in allem glaube ich – da schließe ich mich den Ausführungen der meisten Debattenredner an – dass es in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit gelungen ist, nicht nur ausgeglichenes, sondern auch ein gutes Budget zu erstellen, auch wenn noch so viel herumdiskutiert wird. Ich stelle fest, dass wir für die Bedeckung des ordentlichen Haushalts keinen einzigen Euro an Darlehen benötigen. Sehr wohl brauchen wir für die Deckung des außerordentlichen Haushalts diese Darlehensaufnahmen, und zwar für wichtige Investitionen in die Bildung, in die Zukunft unserer Jugend. Das betrifft zumindest den Hauptteil des außerordentlichen Haushalts. Und wenn diese Investitionen beschlossen werden, dann muss man die Konsequenz mittragen, dass hiermit der Schuldenstand der Stadt Wels ansteigt. Herr Kollege Rabl, von dieser Verantwortung werden sie auch nächstes Jahr nicht entbunden. Wenn ich nämlich heute Investitionen beschließe, dann habe ich klarerweise die Folgekosten mitbeschlossen. Um nichts gibt es halt nichts; das ist ein eisernes Gesetz in der Finanzwirtschaft. Daher bitte ich schon jetzt um Verständnis dafür, dass wir im nächsten Haushaltsjahr, also im Jahr 2013, keinen dramatischen Rückgang bei den Ausgaben zur verzeichnen haben werden. Wir werden uns zwar im Rahmen des Beschlusses vom 1. Juli 2010 bewegen, aber dass die Valorisierung dazuzuzählen ist, das habe ich eigentlich bei Beschlussfassung als bekannt vorausgesetzt. Ansonsten wäre das eine nicht vollziehbare Angelegenheit. Es wird ja wohl keiner gemeint haben, dass wir nach zehn Jahren so weit herunter sind, dass wir eigentlich gar kein Budget mehr haben.

Also nochmals vielen Dank für die ausführliche Diskussion von Seite aller Fraktionen. Ich danke natürlich in erster Linie meiner Fraktion, die sehr sachlich mitdiskutierte. Dann danke ich den GRÜNEN sowie der ÖVP-Fraktion für die signalisierte Zustimmung zumindest bei den Darlehensaufnahmen. Und so ersuche ich jetzt den Herrn Bürgermeister, über diese drei Budgetpunkte abstimmen zu lassen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

5.)

Mittelfristige Finanzplanung 2012 – 2015;
Beschlussfassung
FD-Fin-50-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.11.2011:

Die als Anlage 10 beigefügte „Mittelfristige Finanzplanung“, bestehend aus dem Voranschlag 2012 und den Planjahren 2013 bis 2015, wird beschlossen.

Der Antrag wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

6.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2012;
Darlehensaufnahmen
FD-Fin-901-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.11.2011:

Die Aufnahme von Darlehen für im a.o. Haushalt des Voranschlages 2012 mit Darlehen bedeckte Investitionsausgaben bis zur Höhe von € 10,836.600,-- wird genehmigt. Dieser Betrag erhöht sich in dem Ausmaß, in dem im VA 2012 budgetierte Bundes- und Landesförderungen nicht gewährt und neue mit Darlehen bedeckte Vorhaben des a.o. Haushaltes im Nachtragsvoranschlag 2012 beschlossen werden.

Der Finanzreferent wird ermächtigt, nach Angebotseinholung bei den verschiedensten Instituten das jeweilige Darlehen an den jeweilig wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben. Die tatsächliche Darlehensaufnahme erfolgt entsprechend dem notwendigen Finanzbedarf für die Ausgaben des a.o. Haushaltes in Abstimmung mit der Kassenliquidität. Zur Zwischenfinanzierung von Ausgaben des a.o. Haushaltes wird die Aufnahme von Barvorlagen genehmigt.

Der Antrag wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

7.)

FH OÖ Immobilien GmbH, Wels, Franz-Fritsch-Straße 11;
Verkauf von stadteigenen Anteilen an der Liegenschaft Wels, Stelzhamerstraße 16
DI-LV-29-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.11.2011:

An die FH OÖ Immobilien GmbH, Wels, Franz-Fritsch-Straße 11, werden die im Eigentum der Stadt Wels stehenden 361/10.000-stel Anteile, B-LNR 3 (Wohnungseigentum an W 8) und die 311/10.000-stel Anteile, B-LNR 4 (Wohnungseigentum an W 9) an der Liegenschaft Wels, Stelzhamerstraße 16 (vormalige Stadtbücherei), jeweils Einlagezahl 319, KG. Wels, unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

Der Kaufpreis beträgt € 195.000,--

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten der Käuferin.

Einstimmig angenommen.

8.)

Gemeinn. Welser Heimstättengenossenschaft Gen.m.b.H., Wels, Laahener Str. 21 a;
Verkauf von stadteigenen Grundstücksanteilen im Bereich
des vormaligen SPAR-Marktes Noitzmühle (Föhrenstraße 17)
DI-LV-42-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.11.2011:

An die Gemeinn. Welser Heimstättengenossenschaft eingetr. GenmbH, Wels, Laahener Straße 21 a, werden die stadteigenen grundbücherlich eingetragenen Eigentumsanteile B-LNr. 6 (5.643/10.000stel Anteile) und 7 (1.012/10.000stel Anteile) an der Liegenschaft EZ. 2233, KG. Lichtenegg, mit den damit verbundenen Eigentumsanteilen am vormali-

gen SPAR-Markt sowie angrenzenden Restaurant an der Liegenschaftsadresse Föhrenstraße 17 unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Der Kaufpreis für die Liegenschaftsanteile 6 und 7 beträgt € 420.000,--
2. Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, die Vermessungskosten und die Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten der Käuferin.
3. Besitzübergabe- und Übernahmestichtag ist der Tag der allseitigen Vertragsunterfertigung. Die Käuferin tritt in sämtliche Rechte und Pflichten der Verkäuferin ein, insbesondere in Verträge und Vereinbarungen, die im Rahmen der Liegenschaftsverwaltung abgeschlossen wurden.
4. Die Zahlung des Kaufpreises erfolgt mit Übergabe eines von der Stadt Wels unterfertigten Rangordnungsbeschlusses.
5. Das Rechtsgeschäft ist aufschiebend bedingt bis zum Vorliegen einer rechtskräftig erteilten Baubewilligung für ein Alten- und Pflegeheim bis spätestens 30.06.2015.

GR. Josseck-Herdt: Die Stadt verkauft also den Grund, auf dem der frühere SPAR-Markt gestanden ist, an die Welser Heimstätte. Die Welser Heimstätte soll dort ein Alten- und Pflegeheim errichten. Von 72 Pflegebetten ist die Rede und von 8 „betreubaren Wohnungen“. Die Investitionssumme dürfte 8 bis 9 Mio. Euro ausmachen. So weit, so gut.

Es gibt aber auch das Reformpapier 2010, das heute bereits mehrmals erwähnt wurde. Es ist das immerhin ein Papier, das vom obersten Beamten der Stadt zusammen mit den Abteilungsleitern erstellt wurde und in diesem Papier wurden viele mögliche Einsparungspotentiale aufgezeigt. Und im Kapitel „Soziales“ ist unter „Alten- und Pflegeheime“ zu lesen: „Wels liegt mit den angebotenen Pflegesätzen weit über dem BEP“. Der volle Wortlaut von BEP ist Bedarfsermittlungsplan, der vom Land Oberösterreich herausgegeben wird. Das Ganze wird dann auch noch mit Berechnungen bzw. mit Zahlen belegt – alles sehr plausibel und einleuchtend – wobei dann am Schluss noch ein wichtiger Satz steht. Es heißt hier dezidiert: „Die Errichtung eines neuen Alten- und Pflegeheimes ist daher auf die tatsächliche Notwendigkeit in Hinblick auf den BEP zu überprüfen.“

Das ist für mich ein ganz wichtiger Satz und daran schließt sich jetzt meine Frage, ob die Notwendigkeit dieses Baus überprüft wurde – das nehme ich wohl an – und wenn ja, stellt sich die Frage, wie man zur Erkenntnis kam, dass trotz dieses vorhin zitierten Hinweises sehr wohl die Notwendigkeit zum Bau gegeben erscheint. Du wirst sicher die Zahlen bei der Hand haben, liebe Frau Stadträtin Huber und wirst aufgrund dieser Zahlen dem Gemeinderat berichten. Persönlich muss ich sagen, dass ich keine Erklärung fand, warum dieses Pflegeheim in der Noitzmühle tatsächlich gebaut werden sollte. Verstehe mich bitte nicht falsch. Ich bin nicht persönlich gegen ein neues Alten- und Pflegeheim, aber es müsste jedenfalls verhindert werden, dass man womöglich seitens des Landes sagt: Ihr leistet euch ein zusätzliches Heim und dafür könnt ihr auch die Kosten alleine tragen.

Dieses Alten- und Pflegeheim stellt ja auch das Zentrum des neuen Stadtentwicklungskonzeptes Noitzmühle dar. Rund herum sollen viele Institutionen errichtet bzw. angesiedelt werden, unter anderem Geschäfte für Nahversorger, wie wir sie eigentlich schon hatten. Wir hatten das „EK Wels“ – so hat dieses Einkaufszentrum hochtrabend geheißen – das einen SPAR-Markt, einen Friseur, eine Putzerei, eine Trafik, einen Bäcker, ein Fotogeschäft, ein Beisl und sogar eine Sparkassen-Filiale umfasste. Vor allem wäre auch noch die Apotheke zu nennen. Geblieben ist uns Gott sei Dank die Apotheke, deren Absiedlung schon im Raum gestanden ist. Gehalten haben sich weiters die Trafik und das Beisl, das langsam, aber sicher zu einer Spelunke verkommt. Dazugekommen sind allerdings zwei Wettbüros.

Nach dem Abwandern des SPAR-Marktes ist dieses Areal regelrecht verlottert; das kann man wirklich sagen. Und das subjektive Sicherheitsgefühl ist sozusagen in den Keller gerasselt, speziell in den Wintermonaten, wenn es schon sehr bald finster wird und man beispielsweise einen Volkshochschulkurs besucht. Deshalb freut es mich umso mehr, dass im Stadtentwicklungskonzept für die Noitzmühle auch ein Stützpunkt für die Ordnungswache eingeplant ist; so steht es dezidiert in den Unterlagen. Diese Einrichtung und die Verbesserung der Beleuchtung von Straßen und Wegen wird das Sicherheitsgefühl enorm steigern; davon bin ich überzeugt. Dass die Sicherheit in diesem Stadtteil oberste Priorität hat

Bgm. Dr. Koits: Bitte zur Sache, Frau Kollegin!

GR. Josseck-Herd: Das gehört ebenfalls dazu! Das ramponierte Sicherheitsgefühl stellt eine Tatsache dar, was sich bei einer Befragung der Bevölkerung herausstellte.

Um aus der Noitzmühle ein attraktives und vor allem beliebtes Wohngebiet zu machen, dafür braucht es natürlich mehr, viel mehr als beispielsweise das Aufstellen von Liegen und Sandkästen. Zum Führen dieser Diskussion werden wir in Zukunft bestimmt noch sehr viel Gelegenheit haben.

Bgm. Dr. Koits: Herzlichen Dank dafür, dass sie mit mir darin übereinstimmen, dass wir darüber noch viel reden müssen.

StR. Huber: Zu deiner Anfrage kurz Folgendes. In Hinblick auf das Reformpapier des Herrn Magistratsdirektor wurde die Zahl der Betten zusammengezählt, auch die „auswärtigen Betten“, aber am wichtigsten bei der ganzen Sache ist wohl, dass die Situation im alten Spitzer-Heim nicht mehr der Alten- und Pflegeheimverordnung entspricht und wir für dieses Heim eine Ausnahmegenehmigung haben. Und wenn es jetzt um das geplante Alten- und Pflegeheim in der Noitzmühle geht, dann handelt es sich hierbei nicht um ein zusätzliches Haus, sondern um einen Ersatzbau.

Ich erinnere an dieser Stelle an den „großen“ Gemeinderatsbeschluss vom Juni 2009, womit wir Meilensteine in der Betreuung der Senioren in unserer Stadt festgelegt haben. Dort steht ganz genau drinnen, dass wir für das Spitzer-Heim zwei Ersatzbauten benötigen, und zwar mit je 72 Betten, wobei wir zur Zeit im Spitzer-Heim 153 Bewohnerinnen und Bewohner untergebracht haben.

Persönlich habe ich die Zahlen in diesem Reformpapier etwas kritisiert, weil sie nicht ganz stimmen bzw. gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob nun die Betten, die uns in der Diakonie und bei der Bruderliebe zur Verfügung stehen, zur Gänze dazu-

zurechnen sind oder nicht, nachdem wir dort über Zuweisungsrechte verfügen. Die Diakonie und die Bruderliebe dürfen eine gewisse Anzahl von Betten selbst vergeben, wobei diese Vergabe auch an Auswärtige erfolgen kann. Da gibt es also gewisse Auffassungsunterschiede. Jedenfalls geht es darum, dass wir zwar derzeit genug Betten haben, allerdings nicht überall von Normpflegeplätzen gesprochen werden kann. Darum geht es bzw. wollen wir das mit dem neuen Heim ändern.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf noch einen Satz hinzufügen. Bei den Ausführungen des Herrn Magistratsdirektor geht es schließlich nur darum, ob wir ein zweites Haus mit 72 Betten brauchen. Diese Frage war letztlich unbestritten. Und dann ging es eigentlich nur mehr darum, ob wir im Bereich des Spitzer-Heimes nochmals 70 Betten brauchen. Es erscheint eigentlich nur legitim, all diese Dinge zu hinterfragen.

Vzbgm. Wimmer: Es freut mich, liebe Frau Josseck-Herdt, dass sie bei der Frage dieses Grundstücksverkaufes nun auch mich darüber aufklärten, worum es eigentlich in Zusammenhang mit dem Stadtteilentwicklungskonzept Noitzmühle geht. An sich ist das bei diesem Tagesordnungspunkt schwer zu erklären, aber ich bin jedenfalls froh darüber, dass wir eine Käuferin für dieses Grundstück haben, die einen anständigen Preis dafür zahlt. Und so bitte ich um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Franz Ecker, 4652 Steinerkirchen, Atzing 13;
Verkauf der stadteigenen Wohnung im Objekt Wels, Billrothstraße 111 (W 3 A/1)
DI-LV-52-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.11.2011:

An Herrn Franz Ecker, 4652 Steinerkirchen, Atzing 13, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 1 im Hause Wels, Billrothstraße 111, unter nächstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung 1 beträgt€ 70.900,--

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

- a) Ein Barbetrag in Höhe von € 65.513,23
- b) Übernahme des aushaftenden Darlehensbetrages wie folgt:
Darlehen Wohnbauförderung per 01.11.2011 €...5.386,77

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten des Käufers.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Fußgänger- und Radfahrerübergang über die Traun im Bereich der Wehr
DI-Verf-336-2011

StR. Kroiß: Beim Bereich an der Traun handelt es sich um ein beliebtes Naherholungsgebiet für viele Freizeitsportler bzw. ist das ein beliebtes Ausflugsziel nicht nur für die Welser. Und wir haben uns meines Wissens nach im Jahr 1998 in einer breiteren Diskussion damit befasst, wie man von Wels aus an das südliche Ufer gelangen kann. Und es ergab sich in Zusammenhang mit dem Bau der Autobahnbrücke über die Traun die Möglichkeit, auch einen Geh- und Radweg zu installieren.

Nun soll das Kraftwerk Traunleiten um ca. 40 Mio. Euro saniert werden. Der Baubeginn soll im Jahr 2014 liegen. Und ich glaube, wir sollten diese Gelegenheit nutzen, zusammen mit der Sanierung des Kraftwerkes Planungen dahingehend anzustellen, ob und wo im Bereich der Wehr eine solche Brücke möglich wäre bzw. welche Kosten dafür gegeben erschienen.

GR. Pernkopf: Der Antrag ist meiner Meinung nach sehr knapp begründet. Aus meiner Sicht stellen sich dazu noch viele Fragen. Zuerst sollte grundsätzlich die Notwendigkeit solch einer Brücke geprüft werden. Brauchen wir also in Hinblick auf diverse Freizeitaktivitäten solch ein Projekt? Es ist alles auch eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Wir hörten anlässlich der heutigen Budgetdebatte schon sehr viel über das Geld, das wir ausgeben oder das wir einsparen sollten und so meine ich, dass auch hier eine besondere Prüfung der Notwendigkeit angebracht erscheint.

Die elementare Frage ist wohl jene, wer dieses Projekt finanzieren soll. Gibt es schon Vorplanungen?

Sehr wichtig für uns als ÖVP ist, wie sich die Wels Strom GmbH dazu stellt.

In welchem Umfang hätte die Stadt Wels, hätten die Welserinnen und Welser ihren Beitrag zu leisten?

Es ist sicher nicht schwer, die Forderung nach Errichtung solch eines Fußgänger- und Radfahrüberganges aufzustellen, aber mit der Umsetzung wird es vermutlich schon schwieriger werden. Da stellt sich etwa die Frage der Sicherheit in puncto Hochwasserlagen und die Frage nach dem Wegenetzanschluss. In Bezug auf diese Überlegungen ist noch viel Arbeit und Diskussion offen.

Ich glaube, hier sind die zuständigen Referenten und vor allem die Betreiber des Kraftwerkes Traunleiten voll einzubinden. Gemeinsam wird nach einer Machbarkeit zu suchen sein. Im Grunde steht aber die ÖVP Wels dem Projekt positiv gegenüber.

GR. Zaunmüller: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Zaunmüller auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 11) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf anmerken, dass es sich beim zuständigen Ausschuss in diesem Fall wohl um den Verkehrsausschuss handeln wird, wobei dieser, falls es notwendig erscheint, mit anderen Ausschüssen zusammenarbeiten kann.

Ich danke für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

11.)

Tourismusverband Wels;
Gewährung eines Zuschusses für projektbezogene Maßnahmen
(Werbekooperationsprojekt);
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
BZ-Pol-90005-2011

Der Antrag lautet:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für die Jahre 2011 und 2012 eine Förderung in Höhe von jeweils € 60.000,- als weiterer Zuschuss für das Welios (Werbekooperationsprojekte „Welser Weihnachtspackerl“ und „Welser Frühsommerpackerl“) zu Lasten der VASSt. 1.7710.757300.4.

Die Auszahlung für das Jahr 2011 erfolgt nach Beschlussfassung. Die Auszahlung für das Jahr 2012 erfolgt zum Zeitpunkt der Umsetzung der zweiten Werbekampagne.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel für das Projekt „Welser Weihnachtspackerl“ ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2011 bis spätestens 01.05.2012 zu erbringen.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel für das Projekt „Welser Frühsommerpackerl“ ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2012 bis spätestens 01.05.2013 zu erbringen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Bei diesem Antrag geht es um die Zustimmung zum Aufwand für das Weihnachtspackerl, wofür immerhin 60.000 Euro aufgewendet werden sollen. Und in weiterer Folge ist bereits ein Frühsommerpackerl geplant, in dem das Welios wieder zusammen mit anderen Angeboten verpackt werden soll. Aus unserer Sicht wäre es vor einer Zustimmung zu diesem Frühsommerpackerl notwendig, einmal zu evaluieren, was eigentlich dieses Weihnachtspackerl brachte. Wie viele derartige Packerl wurden abgesetzt und kam es damit verbunden zu einer Zunahme der Besucherzahlen beim Welios? 60.000 Euro sind doch kein Pappenstiel und wir haben jetzt stundenlang eine Budgetdiskussion erlebt, bei welcher immer wieder von Sparsamkeit die Rede war.

Wir denken also, dass es notwendig wäre, erst einmal zu schauen, was denn dieser Einsatz von 60.000 Euro für das Weihnachtspackerl brachte, bevor wir weitere 60.000 Euro für ein Frühsommerpackerl beschließen.

StR. Lehner: Ich danke für diesen Kommentar. Selbstverständlich werden wir im Tourismusverband evaluieren, ob wir mit dieser Kombination erfolgreich sind. Wir sind jetzt mit diesem Weihnachtspackerl einen neuen Weg gegangen und wir werden uns ansehen, wie erfolgreich dieser Weg mit seiner Kombination verschiedener Angebote war.

Richtig ist aber auch, dass wir im Sommer definitiv wieder einen gemeinsame Werbeaktion starten wollen, welche gewisse touristische Angebote aus der Region mit dem Welser Innenstadthandel verknüpft. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Welser Weihnachtspackerl werden wir natürlich an den entsprechenden Schrauben drehen und das Welios neuerlich bewerben.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu Punkt 11. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 324/A.4.1 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6017-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 28.11.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 324/A.4.1 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend
Aufstockung der Ordnungswache:

StR. Kroiß: Das Thema „Sicherheit“ ist und war immer ein Thema der Welser Freiheitlichen. Neben der Forderung nach mehr Polizei in unserer Stadt war es immer eine zentrale Forderung unsererseits, die Ordnungswache personell aufzustocken. Wir glauben nämlich, dass die Ordnungswache eine wertvolle Funktion in puncto Ruhe, Ordnung und Sauberkeit, aber auch der Sicherheit in unserer Stadt ausübt.

Wir haben diesbezüglich schon einen Aufstockungsantrag im Jahr 2011 gestellt, der dann aber zur weiteren Beratung an den Präsidial- und Integrationsausschuss verwiesen wurde, und zwar mit der Begründung, dass vor einer Aufstockung zuerst einmal die bisherige Tätigkeit der Ordnungswache einer Evaluierung unterzogen werden sollte. Dieser Evaluierungsbericht liegt nunmehr vor und man sieht daraus, dass rund 30 Prozent der Amtshandlungen den Bereich „Ruhe, Ordnung, Sauberkeit“ betrafen, das heißt, die Ordnungswache ist aus diesem Bereich gar nicht mehr wegzudenken. Und auf der anderen Seite gibt es den Wunsch oder die Bitte der Welser Bevölkerung nach einer vermehrten Präsenz auch seitens der Ordnungswache speziell in den Stadtteilen weiter draußen.

Und in diesem Evaluierungsbericht wurde festgehalten, dass der jetzige Personalstand von 8 Personen – 7 Männer und 1 Frau – die unterste Personalausstattung der Ordnungswache darstellt, weil in Zusammenhang mit Urlaubsabwicklungen, Krankständen oder Ausbildungsmaßnahmen immer wieder zu wenig Leute im Dienst sind bzw. kann die Präsenz nicht in vollem Umfang aufrecht erhalten werden.

Wenn wir also diesen Slogan der Ordnungswache, der auch im Evaluierungsbericht immer wieder vorkommt, nämlich „je mehr Bürgerservice, desto besser“, weiter aufrecht erhalten wollen, insbesondere auch die Qualität der Ordnungswache, dann wird es unserer Meinung nach notwendig sein, eine Aufstockung bei der Ordnungswache auf 11 Personen durchzuführen. Man sollte dabei auf alle Fälle versuchen, diese Nachbesetzung intern zu bewerkstelligen.

GR. Mag. Mayerhofer: Wenig überraschend wird es sein, wenn ich erkläre, dass die GRÜNE-Fraktion der personellen Aufstockung der Ordnungswache nicht zustimmen wird.

Es ist ja bekannt, dass der Herr Bürgermeister im Oktober bei der Frau Innenministerin war und diese zusagte, dass doch wieder mehr Polizeibeamte nach Wels kommen. Das bedeutet für uns GRÜNE, dass die Polizei verstärkt im Bereich der Innenstadt präsent sein kann, was eine Entlastung für die Ordnungswache darstellt. Daher vertreten wir die Auffassung, dass eine personelle Aufstockung der Ordnungswache nicht notwendig ist.

Darüber hinaus meinen wir, dass die Stadt Wels keine Aufgaben des Bundes übernehmen sollte, denn es gibt ja weder eine finanzielle Unterstützung durch den Bund, das Land oder durch die Wohnbaugenossenschaften, so wie das ursprünglich bei Installation der Ordnungswache angedacht wurde.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir haben ja kürzlich im Präsidial- und Integrationsausschuss über dieses Thema diskutiert bzw. haben wir uns mit diesem Evaluierungsbericht auseinandergesetzt.

Meiner Ansicht nach ist aber die Frage der Aufstockung der Ordnungswache das verkehrte Thema. Die Kollegin von den GRÜNEN hat schon darauf hingewiesen, dass der Herr Bürgermeister bei der Frau Innenministerin war, die für heuer und für nächstes Jahr eine, wie ich sagen würde, wesentliche Aufstockung der Polizeikräfte zusagte.

Ich möchte noch festhalten, dass die Unterschriftenaktion, welche die SPÖ im September startete – wir haben diese auch hier im Gemeinderat vorgestellt – ihre Wirkung zeigte. Ich wohne in der Noitzmühle und kann ihnen sagen, dass nun die Polizei mehr Präsenz zeigt. Die Zusage der Frau Ministerin dahingehend, dass die Polizei mehr aus den Büros herauskommen wird, kam tatsächlich zur Umsetzung.

Wenn ich mir nun den von Herrn Stadtrat Kroiß angesprochenen Evaluierungsbericht anschau, der vom Bürgercenter-Leiter Löschenkohl in hervorragender Art und Weise erstellt wurde, wird deutlich, dass ein großer Anteil der Geschäftsfelder der Ordnungswache, wenn ich das so bezeichnen darf, im Bereich der Straßenverkehrsordnung liegt. Aber wenn wir weiterhin Dinge übernehmen, für die es andere Zuständigkeiten gibt, brauchen wir über ein Budget für unsere Stadt gar nicht mehr diskutieren. Für übergeordnete Stellen ist es doch ein Leichtes, alles an andere weiterzuschieben.

Somit möchte ich daran appellieren, nicht heute schon, wo wir gerade erst eine Budgetdiskussion mit gewissen Auseinandersetzungen hatten – letztlich kam es aber doch zur Beschlussfassung des Budgets – etwas zu beschließen, das gleich wieder negative finanzielle Auswirkungen hat. Speziell von der FPÖ wurde ja mehr Wille zum Sparen eingefordert.

Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion werden diese Aufstockung ablehnen. Und wir sind dafür, dass die Polizei noch weiter verstärkt diverse Aufgaben übernimmt bzw. wahrnimmt.

GR. Pernkopf: Auch wenn wir jetzt diesen Antrag sozusagen schon zur späten Stunde behandeln, muss ich doch noch ein paar Worte darüber verlieren.

Ich glaube, dass ein sehr gutes Paket geschnürt wurde. Herr Stadtrat Lehner war zusammen mit dem Herrn Bürgermeister und in Begleitung des Sicherheitsdirektors und des Landespolizeikommandanten bei der Frau Innenministerin. Diese Runde darf man somit als sehr hochkarätig bezeichnen und wie ich weiß, kam ein sehr gutes Ergebnis heraus.

Ich darf noch hinzufügen, dass wir uns als Interessensvertreter im Zentralausschuss und im Fachausschuss besonders darum bemühen, nach Wels jenes Personal zu bringen, das hier gebraucht wird. Und ich darf weiters darüber berichten, dass wir planstellenmäßig über dem festgelegten Level liegen und wir schauen, dass Kräfte, die sich in Karenz befinden, ersetzt werden. Wir schauen, dass wir aus einem Pool – ich finde, das ist irgendwie ein unschönes Wort in diesem Zusammenhang – junge Kräfte nach Wels bringen, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken.

Zu den GRÜNEN kann ich nur sagen, dass diese die Situation verkennen. Die Polizei übt Exekutivdienst-Tätigkeiten aus und die Ordnungswache hat kommunale Aufgaben, womit sie die Stadtverwaltung unterstützt. Das darf man nicht vermischen und darauf lege ich besonders Wert.

StR. Lehner: Lieber Herr Gemeinderat Reindl-Schwaighofer! Ich glaube, es wurde nicht unterschieden, ob wir mehr Sicherheit in die Noitzmühle oder überhaupt in die Stadt bringen wollen, sondern es fand vielmehr ein sehr konstruktives Gespräch mit der Frau Innenministerin statt, so wie das der Kollege Pernkopf bereits zum Ausdruck brachte. Es wurde an einen gemeinsamen Tisch gefunden und es gab Lösungen. Eines dieser Ergebnisse bezog sich auf eine verstärkte Präsenz der Polizei in Wels, die eben ihre Aufgaben entsprechend wahrnimmt. Aber andererseits haben wir gemeinsam beschlossen, dass wir die Ordnungswache in den Stadtteilen mehr zum Einsatz bringen wollen.

Und wenn ich jetzt bei der Ordnungswache bin, ist es natürlich so, dass mit einer verstärkten Präsenz in den Stadtteilen eine höhere Zahl an Einsatzstunden verbunden ist. Wir bekennen uns dazu, dass im Rahmen der Evaluierung zu einer richtigen Erkenntnis gefunden wurde, nämlich dass sich die ideale Zahl der Mitglieder der Ordnungswache im Bereich von 11 Personen bewegt und so werden wir dieser Personenzahl für die Zukunft die Zustimmung geben.

Bgm. Dr. Koits: Es wird sowohl das eine als auch das andere seine Wirkung erzeugt haben.

Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor und wir kommen somit zur Abstimmung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) betreffend Aufstockung der Ordnungswache wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 15 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Kirchmayr ist bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Dringlichkeitsantrag aller Gemeinderatsfraktionen, betreffend „WELIOS Betriebs-GmbH – Anteilsübernahme sowie Förderung bzw. Gesellschafterzuschuss“:

Bgm. Dr. Koits: Es wäre mir dem Grund nach lieber, müsste ich heute nicht diesen Dringlichkeitsantrag vorlegen, denn das wäre gleichbedeutend damit, dass das Welios alles erfüllte, was wir uns von Beginn an von ihm erhofften. Ich sage ganz bewusst, dass ich nach wie vor dieses Science-Center als Leuchtturm in unserer Bildungslandschaft und in unserer Forschungslandschaft sehe. Persönlich stehe ich 100-prozentig zu dieser Einrichtung.

Das Welios wurde mit großer Akribie von den daran Beteiligten – ich meine das Land Oberösterreich, die Stadt Wels und zwei namhafte Geldinstitute – in der Planungs- und Bauphase bearbeitet und am Betrieb beteiligte sich ein Unternehmen, das im Ausland mehrfach einen sehr guten Erfolg mit dem Betrieb derartiger Einrichtungen erzielte, das also über sehr viel Kompetenz und Erfahrung verfügt.

Das Welios wurde unter genauer Beachtung des finanziellen Rahmens gebaut und es wurde von jenem Unternehmen ein Businessplan erstellt, den wir für den Betrieb dieser Einrichtung ausgesucht haben. Der Businessplan war aufgrund der Vorschläge, der Erfahrungen, die uns dargelegt wurden und aufgrund der Lokalausweise, die wir selbst bei solchen Einrichtungen durchführten, schlüssig. Und wir gingen auch nicht von der Bestannahme der Firma Petri & Tiemann aus, die sich auf 350.000 Besucher jährlich bezog, sondern von 250.000 Besuchern.

Leider – das bedaure nicht nur ich – sind diese Erwartungen in Hinblick auf die Besucherzahlen nicht eingetroffen. Vielleicht war das darin gelegen, dass von Petri & Tiemann die Situation in Norddeutschland bei einem Vergleich mit der Situation in Österreich nicht ganz richtig eingeschätzt wurde. Daher mussten wir, über das Jahr gesehen, von den angenommenen 250.000 Besuchern deutliche Abstriche machen, wiewohl ich – jetzt wiederhole ich mich – dieses Haus für ein ausgezeichnetes halte, das unserer Jugend, aber auch allen anderen Interessierten sehr viel bietet.

Nun standen wir eben vor der Frage, was zu tun sei. Die Firma Petri & Tiemann ist ja mit einem Anteil von 50 % der größte Betreiber des Science-Centers, die Firma Kraftwerk mit 35 % der zweitgrößte und die Stadt Wels mit 15 % der drittgrößte und die beiden genannten Firmen wollten sich zurückziehen. Sollten wir als Stadt dieses Haus in den Konkurs schicken oder sollten wir als Stadt die Betreibergesellschaft allein übernehmen? Wir haben dann versucht, mit zwei neuen Geschäftsführern, Herrn Messedirektor Mag. Schneider und Herrn Stadtmarketingdirektor Jungreithmair, die Dinge in die richtigen Bahnen zu lenken und das Haus weiterzuführen. In den Gesprächen, die zusammen mit allen Fraktionen geführt wurden, kam als Ergebnis heraus, dass es tatsächlich vernünftiger ist, Geld in die Hand zu nehmen und sich die Aufgabe zu stellen, nicht nur das Jahr 2011, sondern vorerst einmal auch die Jahre 2012 und 2013 finanziell abzusichern. Dazu kommt noch, dass wir die neue Geschäftsführung damit beauftragten, bis zum Juni 2012 ein strategisches Papier zu erarbeiten und zu prüfen, ob das Welios in Zukunft wieder von privaten Betreibern geführt werden kann. Das wird wohl eine der schwierigsten Aufgaben, denn private Betreiber hatten wir gerade, nur

haben diese das Welios nicht dort hingebacht, wo wir uns das auch von politischer Seite her gewünscht hätten.

Ich bin aber für die Zukunft durchaus optimistisch eingestellt. Wenn wir die Dinge, die von den Geschäftsführern erarbeitet wurden, rasch umsetzen können, wenn wir alleiniger Betreiber sind und wenn wir vor allem auch gewisse Synergieeffekte zwischen der Messe, dem Stadtmarketing und der Stadt Wels besser nutzen können, sollte es meines Erachtens doch gelingen, die Dinge zum Besseren zu wenden. Ich sagte beispielsweise Herrn Mag. Schneider und Herrn Jungreithmair, dass es künftig einfach nicht mehr vorkommen darf – das ist nur ein kleines Beispiel, das jedoch große Auswirkungen hat – dass es in Wels eine Messe „Jugend und Beruf“ gibt, diese aber am Welios total vorbeigeht. Ich sehe also das gute Netzwerk, über das die beiden Geschäftsführer verfügen und das künftig voll auszunutzen ist, um weitere Synergieeffekte erzielen und mehr wirtschaftliches Potential heben zu können.

Ich bedanke mich bei den Fraktionen, dass sie gewillt sind, hier mitzumachen. Ich glaube, diese Einrichtung hat sich das verdient bzw. muss man dieser eine entsprechende Chance geben. Es mag sein, dass die Sache unsererseits etwas zu optimistisch gesehen wurde, aber es gibt diesbezüglich keinen Vorwurf an irgendjemanden zu stellen, denn alle haben mit größter Genauigkeit und Sorgfalt gearbeitet bzw. ihr Bestes gegeben. Ich hoffe, dass wir mit der neuen Geschäftsführung alles auf die Beine bringen können und dass es gemeinsam gelingt, die vielen Möglichkeiten, die wir in Wels haben, tatsächlich aufzustellen.

Ich habe als unseren Hauptpartner bei der Errichtung des Hauses das Land Oberösterreich informiert und es ist dieses mit unserer Vorgangsweise einverstanden. Mittlerweile haben wir auch sehr viele andere Kontakte geknüpft, etwa zum Ministerium und zum Landesschulratspräsidenten oder auch zu einzelnen großen Wirtschaftsunternehmen in unserer Stadt und zu einem eventuell in Frage kommenden Betreiber. Das sind also durchaus gute Ansätze.

Ich habe ihnen zum aufgelegten Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) die vom Amt erstellten Unterlagen beigelegt. Sie sehen daraus diverse Zahlen und nähere Erklärungen. Ebenso liegt ihnen die Neufassung des Gesellschaftsvertrages vor. Ich ersuche somit um Beschlussfassung.

StR. Dr. Rabl: Ich muss trotz der langen Sitzungsdauer – viele Zuhörer sind nicht mehr bei uns verblieben – doch diese Gelegenheit wahrnehmen, um über dieses Projekt noch etwas eingehender zu sprechen.

Herr Bürgermeister! Ich kann sie gemeinsam mit Herrn Vizebürgermeister Wimmer in dieser Frage nicht aus der Verantwortung entlassen. Wir haben einen von der Firma Petri & Tiemann erstellten Businessplan angenommen, von einem Unternehmen, das in Zusammenhang mit Beratungsleistungen immerhin, alles zusammen, 2 Mio. Euro kassierte. Für 2 Mio. Euro könnte man schon erwarten, dass Leistungen erbracht werden, für die man in weiterer Folge auch einsteht. Aufgrund dieser Leistungen wurden nämlich insgesamt Investitionen von über 20 Mio. Euro erbracht, die aber voll in die Hose gingen. Wo wir heute stehen, da gibt es für das Welios kein Weiterkommen und wenn wir heute diesen Beschluss nicht fassen, dann bedeutet das für das Welios die Pleite. Wir müssten ein Insolvenzverfahren eröffnen; nichts anderes wäre das.

Herr Bürgermeister, ich würde mich in dieser Angelegenheit gar nicht so sehr engagieren, hätten wir sie nicht rechtzeitig gewarnt. Wir haben sie nicht nur beim Beschluss über die Errichtung einer Betreibergesellschaft gewarnt – wir sagten, dass wir mit dem zuständigen Herrn reden wollen, weil die Berechnungen nicht stimmen – sondern wir haben sie auch noch ein Jahr später knapp vor Baubeginn gewarnt und darum gebeten, diese Planrechnung einem unabhängigen Fachmann zu übergeben, damit sich dieser das noch einmal ansieht.

Unsere Einwände oder Befürchtungen waren somit allen bekannt, also auch der SPÖ, ihnen, Herr Bürgermeister und auch Herrn Vizebürgermeister Wimmer, der mich damals noch verhöhnte und sagte, dass ich eh keine Ahnung von der Wirtschaft hätte. Tatsächlich war aber bekannt, dass es sich um falsche Zahlen handle, dass wir auf die Unrichtigkeit des Businessplanes hingewiesen haben und trotzdem somit bekannt war, dass diese Besucherzahlen nie erreicht würden, stiegen wir in diese Investition ein. Es sagte schon früher die Schweizer Firma, die als Betreiber ins Auge gefasst wurde, woraus aber dann nichts wurde, weil sich diese nicht direkt beteiligen wollte, dass es einen jährlichen Abgang in Höhe von 200.000 bis 300.000 Euro geben werde. Offensichtlich konnte man sich politisch nicht dazu durchringen, dieses Science-Center unter der Prämisse zu errichten, dass es diesen Abgang geben werde. Und hier bin ich wieder bei der Frage, die heute schon die Gemeinderäte Wiesinger und Dr. Csar stellten, nämlich jener, was ich mir überhaupt leisten will. Hätte man gleich von Anfang an gesagt, dass man sich solch ein Science-Center auch bei einem Abgang von 200.000 bis 300.000 Euro leisten wolle, dann wäre das wenigstens eine ehrliche Diskussion gewesen, aber so hat man sich offenbar der politischen Beliebigkeit hingegeben und gesagt, dass ohnedies hohe Gewinne gemacht würden. Ursprünglich war bei 275.000 Besuchern ein Gewinn von 121.000 Euro eingeplant und bei 350.000 Besuchern sollte es sogar einen Gewinn von 699.000 Euro geben. Tatsächlich gibt es bislang 65.000 Besucher und einen Verlust von 270.000 Euro, wobei sogar dieser Verlust noch schön-gerechnet ist, weil bekanntlich das Welios von der Errichtungs-GesmbH 700.000 Euro extra bekommen hat. Würde man diesen Betrag noch dazurechnen, dann wäre das Millionengrab Welios wirklich weit offen und ich hoffe nur, dass sich das im nächsten Jahr nicht wieder so ergibt.

Die Kritik, Herr Bürgermeister, kann ich ihnen auch deshalb nicht ersparen, weil man schon wissen muss, wie man mit den Finanzmitteln der Stadt Wels umzugehen hat und hier wurde doch einigermaßen sorglos mit den Finanzmitteln der Stadt Wels umgegangen, auch wenn sie meinen, alles gut vorbereitet zu haben. Jedenfalls wurde auf die Warnungen oder Vorschläge nicht eingegangen. Man ist einfach drübergefahren und sagte: Es wird sich schon ausgehen, es wird schon passen.

Auch die Prognosen des Vizebürgermeisters Wimmer in diesem Zusammenhang, der erst vor zwei Monaten noch sagte, der Abgang beim Welios werde maximal fünfstellig ausfallen, haben sich als massiv falsch erwiesen. Ein Abgang von 270.000 Euro, positiv für die Stadt Wels gerechnet, ist keinesfalls fünfstellig, sondern bereits deutlich sechsstellig. Aber bitte, auch mit solchen Prognosen muss man halt leben.

Wenn man sich weiters überlegt, was das Welios künftig jedes Jahr braucht, nämlich Zuschüsse von jeweils ca. 250.000 Euro, muss ich fragen, ob man aus diesen Prognosen etwas gelernt hat. Diese 250.000 Euro Zuschuss gehen nämlich wieder von Planrechnungen aus, wozu wir Folgendes klar sagten. Spricht man mit dem Betreiber eines Science-Centers, dann hört man ganz klar, dass im ersten Jahr davon auszugehen ist,

dass man sozusagen 100 % Besucher hat, im zweiten Jahr werden es 10 % weniger sein und im dritten Jahr werden es nochmals um 15 % weniger sein; und im vierten Jahr muss man etwas investieren. Aber was machen wir bei unserer Planrechnung? Wir sagen, dass wir im ersten Jahr 100 % Besucher haben, im zweiten Jahr um 10 % mehr und im dritten Jahr nochmals 15 % mehr, also alles genau umgekehrt. Ich sage ihnen, dass ich höchst skeptisch bin, ob dieser neue Businessplan aufgeht. Ich sage ihnen, dass aus meiner Sicht dieser Businessplan nicht realistisch ist und die Abgänge wesentlich höher als vorausberechnet ausfallen. Wir sollten uns demnach sehr rasch darum bemühen, über eine Neupositionierung des Welios nachzudenken. Dann sollten wir uns darum bemühen, so rasch wie möglich eine neue Geschäftsführung zu finden und drittens sollten wir uns darum bemühen, sehr rasch einen privaten Betreiber zu bekommen. Ein erster Schritt ist insofern getan, als die Zeit der Tätigkeit der neuen Geschäftsführung zumindest von der Messe her eingeschränkt wurde. Ich hoffe also, dass rasch Schritte für das Finden einer neuen Geschäftsführung eingeleitet werden, denn es kann bestimmt keine Dauerlösung sein, dass jene Geschäftsführer, die für andere Gesellschaften tätig und dort eigentlich voll ausgelastet sind, nun auch für die Geschäftsführung des Welios herangezogen werden, womit sie nochmals eine Mehrarbeit im Ausmaß von 30 % zu verrichten haben. Wenn, dann kann es sich nur um eine Übergangslösung in der Not handeln, aber ansonsten ist es angebracht, rasch zu handeln, damit eine neue Geschäftsführung gefunden wird.

In Summe aber kann man nur sagen, dass eigentlich der Stadt Wels gar nichts anderes übrig bleibt, als in dieser gegebenen Notsituation die Verluste abzudecken. Leider bleibt ihr nichts anderes übrig, weil man sich nicht schon vorher entsprechend informierte bzw. weil man sich die Dinge nicht schon im Vorhinein etwas genauer ansah. Da hätte man sich diese vielen Euro erspart und es wären viele andere Investitionen möglich gewesen. Offensichtlich hat man das aber aus einem politischen Kalkül heraus nicht getan, weil man noch schnell vor der Wahl die Eröffnung des Welios durchführen wollte. Ich meine aber, es wäre die Sache schon wert gewesen, mit den Leuten von Petri & Tiemann, mit dieser so erfahrenen Truppe nochmals zu reden.

Eines möchte ich auch noch sagen, Herr Bürgermeister. Für mich ist es sehr wesentlich, dass Petri & Tiemann natürlicherweise zur Verantwortung herangezogen werden. Wenn man nämlich 2 Millionen nur für die Beratung kassiert und dann nochmals 2 Millionen für die Ausstellungsstücke, dann kann man nicht einfach nur sagen: „Na ja, ist halt schiefgegangen, weil norddeutsche Verhältnisse nicht anzuwenden waren.“ Somit möchte ich schon genau überprüft haben, ob wir nicht diese Herren für diese Falschinformationen zur Verantwortung ziehen können.

Ich hoffe also, dass noch weitere Schritte gemacht werden und es mit diesem Beschluss nicht schon vorbei ist, sondern dass nunmehr begonnen wird, die ganze Sache aufzuarbeiten.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Trotz der fortgeschrittenen Stunde auch von uns noch ein paar Worte in dieser Angelegenheit.

Vorab sei gesagt, dass für uns das Welios ein wichtiges Projekt ist, ein Prestigeprojekt sowohl für die Stadt Wels als Energiehauptstadt als auch für das Land Oberösterreich ganz allgemein gesehen. Das Welios stellt ein sehr ambitioniertes Projekt dar und es ist aus unserer Sicht wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Welios erst vor einem drei viertel Jahr fertiggestellt wurde. Wie soll denn eine Bildungseinrichtung innerhalb eines

drei viertel Jahres national, vielleicht auch international so bekannt gemacht werden, dass sich das unbedingt auf breite Zuschauermassen auswirkt? Demnach schon nach so kurzer Zeit Bilanz zu ziehen und zu sagen, dass das Welios auch künftig eine Defiziteinrichtung bleiben werde, das halte ich für zu verfrüht.

Generell ist anzumerken, dass Bildungseinrichtungen – das Welios gehört aus meiner Sicht ebenfalls zu diesen Einrichtungen – oft nicht kostendeckend zu führen sind. Auch das Ars Electronica Center, das sogar international bekannt ist, ist auf Zuschüsse angewiesen.

Es ist meines Erachtens auch an die Umwegrentabilität zu denken, das heißt, man konnte gewisse Räumlichkeiten des Welios verstärkt als Veranstaltungszentrum nutzen. Oder man könnte sich auf die Suche nach Sponsoren machen. In Oberösterreich sind sehr viele Firmen im Bereich der erneuerbaren Energie tätig, wobei ich jetzt nur einmal an diverse Heizkesselhersteller denke. Ich könnte mir gut vorstellen, dass diese für ein langfristiges Sponsoring zu gewinnen wären.

Wichtig ist für uns weiters – das wurde bereits von Herrn Dr. Rabl angesprochen – dass die derzeitige Lösung in Bezug auf die Geschäftsleitung nur eine vorübergehende sein kann. Das Welios sollte nicht einfach ein Anhängsel der Messe Wels GmbH oder der Wels Touristik GmbH sein, was natürlich diverse Kooperationen nicht ausschließt. So wurde vom Herrn Bürgermeister schon auf die Messeveranstaltung „Jugend und Beruf“ hingewiesen, wo es mit dieser Kooperation noch nicht klappte. Es sind also Aktivitäten auf dem Messegelände verstärkt zu nutzen, um auch für das Welios gewisse Effekte erzielen zu können. Ganz wichtig ist aber trotzdem, dass das Welios sozusagen eine eigene Geschäftsführung bekommt, und das so schnell wie möglich. Außerdem sollte aus unserer Sicht der ausgearbeitete Businessplan den zuständigen Ausschüssen und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Zu Herrn Dr. Rabl hätte ich einige kurze Anmerkungen.

Ich wusste nicht, dass das Welios noch schnell vor der Gemeinderatswahl eröffnet wurde. Ich dachte, das wäre heuer im April passiert.

Zum Zweiten bekenne ich mich natürlich dazu, dass ich bei dieser Thematik voll dabei war, aber zu sagen, das waren nur der Wimmer und der Koits, die uns das einbrockten, das ist doch etwas zu einfach, denn letztlich waren das Land Oberösterreich und zwei namhafte Geldinstitute, die sicher von Zahlen etwas verstehen, ebenfalls dabei bzw. haben sich diese genauso wie wir die Unterlagen sehr genau angesehen. Also, von so einer Art „Drüberstreuen“ kann weit und breit nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil haben wir viel darüber diskutiert, was wohl das Beste sein würde, wie viele Besucher zu erwarten sind, wie hoch vielleicht der Abgang sein könnte etc.

Ich weiß schon, dass es im Nachhinein immer einfacher ist zu sagen, dass man etwas Bestimmtes ohnehin schon immer gewusst habe. Da suche ich mir zehn Projekte aus und warne überall davor, dass sich etwas nicht so gut entwickeln könnte und falls das auch nur bei einem so eintrifft, kann ich jedenfalls behaupten, es ohnehin schon immer gesagt zu haben. Und bei den anderen neun Projekten, die gut laufen, sage ich nichts mehr.

Herr Dr. Rabl! Eigentlich hätte ich mir nach all ihren kritischen Anmerkungen doch auch erwartet, von ihnen zu hören, dass wir jetzt alle gemeinsam schauen sollten, damit wir das Welios ordentlich auf die Beine bekommen und wir eine gemeinsame Kraftanstrengung unternehmen sollten. Persönlich meine ich, dass jeder in seinem Bereich etwas beitragen könnte. Das wäre für mich eine Situation, in der ich sagen könnte: Jawohl, das Welios hat tatsächlich eine gute Chance. Machen wir es also in der Weise, wie ich das jetzt gemeint habe. Dann bin ich zu 100 % davon überzeugt, dass es damit klappen wird.

StR. Dr. Rabl: Herr Bürgermeister, ich danke für diese Replik. Ich möchte diese gerne aufnehmen und in diesem Zusammenhang doch ein paar Fragen stellen.

Wenn sie sagen, dass sich alle anderen Beteiligten die Unterlagen ebenfalls ganz genau angesehen haben, dann stellt sich für mich die Frage, wo diese anderen, die sich das so genau angesehen haben, jetzt sind, wo es um's Zahlen geht. Da sehe ich nämlich weit und breit niemand anderen als die Stadt Wels. Alle anderen haben ja das Geld schon bekommen. Petri & Tiemann ist fein heraußen, wie ich zuerst darlegte und die Firma Kraftwerk hat auch 54.000 Euro erhalten, womit sie ebenfalls fein heraußen ist. Das Land hat zwar den Bau mitfinanziert, aber sonst ist es zu nichts verpflichtet und deshalb auch fein dran. Übrig bleibt nun die Stadt Wels, die das packen muss.

Wenn mir jemand vorschlägt, mich mit 30.000 Euro an einer Gesellschaft zu beteiligen, wofür ich dann einen Auftrag in Höhe von 2 Mio. Euro mit einem Deckungsbeitrag im Ausmaß von 30 % bekomme, dann mache ich das ebenfalls sehr gerne. Und ich glaube, es gibt sehr viele Mitglieder in diesem Gemeinderat, die das genauso gern machen würden. Insofern muss ich ihnen schon sagen, dass wir, wenn es um's Zahlen geht, allein dastehen, aber geht es um's Abkassieren, gibt es schon ein paar andere auch noch. Ich sehe heute niemand anderen, der mit uns als Stadt Wels zahlen würde. In diesem Beschluss, den wir heute fassen sollen, steht weder etwas vom Land drinnen noch von den Banken oder sonst jemanden.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser, um sich selbst zu Wort zu melden.

Vzbgm. Wimmer: So wohltuend die Wortmeldung der Frau Kollegin Dipl.-Ing. Leitinger war, so unangenehm aufgestoßen hat es mir die Wortmeldung des Herrn Dr. Rabl, wobei ich aber sagen muss, dass ich ohnedies nichts anderes erwartete, als dass er aus purem Populismus und purer Sucht, parteipolitisches Kleingeld zu ernten, eigentlich nicht in der Sache selbst diskutiert, sondern mit persönlichen Angriffen und Untergriffen arbeitet. Er schreckte nicht einmal davor zurück, Welser Unternehmen des Abkassierens zu bezichtigen, die andererseits ganz wichtige Beiträge zu diesem Projekt lieferten. Das ist für mich etwas enttäuschend, noch dazu als du mir einmal sagtest, wir sollten diesen Stil hier im Gemeinderat nicht pflegen, aber jetzt bedienst du dich selbst wieder dieses Stils. Geht es um Populismus, gibt es für dich offenbar keine Grenzen.

Nachdem ich angesprochen bzw. von Herrn Dr. Rabl zitiert wurde, darf ich sagen, dass ich zwar richtig, aber, wie so oft, nicht vollständig zitiert wurde. Ich sagte nämlich vor zwei Monaten, dass ich von einem Abgang im fünfstelligen Euro-Bereich ausgehe, nämlich – und das fehlte zuerst beim Zitat – „nach heutigem Wissens- und Informationsstand“. Und von dieser Aussage distanzieren mich in keiner Weise, weil ich mich damals auf eine Information von dem mittlerweile ausgeschiedenen Geschäftsführer des

Welios bezogen habe. Im Nachhinein, also bei dem von den jetzigen Geschäftsführern durchgeführten Kassasturz, hat sich diese Information als nicht richtig herausgestellt. Das jetzt so hinzustellen, als hätte ich eine Hausnummer genannt, als würde ich mich nicht auskennen oder als könnte ich nicht richtig rechnen, das finde ich ganz einfach unverschämt. Wenn man schon zitiert, sollte man das volle Zitat bringen und nicht einfach einen Halbsatz herausreißen.

Wenn vor drei oder vier Jahren, als die Verträge beschlossen wurden und die drei damals anwesenden Vertreter der Freiheitlichen Fraktion dagegen stimmten bzw. davor warnten, dann muss ich halt jetzt zur Kenntnis nehmen, dass die Freiheitlichen, die dagegen stimmten – also drei von 36 Mitgliedern des Gemeinderates – gescheiter als alle anderen Mitglieder des Gemeinderates waren, aber auch gescheiter als alle Mitglieder des Oö. Landtages bzw. der Oö. Landesregierung. Diese Verträge wurden auf Punkt und Beistrich genau in der Oö. Landesregierung so wie im Welser Gemeinderat beschlossen und wenn ich ihre Deutung richtig auslege, dann haben sich alle in der Landesregierung, beginnend beim Landeshauptmann bis hin zum zuständigen Landesrat, genauso wenig ausgekannt bzw. hörten sie nicht auf die Stimme der Welser Freiheitlichen. Es tut mir leid, aber das war eben Faktum und letztendlich war das ein Ergebnis eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses.

Ich schließe mich den Ausführungen des Bürgermeisters und vieler anderer an. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass es sich beim Welios um ein absolutes Leuchtturmprojekt für unsere Stadt handelt.

Jetzt komme ich zum Businessplan, der ja immer wieder angesprochen wird. Nun wird die Sache so dargestellt, als hätten wir gefordert, dass die Berechnungen auf Basis von 250.000 Besuchern durchgeführt werden, dass wir diese erwartet oder sonst etwas hätten. Das stimmt jedoch überhaupt nicht! Jeder weiß, was ein Businessplan ist, und auch Herr Dr. Rabl weiß das ganz genau, nur stellt er sich jetzt als unwissend dar. Bitte, bei Erstellung eines Businessplans werden ganz einfach verschiedene Besucherzahlen angenommen und dazu passend die jeweiligen Einnahmen und Ausgaben dargestellt. Es gab also mehrere Berechnungsvarianten und diese 250.000 Besucher stellten sozusagen genau jene Zahl dar, bei welcher der Brake-even-point erreicht war. Das weißt du ganz genau und es handelte sich dabei nicht um eine Schätzung oder sonst etwas. Das war also eine rechnerische Größe in diesem Businessplan und dass dieser Businessplan seit langem überholt ist, das wissen wir genauso.

Und jetzt wird so getan, als ob 60.000 Besucher jährlich einen Abgang von 200.000 Euro bedeuten, aber das ist typisch bzw. wieder nur die halbe Wahrheit. Das Welios wurde nämlich Mitte April dieses Jahres, am 15. oder 16. April eröffnet und das Geschäftsjahr beginnt am 1.1., das heißt, es endet am 31.12. Und Dr. Rabl hat das vernachlässigt. Wir haben also in gut einem halben Jahr diese 60.000 Besucher erreicht und nicht in einem ganzen Jahr. Somit halte ich es nicht für vermessen, wenn die Geschäftsführer im Moment von 105.000 Besuchern ausgehen, falls ich mich recht erinnere.

Bei Eintreffen einer etwas optimistischen Schätzung für das kommende Jahr könnten es sogar noch um 10.000 Besucher mehr sein, wenn die Werbemaßnahmen, die, wie ich meine, erfolgreich eingeleitet wurden, entsprechend greifen und wenn die Initiativen, die einige hier unter Führung des Bürgermeisters gestartet haben, nämlich im Bereich der Schulen bzw. des Landesschulrates, positive Auswirkungen zeigen. Von dort her

kamen sehr positive Signale und alle Lehrer, die schon einmal mit ihren Schülern im Welios waren, sagen, dass das eine tolle Sache ist, die sie weiterempfehlen werden. Das sagen auch alle Landesschulinspektoren. Mit dem Landesschulinspektor für Mittelschulen hatte ich selbst ein Gespräch, nämlich im Rahmen einer Veranstaltung und der sagte mir, dass es für ihn selbstverständlich sei, zu versuchen, die Mittelschulen unseres Bundeslandes anzuhalten, das Welios im Rahmen des Unterrichts zu besuchen. Und wenn das Unterrichtsministerium etwas Ähnliches in allen Bundesländern erreicht, dann bin ich für die Zukunft wirklich sehr optimistisch.

Dass ein Projekt dieser Größenordnung mit einem Abgang verbunden sein kann, also bitte, das ist wohl möglich. Wir haben heute schon von vielen Projekten oder Einrichtungen im Rahmen der Budgetdebatte gesprochen, wobei einige Debattenredner aus meinem Produktkatalog zitiert und dabei Einrichtungen wie den Tierpark bis hin zur Volkshochschule genannt haben. Nun, es ist halt einmal so, dass es Aufgaben des Gemeinwesens gibt und diese nicht immer gewinnbringend sind. Dazu sollten wir uns auch bekennen, wobei natürlich richtig ist, dass man sich Gewisses erst einmal leisten können muss. Und das Welios können oder müssen wir uns leisten, denn es profitieren nicht wir davon, die wir vielleicht ab und zu hineingehen, sondern es profitiert die Stadt Wels davon. Wenn in gut einem halben Jahr 60.000 Menschen solch eine Einrichtung besuchen, dann ist das für eine Stadt wie Wels eine ganz tolle Zahl, eine tolle Leistung, die erbracht wird.

Wir wissen alle, dass die beiden neuen Geschäftsführer nur temporär dort tätig sein können, weil eben anderweitig ihre Hauptaufgabe liegt.

Und ich wäre der Erste, der sich darüber freute, gäbe es wieder einen privaten Betreiber, einen, der das auf eigene Rechnung führt. Also, nichts lieber als das.

Wir werden demnächst die Dinge ganz intensiv angehen, wobei wir zuerst einmal einen neuen Geschäftsführer suchen werden, ehe wir an die Frage des privaten Betreibers intensiv herangehen. Würden wir zuerst einen privaten Betreiber finden, ginge ich davon aus, dass sich dieser einen Geschäftsführer aussuchen würde und nicht unbedingt mit einem arbeiten möchte, der ihm von uns aufoktroiert wird, es sei denn, dass zufällig die Interessenslagen zusammenpassen. Am besten wäre es, fänden wir zuerst einen privaten Betreiber, der dann den neuen Geschäftsführer bestellt.

Für die Zukunft habe ich kein Problem damit, mich zu einer Abgangsdeckung bei diesem neuen Projekt zu bekennen, denn wir bekennen uns ja auch sonst zu vielen guten Projekten in unserer Stadt.

Und reden sie doch einmal mit den Kaufleuten der Innenstadt und mit den Gastronomen, die ihnen sagen werden, dass es für unsere Stadt selbstverständlich einen Impuls gibt, wenn so viele Menschen hereinkommen. Und wer beispielsweise am letzten Sonntag im Welios war – ah, der Kollege Kroiß war dort – wird ja selbst bemerkt haben, was sich dort abspielte. Es gab sozusagen ein volles Haus, was sich aber nicht nur auf das Welios bezog, sondern auf die gesamte Innenstadt. Die Menschen gingen hin und her zwischen Stadtplatz und Welios oder auch Volksgartenparkplatz, wo ab einem gewissen Zeitpunkt hinter der Stadthalle fast kein Platz mehr zu finden war, weil schon so viele Autos dort standen. Das heißt also, dass die Anzeichen sehr günstig sind und dass wir das gemeinsame Interesse haben sollten, dass aus diesem Welios etwas sehr Fundiertes wird.

Ich komme mir schon vor wie ein Wanderprediger und möchte Herrn Dr. Rabl nahelegen, doch auch die Interessen der Stadt Wels insgesamt in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und Handlungen zu stellen. Abgesehen davon sagt er immer, dass er allein nichts entscheiden kann und immer die ganze Fraktion fragen müsse, worauf er dann praktisch nur vollzieht, was die Fraktion entscheidet. Also, wenn das so ist, dann bitte ich dich darum, wenigstens deinen Einfluss in der Fraktion geltend zu machen, damit wir insgesamt eine positive Stimmung für das Welios bekommen.

Die SPÖ-Fraktion wird selbstverständlich diesen Dringlichkeitsantrag mittragen.

Was in der Gesamtdebatte immer untergeht und natürlich auch von Herrn Dr. Rabl klammheimlich verschwiegen wird, das ist die Frage der Baukosten für dieses Welios. Es würde ihm wahrscheinlich sehr in sein Konzept hineinpassen, hätten wir beim Bau auch nur die geringste Überschreitung gehabt, aber diese gab es eben nicht. Es ist das eines der wenigen mir bekannten Großprojekte in Oberösterreich, welches genau im Rahmen des Finanzierungsbeschlusses abgerechnet wird. Dies wahrscheinlich deswegen, weil es beim Welios einen effizienten Bauausschuss gab, der jede Rechnung zwei Mal prüfte und jeden Euro zwei Mal umdrehte. Im Bauausschuss waren zwei Beamte vertreten, denen ich für ihre Unterstützung sehr danke, nämlich Herr Baudirektor Pany und ein Hofrat des Landes sowie Herr LAbg. Aichinger und meine Wenigkeit. Wir haben also gewährleistet, dass nicht über das Ziel geschossen wurde.

Und natürlich hat die Errichtungsgesellschaft im Rahmen ihres Budgets jene Verpflichtungen gegenüber der Betriebsgesellschaft übernommen, die vertraglich notwendig und zulässig waren. Es wird ja in den Raum gestellt, als hätte die Errichtungsgesellschaft quasi eine Subvention an die Betriebsgesellschaft geleistet, aber das stimmt selbstverständlich nicht und es wäre das gar nicht zulässig. Ich wüsste auch gar nicht, von welchem Budget wir das genommen haben sollten. Wer sich schon einmal mit der Abwicklung eines derart großen Projektes beschäftigte, weiß, dass dabei wirklich jeder Euro angesehen wird und dass hier für zusätzliche Sponsoring-Leistungen kein Raum ist.

Vzbgm. Dr. Wieser übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Wimmer.

Vzbgm. Wimmer stellt nach Befragung fest, dass der Bürgermeister auf ein Schlusswort verzichtet und somit die Abstimmung durchzuführen ist.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) betreffend Welios Betriebs-GmbH wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Koits.

Schlussworte des Bürgermeisters:

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind somit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung angekommen. Es war das die letzte Gemeinderatssitzung im Jahr 2011. Ich bedanke mich ganz herzlich für ihre Mitarbeit in den zahlreichen Sitzungen des Gemeinderates, des Stadtsenates und der Ausschüsse des Gemeinderates.

Wir haben in der heutigen Budgetdebatte vernommen, was alles in diesem Jahr geschehen ist und es gab die entsprechenden Ausblicke auf das Jahr 2012 und darüber hinausgehend.

Ich glaube, es ist wichtig, dass bei sehr vielen Dingen eine gemeinsame Auffassung gefunden wurde. Für die Stadt ist es enorm wichtig, wenn man sieht, dass trotz mancher Divergenzen sehr wohl das Gemeinsame im Vordergrund steht. Dafür darf ich mich ebenfalls ganz herzlich bedanken.

Der Herr Magistratsdirektor wird am Ende dieses Jahres in den Ruhestand treten und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich bei ihm und dem gesamten Team für die geleistete Arbeit im Jahr 2011 zu bedanken. Und dir, Herr Magistratsdirektor, darf ich ganz persönlich alles Gute für die weitere Zukunft wünschen. Über einige Dinge, die du ganz gerne machst, weiß man ja Bescheid und es möge alles gelingen, was du dir vorgenommen hast.

Ich bedanke mich weiters bei Herrn Höpfl und seinem Team. Sie führen das ganze Jahr über die Protokolle ganz exakt und wenn man um Auskünfte ersucht, wird einem in kürzester Zeit Bescheid gegeben. Daher ein ganz großes Danke dafür.

Ihnen wünsche ich noch eine besinnliche Adventzeit und anschließend schöne, vor allem ruhige Festtage. Vor allen Dingen wünsche ich ihnen alles Gute im Jahr 2012, verbunden mit dem Wunsch auf beste Gesundheit für sie und dass wir im Jahr 2012 gemeinsam für die Stadt Wels und deren Bürgerinnen und Bürgern – das sind jetzt immerhin schon 62.518 – arbeiten können. Nochmals herzlichen Dank! Damit ist die Sitzung geschlossen.
(Applaus!)

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: